

Menschenrechte - Ihr Internationaler Schutz: MenschR

8. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-80815-9
Beck im dtv

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

17. Übereinkommen über die Nichtanwendbarkeit gesetzlicher Verjährungsfristen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit^{1) 2)}

Vom 26. November 1968

(Übersetzung)

DIE VERTRAGSSTAATEN DES VORLIEGENDEN ÜBEREINKOMMENS –

IN ERINNERUNG an die Entschließungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen 3 (I) vom 13. Februar 1946 und 170 (II) vom 31. Oktober 1947 über Auslieferung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, an die Entschließung 95 (I) vom 11. Dezember 1946 betreffend die Bekräftigung der Grundsätze des Völkerrechts, die durch das Statut des Internationalen Militärgerichtshofs Nürnberg anerkannt worden sind, und an das Urteil des Gerichtshofs und an die Entschließung 2184 (XXI) vom 12. Dezember 1966 und 2202 (XXI) vom 16. Dezember 1966, welche die Verletzung der wirtschaftlichen und politischen Rechte der eingeborenen Bevölkerung auf der einen Seite und andererseits die Politik der Apartheid ausdrücklich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt haben,

IN ERINNERUNG an die Entschließungen des Wirtschafts- und Sozialrats 1074 D (XXXIX) vom 28. Juli 1965 und 1158 (XLI) vom 5. August 1966 über die Bestrafung von Kriegsverbrechern und von Personen, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben,

MIT DER FESTSTELLUNG, daß keine der feierlichen Erklärungen, kein Instrument und kein Übereinkommen über die Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine Verjährungsfrist vorsieht,

IN DER ERWÄGUNG, daß Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu den schwersten Verbrechen des Völkerrechts gehören,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die wirksame Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein wichtiges Element zur Verhütung solcher Verbrechen, des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten, zur Befestigung des Vertrauens und zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bildet,

UNTER Hervorhebung des Umstandes, daß die Anwendung von Verjährungsfristen des innerstaatlichen Rechts für gewöhnliche Verbrechen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Gegenstand ernster Sorge der Weltöffentlichkeit ist, da sie die Verfolgung und Bestrafung von Personen verhindert, die für solche Verbrechen verantwortlich sind,

IN DER ERKENNTNIS, daß es notwendig und an der Zeit ist, im Völkerrecht durch dieses Übereinkommen den Grundsatz zu bestätigen und seine

¹⁾ Internationale Quelle: UNTS Bd. 754, S. 73.

²⁾ Deutsche Übersetzung aus: Vereinte Nationen 1969, S. 28 (abgedruckt mit freundlicher Genehmigung des Verlages).

weltweite Anwendung zu gewährleisten, daß es keine Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt,
SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Art. I Keine gesetzliche Verjährung findet auf die folgenden Verbrechen Anwendung, ungeachtet des Zeitpunktes ihrer Begehung:

- a) Kriegsverbrechen, wie sie im Statut des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg vom 8. August 1945 bestimmt und durch die Entschließungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen 3 (I) vom 13. Februar 1946 und 95 (I) vom 11. Dezember 1946 bestätigt worden sind, insbesondere die in den Genfer Konventionen zum Schutze der Kriegsgesopfer vom 12. August 1949 aufgezählten „schweren Abkommensverletzungen“;
- b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gleich ob im Kriege oder in Friedenszeiten begangen, wie sie im Statut des Internationalen Militärgerichtshofs Nürnberg vom 8. August 1945 bestimmt und durch die Entschließungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen 3 (I) vom 13. Februar 1946 und 95 (I) vom 11. Dezember 1946 bestätigt worden sind, Vertreibung durch bewaffneten Angriff oder Besetzung sowie unmenschliche Handlungen als Folge der Politik der Apartheid, ferner das Verbrechen des Völkermordes wie bestimmt im Übereinkommen zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes von 1948, selbst wenn solche Handlungen keine Verletzungen des innerstaatlichen Rechts des Landes, in dem sie begangen worden sind, darstellen.

Art. II Wenn irgendeines der in Artikel I bezeichneten Verbrechen begangen wird, finden die Bestimmungen dieses Übereinkommens Anwendung auf Vertreter der Staatsgewalt und private Einzelpersonen, die als Täter oder Gehilfen an der Begehung eines solchen Verbrechens teilnehmen, oder andere unmittelbar zur Begehung anstiften oder mit ihnen zur Begehung zusammenwirken, ungeachtet des Grades der Tatausführung, sowie auf Vertreter der Staatsgewalt, welche die Begehung solcher Verbrechen dulden.

Art. III Die Vertragsparteien des vorliegenden Übereinkommens werden alle erforderlichen innerstaatlichen gesetzlichen oder sonstigen Vorkehrungen treffen, damit in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die Auslieferung von Personen, auf die sich Artikel II dieses Übereinkommens bezieht, ermöglicht wird.

Art. IV Die Vertragsparteien des vorliegenden Übereinkommens werden in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Verfahren die notwendigen gesetzgeberischen oder sonstigen Vorkehrungen treffen, um zu gewährleisten, daß gesetzliche oder sonstige Verjährung auf die Verfolgung und Bestrafung der in den vorstehenden Artikeln I und II bezeichneten Verbrechen keine Anwendung findet, und daß eine solche Verjährung, wo immer sie besteht, abgeschafft wird.

Art. V Dieses Übereinkommen steht den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, den Mitgliedern einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergieorganisation, den Teilnehmern am Statut des Internationalen Gerichtshofs sowie jedem anderen Staat, der von der Generalversamm-

lung der Vereinten Nationen dazu aufgefordert wird, Vertragspartei zu werden, zur Unterzeichnung bis zum 31. Dezember 1969 offen.

Art. VI ¹Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung. ²Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Art. VII ¹Dieses Übereinkommen steht jedem der in Artikel V genannten Staaten zum Beitritt offen. ²Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Art. VIII (1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tage nach dem Tage der Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach der Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihr beitrifft, tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tage nach dem Tage der Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Art. IX (1) Nach dem Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren seit dem Tage des Inkrafttretens dieses Übereinkommens kann jede Vertragspartei jederzeit eine Revision des Übereinkommens durch schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen verlangen.

(2) Die Generalversammlung der Vereinten Nationen wird darüber entscheiden, ob und welche Schritte mit Rücksicht auf ein derartiges Ersuchen zu unternehmen sind.

Art. X (1) Dieses Übereinkommen wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert allen Staaten, auf welche Artikel V Bezug nimmt, beglaubigte Abschriften dieses Übereinkommens.

(3) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird allen Staaten, auf welche Artikel V Bezug nimmt, folgendes mitteilen:

- a) die Unterzeichnungen des Übereinkommens und die Hinterlegung von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden gemäß den Artikeln V, VI und VII;
- b) den Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens gemäß Artikel VIII;
- c) Mitteilungen gemäß Artikel IX.

Art. XI Dieses Übereinkommen, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, trägt das Datum vom 26. November 1968.

18. Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs

Vom 17. Juli 1998¹⁾

(BGBl. 2000 II S. 1393, 1394; 2003 II S. 293)

zuletzt geänd. durch Resolutionen der Versammlung der Vertragsstaaten v. 26.11.2015, 14.12.2017, 6.12.2019 (BGBl. 2022 II S. 635, 636, 638, 643; 2023 II Nr. 315)

(Übersetzung)

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Statuts –

im Bewusstsein, dass alle Völker durch gemeinsame Bande verbunden sind und ihre Kulturen ein gemeinsames Erbe bilden, und besorgt darüber, dass dieses zerbrechliche Mosaik jederzeit zerstört werden kann,

eingedenk dessen, dass in diesem Jahrhundert Millionen von Kindern, Frauen und Männern Opfer unvorstellbarer Gräueltaten geworden sind, die das Gewissen der Menschheit zutiefst erschüttern,

in der Erkenntnis, dass solche schweren Verbrechen den Frieden, die Sicherheit und das Wohl der Welt bedrohen,

bekräftigend, dass die schwersten Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren, nicht unbestraft bleiben dürfen und dass ihre wirksame Verfolgung durch Maßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene und durch verstärkte internationale Zusammenarbeit gewährleistet werden muss,

entschlossen, der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen und so zur Verhütung solcher Verbrechen beizutragen,

darin erinnernd, dass es die Pflicht eines jedes Staates ist, seine Strafgerichtsbarkeit über die für internationale Verbrechen Verantwortlichen auszuüben,

in Bekräftigung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und insbesondere des Grundsatzes, dass alle Staaten jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen haben,

in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf hinweisend, dass dieses Statut nicht so auszulegen ist, als ermächtige es einen Vertragsstaat, in einen bewaffneten Konflikt oder in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzugreifen, im festen Willen, zu diesem Zweck und um der heutigen und der künftigen Generationen willen einen mit dem System der Vereinten Nationen in Beziehung stehenden unabhängigen ständigen internationalen Strafgerichtshof zu errichten, der Gerichtsbarkeit über die schwersten Verbrechen hat, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass der aufgrund dieses Statuts errichtete Internationale Strafgerichtshof die innerstaatliche Strafgerichtsbarkeit ergänzt, entschlossen, die Achtung und die Durchsetzung der internationalen Rechtspflege dauerhaft zu gewährleisten –

¹⁾ Das Statut wurde ratifiziert für die Bundesrepublik Deutschland durch G v. 4.12.2000 (BGBl. 2000 II S. 1393) und trat gem. Bek. v. 28.2.2003 (BGBl. II S. 293) am 1.7.2002 in Kraft.

sind wie folgt übereingekommen:

Teil 1. Errichtung des Gerichtshofs

Art. 1 Der Gerichtshof. ¹Hiermit wird der Internationale Strafgerichtshof („Gerichtshof“) errichtet. ²Der Gerichtshof ist eine ständige Einrichtung und ist befugt, seine Gerichtsbarkeit über Personen wegen der in diesem Statut genannten schwersten Verbrechen von internationalem Belang auszuüben; er ergänzt die innerstaatliche Strafgerichtsbarkeit. ³Die Zuständigkeit und die Arbeitsweise des Gerichtshofs werden durch dieses Statut geregelt.

Art. 2 Verhältnis des Gerichtshofs zu den Vereinten Nationen. Der Gerichtshof wird durch ein Abkommen, das von der Versammlung der Vertragsstaaten dieses Statuts zu genehmigen und danach vom Präsidenten des Gerichtshofs in dessen Namen zu schließen ist, mit den Vereinten Nationen in Beziehung gebracht.

Art. 3 Sitz des Gerichtshofs. (1) Sitz des Gerichtshofs ist Den Haag in den Niederlanden („Gaststaat“).

(2) Der Gerichtshof schließt mit dem Gaststaat ein Sitzabkommen, das von der Versammlung der Vertragsstaaten zu genehmigen und danach vom Präsidenten des Gerichtshofs in dessen Namen zu schließen ist.

(3) Der Gerichtshof kann, wie in diesem Statut vorgesehen, an einem anderen Ort sitzen, wenn er dies für wünschenswert hält.

Art. 4 Rechtsstellung und Befugnisse des Gerichtshofs. (1) ¹Der Gerichtshof besitzt Völkerrechtspersönlichkeit. ²Er besitzt außerdem die Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben und zur Verwirklichung seiner Ziele erforderlich ist.

(2) Der Gerichtshof kann seine Aufgaben und Befugnisse, wie in diesem Statut vorgesehen, im Hoheitsgebiet eines jeden Vertragsstaats und nach Maßgabe einer besonderen Übereinkunft im Hoheitsgebiet eines jeden anderen Staates wahrnehmen.

Teil 2. Gerichtsbarkeit, Zulässigkeit und anwendbares Recht

Art. 5 Der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegende Verbrechen. ¹Die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs ist auf die schwersten Verbrechen beschränkt, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren. ²Die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs erstreckt sich in Übereinstimmung mit diesem Statut auf folgende Verbrechen:

- a) das Verbrechen des Völkermords;
- b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
- c) Kriegsverbrechen;
- d) das Verbrechen der Aggression.

Art. 6 Völkermord. Im Sinne dieses Statuts bedeutet „Völkermord“ jede der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Art. 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Sinne dieses Statuts bedeutet „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ jede der folgenden Handlungen, die im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen wird:

- a) vorsätzliche Tötung;
- b) Ausrottung;
- c) Versklavung;
- d) Vertreibung oder zwangsweise Überführung der Bevölkerung;
- e) Freiheitsentzug oder sonstige schwerwiegende Beraubung der körperlichen Freiheit unter Verstoß gegen die Grundregeln des Völkerrechts;
- f) Folter;
- g) Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt von vergleichbarer Schwere;
- h) Verfolgung einer identifizierbaren Gruppe oder Gemeinschaft aus politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Gründen, Gründen des Geschlechts im Sinne des Absatzes 3 oder aus anderen nach dem Völkerrecht universell als unzulässig anerkannten Gründen im Zusammenhang mit einer in diesem Absatz genannten Handlung oder einem der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen;
- i) zwangsweises Verschwindenlassen von Personen;
- j) das Verbrechen der Apartheid;
- k) andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art, mit denen vorsätzlich große Leiden oder eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursacht werden.

(2) Im Sinne des Absatzes 1

- a) bedeutet „Angriff gegen die Zivilbevölkerung“ eine Verhaltensweise, die mit der mehrfachen Begehung der in Absatz 1 genannten Handlungen gegen eine Zivilbevölkerung verbunden ist, in Ausführung oder zur Unterstützung der Politik eines Staates oder einer Organisation, die einen solchen Angriff zum Ziel hat;
- b) umfasst „Ausrottung“ die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen – unter anderem das Vorenthalten des Zugangs zu Nahrungsmitteln und Medikamenten –, die geeignet sind, die Vernichtung eines Teiles der Bevölkerung herbeizuführen;
- c) bedeutet „Versklavung“ die Ausübung aller oder einzelner mit einem Eigentumsrecht an einer Person verbundenen Befugnisse und umfasst die Aus-

übung dieser Befugnisse im Rahmen des Handels mit Menschen, insbesondere mit Frauen und Kindern;

- d) bedeutet „Vertreibung oder zwangsweise Überführung der Bevölkerung“ die erzwungene, völkerrechtlich unzulässige Verbringung der betroffenen Personen durch Ausweisung oder andere Zwangsmaßnahmen aus dem Gebiet, in dem sie sich rechtmäßig aufhalten;
- e) bedeutet „Folter“, dass einer im Gewahrsam oder unter der Kontrolle des Beschuldigten befindlichen Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden; Folter umfasst jedoch nicht Schmerzen oder Leiden, die sich lediglich aus gesetzlich zulässigen Sanktionen ergeben, dazu gehören oder damit verbunden sind;
- f) bedeutet „erzwungene Schwangerschaft“ die rechtswidrige Gefangenhaltung einer zwangsweise geschwängerten Frau in der Absicht, die ethnische Zusammensetzung einer Bevölkerung zu beeinflussen oder andere schwere Verstöße gegen das Völkerrecht zu begehen. Diese Begriffsbestimmung ist nicht so auszulegen, als berühre sie innerstaatliche Gesetze in Bezug auf Schwangerschaft;
- g) bedeutet „Verfolgung“ den völkerrechtswidrigen, vorsätzlichen und schwerwiegenden Entzug von Grundrechten wegen der Identität einer Gruppe oder Gemeinschaft;
- h) bedeutet „Verbrechen der Apartheid“ unmenschliche Handlungen ähnlicher Art wie die in Absatz 1 genannten, die von einer rassischen Gruppe im Zusammenhang mit einem institutionalisierten Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer oder mehrerer anderer rassischer Gruppen in der Absicht begangen werden, dieses Regime aufrechtzuerhalten;
- i) bedeutet „zwangsweises Verschwindenlassen von Personen“ die Festnahme, den Entzug der Freiheit oder die Entführung von Personen durch einen Staat oder eine politische Organisation oder mit Ermächtigung, Unterstützung oder Duldung des Staates oder der Organisation, gefolgt von der Weigerung, diese Freiheitsberaubung anzuerkennen oder Auskunft über das Schicksal oder den Verbleib dieser Personen zu erteilen, in der Absicht, sie für längere Zeit dem Schutz des Gesetzes zu entziehen.

(3) ¹Im Sinne dieses Statuts bezieht sich der Ausdruck „Geschlecht“ auf beide Geschlechter, das männliche und das weibliche, im gesellschaftlichen Zusammenhang. ²Er hat keine andere als die vorgenannte Bedeutung.

Art. 8 Kriegsverbrechen. (1) Der Gerichtshof hat Gerichtsbarkeit in Bezug auf Kriegsverbrechen, insbesondere wenn diese als Teil eines Planes oder einer Politik oder als Teil der Begehung solcher Verbrechen in großem Umfang verübt werden.

(2) Im Sinne dieses Statuts bedeutet „Kriegsverbrechen“

- a) schwere Verletzungen der Genfer Abkommen vom 12. August 1949, nämlich jeder der folgenden Handlungen gegen die nach dem jeweiligen Genfer Abkommen geschützten Personen oder Güter:
 - i) vorsätzliche Tötung;
 - ii) Folter oder unmenschliche Behandlung einschließlich biologischer Versuche;

- iii) vorsätzliche Verursachung großer Leiden oder schwere Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit oder der Gesundheit;
 - iv) Zerstörung und Aneignung von Eigentum in großem Ausmaß, die durch militärische Erfordernisse nicht gerechtfertigt sind und rechtswidrig und willkürlich vorgenommen werden;
 - v) Nötigung eines Kriegsgefangenen oder einer anderen geschützten Person zur Dienstleistung in den Streitkräften einer feindlichen Macht;
 - vi) vorsätzlicher Entzug des Rechts eines Kriegsgefangenen oder einer anderen geschützten Person auf ein unparteiisches ordentliches Gerichtsverfahren;
 - vii) rechtswidrige Vertreibung oder Überführung oder rechtswidrige Gefangenhaltung;
 - viii) Geiselnahme;
- b) andere schwere Verstöße gegen die innerhalb des feststehenden Rahmens des Völkerrechts im internationalen bewaffneten Konflikt anwendbaren Gesetze und Gebräuche, nämlich jede der folgenden Handlungen:
- i) vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung als solche oder auf einzelne Zivilpersonen, die an den Feindseligkeiten nicht unmittelbar teilnehmen;
 - ii) vorsätzliche Angriffe auf zivile Objekte, das heißt auf Objekte, die nicht militärische Ziele sind;
 - iii) vorsätzliche Angriffe auf Personal, Einrichtungen, Material, Einheiten oder Fahrzeuge, die an einer humanitären Hilfsmission oder friedenserhaltenden Mission in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen beteiligt sind, solange sie Anspruch auf den Schutz haben, der Zivilpersonen oder zivilen Objekten nach dem internationalen Recht des bewaffneten Konflikts gewährt wird;
 - iv) vorsätzliches Führen eines Angriffs in der Kenntnis, dass dieser auch Verluste an Menschenleben, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder weit reichende, langfristige und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen wird, die eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen;
 - v) der Angriff auf unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, die nicht militärische Ziele sind, oder deren Beschießung, gleichviel mit welchen Mitteln;
 - vi) die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Kombattanten, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat;
 - vii) der Missbrauch der Parlamentärflagge, der Flagge oder der militärischen Abzeichen oder der Uniform des Feindes oder der Vereinten Nationen sowie der Schutzzeichen der Genfer Abkommen, wodurch Tod oder schwere Verletzungen verursacht werden;
 - viii) die unmittelbare oder mittelbare Überführung durch die Besatzungsmacht eines Teiles ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet oder die Vertreibung oder Überführung der Gesamtheit oder eines Teiles der Bevölkerung des besetzten Gebiets innerhalb desselben oder aus diesem Gebiet;

- ix) vorsätzliche Angriffe auf Gebäude, die dem Gottesdienst, der Erziehung, der Kunst, der Wissenschaft oder der Wohltätigkeit gewidmet sind, auf geschichtliche Denkmäler, Krankenhäuser und Sammelplätze für Kranke und Verwundete, sofern es nicht militärische Ziele sind;
- x) die körperliche Verstümmelung von Personen, die sich in der Gewalt einer gegnerischen Partei befinden, oder die Vornahme medizinischer oder wissenschaftlicher Versuche jeder Art an diesen Personen, die nicht durch deren ärztliche, zahnärztliche oder Krankenhausbehandlung gerechtfertigt sind oder in ihrem Interesse durchgeführt werden und die zu ihrem Tod führen oder ihre Gesundheit ernsthaft gefährden;
- xi) die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres;
- xii) die Erklärung, dass kein Pardon gegeben wird;
- xiii) die Zerstörung oder Beschlagnahme feindlichen Eigentums, sofern diese nicht durch die Erfordernisse des Krieges zwingend geboten ist;
- xiv) die Erklärung, dass Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei aufgehoben, zeitweilig ausgesetzt oder vor Gericht nicht einklagbar sind;
- xv) der Zwang gegen Angehörige der Gegenpartei, an den Kriegshandlungen gegen ihr eigenes Land teilzunehmen, selbst wenn sie bereits vor Ausbruch des Krieges im Dienst des Kriegführenden standen;
- xvi) die Plünderung einer Stadt oder Ansiedlung, selbst wenn sie im Sturm genommen wurde;
- xvii) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen;
- xviii) die Verwendung erstickender, giftiger oder gleichartiger Gase sowie aller ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffe oder Vorrichtungen;
- xix) die Verwendung von Geschossen, die sich im Körper des Menschen leicht ausdehnen oder flachdrücken, beispielsweise Geschosse mit einem harten Mantel, der den Kern nicht ganz umschließt oder mit Einschnitten versehen ist;
- xx) die Verwendung von Waffen, Geschossen, Stoffen und Methoden der Kriegführung, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen, oder die unter Verstoß gegen das internationale Recht des bewaffneten Konflikts ihrer Natur nach unterschiedslos wirken, vorausgesetzt, dass diese Waffen, Geschosse, Stoffe und Methoden der Kriegführung Gegenstand eines umfassenden Verbots und aufgrund einer Änderung entsprechend den einschlägigen Bestimmungen in den Artikeln 121 und 123 in einer Anlage dieses Statuts enthalten sind;
- xxi) die Beeinträchtigung der persönlichen Würde, insbesondere eine entwürdigende und erniedrigende Behandlung;
- xxii) Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 Buchstabe f, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt, die ebenfalls eine schwere Verletzung der Genfer Abkommen darstellt;

- xxiii) die Benutzung der Anwesenheit einer Zivilperson oder einer anderen geschützten Person, um Kampfhandlungen von gewissen Punkten, Gebieten oder Streitkräften fernzuhalten;
- xxiv) vorsätzliche Angriffe auf Gebäude, Material, Sanitätseinheiten, Sanitätstransportmittel und Personal, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht mit den Schutzzeichen der Genfer Abkommen versehen sind;
- xxv) das vorsätzliche Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kriegführung durch das Vorenthalten der für sie lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach den Genfer Abkommen vorgesehen sind;
- xxvi) die Zwangsverpflichtung oder Eingliederung von Kindern unter fünfzehn Jahren in die nationalen Streitkräfte oder ihre Verwendung zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten;
- xxvii) die Verwendung von Waffen, die mikrobiologische oder andere biologische Agenzien oder Toxine – ungeachtet ihres Ursprungs und ihrer Herstellungsmethode – nutzen;
 1. Der Täter verwendete Waffen, die mikrobiologische oder andere biologische Agenzien oder Toxine – ungeachtet ihres Ursprungs und ihrer Herstellungsmethode – nutzen.
 2. Das Verhalten fand im Zusammenhang mit einem internationalen bewaffneten Konflikt statt und war mit diesem verbunden.
 3. Der Täter hatte Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts begründeten.
- xxviii) die Verwendung von Waffen, deren Hauptwirkung darin besteht, durch Splitter zu verletzen, die im menschlichen Körper durch Röntgenstrahlen nicht entdeckt werden können;
 1. Der Täter verwendete Waffen, deren Hauptwirkung darin besteht, durch Splitter zu verletzen, die im menschlichen Körper durch Röntgenstrahlen nicht entdeckt werden können.
 2. Das Verhalten fand im Zusammenhang mit einem internationalen bewaffneten Konflikt statt und war mit diesem verbunden.
 3. Der Täter hatte Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts begründeten.
- xxix) die Verwendung von Laserwaffen, die eigens dazu entworfen sind, sei es als ihre einzige Kampfaufgabe oder als eine ihrer Kampfaufgaben, die dauerhafte Erblindung des unbewehrten Auges, das heißt des bloßen Auges oder des Auges mit Sehhilfe, zu verursachen;
 1. Der Täter verwendete Laserwaffen, die eigens dazu entworfen sind, sei es als ihre einzige Kampfaufgabe oder als eine ihrer Kampfaufgaben, die dauerhafte Erblindung¹⁾ des unbewehrten Auges, das heißt des bloßen Auges oder des Auges mit Sehhilfe, zu verursachen.
 2. Die Erblindung war nicht Neben- oder Begleitwirkung des rechtmäßigen militärischen Einsatzes von Lasersystemen einschließlich

¹⁾ **Amtl. Anm.:** Der Begriff „dauerhafte Erblindung“ bedeutet „den unumkehrbaren und nicht korrigierbaren Verlust des Sehvermögens, der ohne Aussicht auf Wiederherstellung schwer behindert“.

der Lasersysteme, die gegen optische Ausrüstung eingesetzt werden.

3. Das Verhalten fand im Zusammenhang mit einem internationalen bewaffneten Konflikt statt und war mit diesem verbunden.

4. Der Täter hatte Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts begründeten.

c) im Falle eines bewaffneten Konflikts, der keinen internationalen Charakter hat, schwere Verstöße gegen den gemeinsamen Artikel 3 der vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949¹⁾, nämlich die Verübung jeder der folgenden Handlungen gegen Personen, die nicht unmittelbar an den Feindseligkeiten teilnehmen, einschließlich der Angehörigen der Streitkräfte, welche die Waffen gestreckt haben, und der Personen, die durch Krankheit, Verwundung, Gefangennahme oder eine andere Ursache außer Gefecht befindlich sind:

- i) Angriffe auf Leib und Leben, insbesondere vorsätzliche Tötung jeder Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folter;
- ii) die Beeinträchtigung der persönlichen Würde, insbesondere entwürdigende und erniedrigende Behandlung;
- iii) Geiselnahme;
- iv) Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordentlich bestellten Gerichts, das die allgemein als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet;

d) Absatz 2 Buchstabe c findet Anwendung auf bewaffnete Konflikte, die keinen internationalen Charakter haben, und somit nicht auf Fälle innerer Unruhen und Spannungen wie Tumulte, vereinzelt auftretende Gewalttaten oder andere ähnliche Handlungen;

e) andere schwere Verstöße gegen die innerhalb des feststehenden Rahmens des Völkerrechts anwendbaren Gesetze und Gebräuche im bewaffneten Konflikt, der keinen internationalen Charakter hat, nämlich jede der folgenden Handlungen:

- i) vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung als solche oder auf einzelne Zivilpersonen, die an den Feindseligkeiten nicht unmittelbar teilnehmen;
- ii) vorsätzliche Angriffe auf Gebäude, Material, Sanitätseinheiten, Sanitätstransportmittel und Personal, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht mit den Schutzzeichen der Genfer Abkommen versehen sind;
- iii) vorsätzliche Angriffe auf Personal, Einrichtungen, Material, Einheiten oder Fahrzeuge, die an einer humanitären Hilfsmission oder friedenserhaltenden Mission in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen beteiligt sind, solange sie Anspruch auf den Schutz haben, der Zivilpersonen oder zivilen Objekten nach dem internationalen Recht des bewaffneten Konflikts gewährt wird;
- iv) vorsätzliche Angriffe auf Gebäude, die dem Gottesdienst, der Erziehung, der Kunst, der Wissenschaft oder der Wohltätigkeit gewidmet

¹⁾ Beachte 1. Genfer Abkommen v. 12.8.1949 (BGBl. II 1954 S. 783), 2. Genfer Abkommen v. 12.8.1949 (BGBl. II 1954 S. 813), 3. Genfer Abkommen v. 12.8.1949 (BGBl. II 1954 S. 838) und 4. Genfer Abkommen v. 12.8.1949 (BGBl. 1954 II S. 917, ber. 1956 S. 1586).

- sind, auf geschichtliche Denkmäler, Krankenhäuser und Sammelplätze für Kranke und Verwundete, sofern es nicht militärische Ziele sind;
- v) die Plünderung einer Stadt oder Ansiedlung, selbst wenn sie im Sturm genommen wurde;
 - vi) Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 Buchstabe f, Zwangssterilisation und jede andere Form sexueller Gewalt, die ebenfalls einen schweren Verstoß gegen den gemeinsamen Artikel 3 der vier Genfer Abkommen darstellt;
 - vii) die Zwangsverpflichtung oder Eingliederung von Kindern unter fünfzehn Jahren in Streitkräfte oder bewaffnete Gruppen oder ihre Verwendung zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten;
 - viii) die Anordnung der Verlegung der Zivilbevölkerung aus Gründen im Zusammenhang mit dem Konflikt, sofern dies nicht im Hinblick auf die Sicherheit der betreffenden Zivilpersonen oder aus zwingenden militärischen Gründen geboten ist;
 - ix) die meuchlerische Tötung oder Verwundung eines gegnerischen Kombattanten;
 - x) die Erklärung, dass kein Pardon gegeben wird;
 - xi) die körperliche Verstümmelung von Personen, die sich in der Gewalt einer anderen Konfliktpartei befinden, oder die Vornahme medizinischer oder wissenschaftlicher Versuche jeder Art an diesen Personen, die nicht durch deren ärztliche, zahnärztliche oder Krankenhausbehandlung gerechtfertigt sind oder in ihrem Interesse durchgeführt werden und die zu ihrem Tod führen oder ihre Gesundheit ernsthaft gefährden;
 - xii) die Zerstörung oder Beschlagnahme gegnerischen Eigentums, sofern diese nicht durch die Erfordernisse des Konflikts zwingend geboten ist;
 - xiii) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen;
 - xiv) die Verwendung erstickender, giftiger oder gleichartiger Gase sowie aller ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffe oder Vorrichtungen;
 - xv) die Verwendung von Geschossen, die sich im Körper des Menschen leicht ausdehnen oder flachdrücken, beispielsweise Geschosse mit einem harten Mantel, der den Kern nicht ganz umschließt oder mit Einschnitten versehen ist;
 - xvi) die Verwendung von Waffen, die mikrobiologische oder andere biologische Agenzien oder Toxine – ungeachtet ihres Ursprungs und ihrer Herstellungsmethode – nutzen;
1. Der Täter verwendete Waffen, die mikrobiologische oder andere biologische Agenzien oder Toxine – ungeachtet ihres Ursprungs und ihrer Herstellungsmethode – nutzen.
 2. Das Verhalten fand im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt statt, der keinen internationalen Charakter hat, und war mit diesem verbunden.
 3. Der Täter hatte Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts begründeten.

- xvii) die Verwendung von Waffen, deren Hauptwirkung darin besteht, durch Splitter zu verletzen, die im menschlichen Körper durch Röntgenstrahlen nicht entdeckt werden können;
 1. Der Täter verwendete Waffen, deren Hauptwirkung darin besteht, durch Splitter zu verletzen, die im menschlichen Körper durch Röntgenstrahlen nicht entdeckt werden können.
 2. Das Verhalten fand im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt statt, der keinen internationalen Charakter hat, und war mit diesem verbunden.
 3. Der Täter hatte Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts begründeten.
- xviii) die Verwendung von Laserwaffen, die eigens dazu entworfen sind, sei es als ihre einzige Kampfaufgabe oder als eine ihrer Kampfaufgaben, die dauerhafte Erblindung des unbewehrten Auges, das heißt des bloßen Auges oder des Auges mit Sehhilfe, zu verursachen;
 1. Der Täter verwendete Laserwaffen, die eigens dazu entworfen sind, sei es als ihre einzige Kampfaufgabe oder als eine ihrer Kampfaufgaben, die dauerhafte Erblindung¹⁾ des unbewehrten Auges, das heißt des bloßen Auges oder des Auges mit Sehhilfe, zu verursachen.
 2. Die Erblindung war nicht Neben- oder Begleitwirkung des rechtmäßigen militärischen Einsatzes von Lasersystemen einschließlich der Lasersysteme, die gegen optische Ausrüstung eingesetzt werden.
 3. Das Verhalten fand im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt statt, der keinen internationalen Charakter hat, und war mit diesem verbunden.
 4. Der Täter hatte Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts begründeten.
- xix) das vorsätzliche Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kriegführung durch das Vorenthalten der für sie lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen;
 1. Der Täter enthielt Zivilpersonen die für sie lebensnotwendigen Gegenstände vor.
 2. Der Täter hatte die Absicht, Zivilpersonen als Methode der Kriegführung auszuhungern.
 3. Das Verhalten fand im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt statt, der keinen internationalen Charakter hat, und war mit diesem verbunden.
 4. Der Täter hatte Kenntnis von den tatsächlichen Umständen, die das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts begründeten.
- f) Absatz 2 Buchstabe e findet Anwendung auf bewaffnete Konflikte, die keinen internationalen Charakter haben, und somit nicht auf Fälle innerer Unruhen und Spannungen wie Tumulte, vereinzelt auftretende Gewalttaten

¹⁾ **Amtl. Anm.:** Der Begriff „dauerhafte Erblindung“ bedeutet „den unumkehrbaren und nicht korrigierbaren Verlust des Sehvermögens, der ohne Aussicht auf Wiederherstellung schwer behindert“.

oder andere ähnliche Handlungen. Er findet Anwendung auf bewaffnete Konflikte, die im Hoheitsgebiet eines Staates stattfinden, wenn zwischen den staatlichen Behörden und organisierten bewaffneten Gruppen oder zwischen solchen Gruppen ein lang anhaltender bewaffneter Konflikt besteht.

(3) Absatz 2 Buchstaben c und e berührt nicht die Verantwortung einer Regierung, die öffentliche Ordnung im Staat aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen oder die Einheit und territoriale Unversehrtheit des Staates mit allen rechtmäßigen Mitteln zu verteidigen.

Art. 8^{bis} Verbrechen der Aggression. (1) Im Sinne dieses Statuts bedeutet „Verbrechen der Aggression“ die Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Ausführung einer Angriffshandlung, die ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen¹⁾ darstellt, durch eine Person, die tatsächlich in der Lage ist, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken.

(2) ¹Im Sinne des Absatzes 1 bedeutet „Angriffshandlung“ die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit der Charta der Vereinten Nationen¹⁾ unvereinbare Anwendung von Waffengewalt durch einen anderen Staat. ²Unabhängig von dem Vorliegen einer Kriegserklärung gilt in Übereinstimmung mit der Resolution 3314 (XXIX) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1974 jede der folgenden Handlungen als Angriffshandlung:

- a) die Invasion des Hoheitsgebiets eines Staates oder der Angriff auf dieses durch die Streitkräfte eines anderen Staates oder jede, wenn auch vorübergehende, militärische Besetzung, die sich aus einer solchen Invasion oder einem solchen Angriff ergibt, oder jede gewaltsame Annexion des Hoheitsgebiets eines anderen Staates oder eines Teiles desselben;
- b) die Bombardierung oder Beschießung des Hoheitsgebiets eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates oder der Einsatz von Waffen jeder Art durch einen Staat gegen das Hoheitsgebiet eines anderen Staates;
- c) die Blockade der Häfen oder Küsten eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates;
- d) ein Angriff der Streitkräfte eines Staates auf die Land-, See- oder Luftstreitkräfte oder die See- und Luftflotte eines anderen Staates;
- e) der Einsatz von Streitkräften eines Staates, die sich mit der Zustimmung eines anderen Staates in dessen Hoheitsgebiet befinden, unter Verstoß gegen die in der entsprechenden Einwilligung oder Vereinbarung vorgesehenen Bedingungen oder jede Verlängerung ihrer Anwesenheit in diesem Hoheitsgebiet über den Ablauf der Geltungsdauer der Einwilligung oder Vereinbarung hinaus;
- f) das Handeln eines Staates, wodurch er erlaubt, dass sein Hoheitsgebiet, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat dazu benutzt wird, eine Angriffshandlung gegen einen dritten Staat zu begehen;
- g) das Entsenden bewaffneter Banden, Gruppen, irregulärer Kräfte oder Söldner durch einen Staat oder in seinem Namen, die mit Waffengewalt gegen

¹⁾ Auszugsweise abgedruckt unter Nr. 1.

einen anderen Staat Handlungen von solcher Schwere ausführen, dass sie den oben aufgeführten Handlungen gleichkommen, oder seine wesentliche Beteiligung daran.

Art. 9 „Verbrechenselemente“⁴¹. (1) ¹Die „Verbrechenselemente“ helfen dem Gerichtshof bei der Auslegung und Anwendung der Artikel 6, 7, 8 und 8^{bis}. ²Sie werden von den Mitgliedern der Versammlung der Vertragsstaaten mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

(2) ¹Änderungen der „Verbrechenselemente“ können vorgeschlagen werden von

- a) jedem Vertragsstaat;
- b) den Richtern mit absoluter Mehrheit;
- c) dem Ankläger;

²Diese Änderungen werden von den Mitgliedern der Versammlung der Vertragsstaaten mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

(3) Die „Verbrechenselemente“ und ihre Änderungen müssen mit dem Statut vereinbar sein.

Art. 10 [Auslegungsregel] Dieser Teil ist nicht so auszulegen, als beschränke oder berühre er bestehende oder sich entwickelnde Regeln des Völkerrechts für andere Zwecke als diejenigen dieses Statuts.

Art. 11 Gerichtsbarkeit *ratione temporis*. (1) Die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs erstreckt sich nur auf Verbrechen, die nach Inkrafttreten dieses Statuts begangen werden.

(2) Wird ein Staat nach Inkrafttreten dieses Statuts dessen Vertragspartei, so kann der Gerichtshof seine Gerichtsbarkeit nur in Bezug auf Verbrechen ausüben, die nach Inkrafttreten des Statuts für diesen Staat begangen wurden, es sei denn, der Staat hat eine Erklärung nach Artikel 12 Absatz 3 abgegeben.

Art. 12 Voraussetzungen für die Ausübung der Gerichtsbarkeit.

(1) Ein Staat, der Vertragspartei dieses Statuts wird, erkennt damit die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs für die in Artikel 5 bezeichneten Verbrechen an.

(2) Im Fall des Artikels 13 Buchstabe a oder c kann der Gerichtshof seine Gerichtsbarkeit ausüben, wenn einer oder mehrere der folgenden Staaten Vertragspartei dieses Statuts sind oder in Übereinstimmung mit Absatz 3 die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs anerkannt haben:

- a) der Staat, in dessen Hoheitsgebiet das fragliche Verhalten stattgefunden hat, oder, sofern das Verbrechen an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeugs begangen wurde, der Staat, in dem dieses registriert ist;
- b) der Staat, dessen Staatsangehörigkeit die des Verbrechens beschuldigte Person besitzt.

(3) ¹Ist nach Absatz 2 die Anerkennung der Gerichtsbarkeit durch einen Staat erforderlich, der nicht Vertragspartei dieses Statuts ist, so kann dieser Staat

⁴¹ In der aktuellen Fassung in englischer Sprache abrufbar unter <https://www.icc-cpi.int/publications/core-legal-texts/elements-crimes>.

durch Hinterlegung einer Erklärung beim Kanzler die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch den Gerichtshof in Bezug auf das fragliche Verbrechen anerkennen. ²Der anerkennende Staat arbeitet mit dem Gerichtshof ohne Verzögerung oder Ausnahme in Übereinstimmung mit Teil 9 zusammen.

Art. 13 Ausübung der Gerichtsbarkeit. Der Gerichtshof kann in Übereinstimmung mit diesem Statut seine Gerichtsbarkeit über ein in Artikel 5 bezeichnetes Verbrechen ausüben, wenn

- a) eine Situation, in der es den Anschein hat, dass eines oder mehrere dieser Verbrechen begangen wurden, von einem Vertragsstaat nach Artikel 14 dem Ankläger unterbreitet wird,
- b) eine Situation, in der es den Anschein hat, dass eines oder mehrere dieser Verbrechen begangen wurden, vom Sicherheitsrat, der nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen tätig wird, dem Ankläger unterbreitet wird, oder
- c) der Ankläger nach Artikel 15 Ermittlungen in Bezug auf eines dieser Verbrechen eingeleitet hat.

Art. 14 Unterbreitung einer Situation durch einen Vertragsstaat.

(1) Ein Vertragsstaat kann eine Situation, in der es den Anschein hat, dass ein oder mehrere der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegende Verbrechen begangen wurden, dem Ankläger unterbreiten und diesen ersuchen, die Situation zu untersuchen, um festzustellen, ob eine oder mehrere bestimmte Personen angeklagt werden sollen, diese Verbrechen begangen zu haben.

(2) Soweit möglich, sind in der Unterbreitung die maßgeblichen Umstände anzugeben und diejenigen Unterlagen zur Begründung beizufügen, über die der unterbreitende Staat verfügt.

Art. 15 Ankläger. (1) Der Ankläger kann auf der Grundlage von Informationen über der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegende Verbrechen aus eigener Initiative Ermittlungen einleiten.

(2) ¹Der Ankläger prüft die Stichhaltigkeit der erhaltenen Informationen. ²Zu diesem Zweck kann er von Staaten, Organen der Vereinten Nationen, zwischenstaatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen oder anderen von ihm als geeignet erachteten zuverlässigen Stellen zusätzliche Auskünfte einholen und am Sitz des Gerichtshofs schriftliche oder mündliche Zeugenaussagen entgegennehmen.

(3) ¹Gelangt der Ankläger zu dem Schluss, dass eine hinreichende Grundlage für die Aufnahme von Ermittlungen besteht, so legt er der Vorverfahrenskammer einen Antrag auf Genehmigung von Ermittlungen zusammen mit den gesammelten Unterlagen zu seiner Begründung vor. ²Opfer können in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung Eingaben an die Vorverfahrenskammer machen.

(4) Ist die Vorverfahrenskammer nach Prüfung des Antrags und der Unterlagen zu seiner Begründung der Auffassung, dass eine hinreichende Grundlage für die Aufnahme von Ermittlungen besteht und dass die Sache unter die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs zu fallen scheint, so erteilt sie die Genehmigung zur Einleitung der Ermittlungen, unbeschadet späterer Entscheidungen

des Gerichtshofs betreffend die Gerichtsbarkeit für eine Sache und ihre Zulässigkeit.

(5) Verweigert die Vorverfahrenskammer die Genehmigung zur Aufnahme von Ermittlungen, so schließt dies einen auf neue Tatsachen oder Beweismittel gestützten späteren Antrag des Anklägers in Bezug auf dieselbe Situation nicht aus.

(6) ¹Gelangt der Ankläger nach der in den Absätzen 1 und 2 genannten Vorprüfung zu dem Schluss, dass die zur Verfügung gestellten Informationen keine hinreichende Grundlage für Ermittlungen darstellen, so teilt er dies den Informanten mit. ²Dies schließt nicht aus, dass der Ankläger im Licht neuer Tatsachen oder Beweismittel weitere Informationen prüft, die ihm in Bezug auf dieselbe Situation zur Verfügung gestellt werden.

Art. 15^{bis} Ausübung der Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression (Unterbreitung durch einen Staat oder aus eigener Initiative)

(1) Der Gerichtshof kann vorbehaltlich dieses Artikels seine Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression in Übereinstimmung mit Artikel 13 Buchstaben a und c ausüben.

(2) Der Gerichtshof kann seine Gerichtsbarkeit nur über Verbrechen der Aggression ausüben, die ein Jahr nach Ratifikation oder Annahme der Änderungen durch dreißig Vertragsstaaten begangen werden.

(3) Der Gerichtshof übt seine Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression in Übereinstimmung mit diesem Artikel vorbehaltlich eines Beschlusses aus, der nach dem 1. Januar 2017 mit derselben Mehrheit von Vertragsstaaten zu fassen ist, wie sie für die Annahme einer Änderung des Statuts erforderlich ist.

(4) ¹Der Gerichtshof kann in Übereinstimmung mit Artikel 12 seine Gerichtsbarkeit über ein Verbrechen der Aggression ausüben, das sich aus einer Angriffshandlung eines Vertragsstaats ergibt, es sei denn, dieser Vertragsstaat hat zuvor durch Hinterlegung einer Erklärung beim Kanzler bekanntgegeben, dass er diese Gerichtsbarkeit nicht anerkennt. ²Die Rücknahme dieser Erklärung kann jederzeit erfolgen und wird von dem Vertragsstaat innerhalb von drei Jahren geprüft.

(5) Hinsichtlich eines Staates, der nicht Vertragspartei dieses Statuts ist, übt der Gerichtshof seine Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression nicht aus, wenn das Verbrechen von Staatsangehörigen des betreffenden Staates oder in dessen Hoheitsgebiet begangen wurde.

(6) ¹Gelangt der Ankläger zu dem Schluss, dass eine hinreichende Grundlage für die Aufnahme von Ermittlungen in Bezug auf ein Verbrechen der Aggression besteht, vergewissert er sich zunächst, ob der Sicherheitsrat festgestellt hat, dass der betreffende Staat eine Angriffshandlung begangen hat. ²Der Ankläger benachrichtigt den Generalsekretär der Vereinten Nationen über die beim Gerichtshof anhängige Situation unter Einschluss sachdienlicher Informationen und Unterlagen.

(7) Hat der Sicherheitsrat eine entsprechende Feststellung getroffen, so kann der Ankläger die Ermittlungen in Bezug auf ein Verbrechen der Aggression aufnehmen.

(8) Wird innerhalb von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt der Benachrichtigung keine entsprechende Feststellung getroffen, so kann der Ankläger

die Ermittlungen in Bezug auf ein Verbrechen der Aggression aufnehmen, sofern die Vorverfahrensabteilung nach dem in Artikel 15 vorgesehenen Verfahren die Genehmigung zur Einleitung der Ermittlungen in Bezug auf ein Verbrechen der Aggression erteilt und der Sicherheitsrat nicht einen anderweitigen Beschluss nach Artikel 16 gefasst hat.

(9) Die Feststellung einer Angriffshandlung durch ein Organ außerhalb des Gerichtshofs berührt nicht die eigenen Erkenntnisse des Gerichtshofs nach diesem Statut.

(10) Dieser Artikel lässt die Bestimmungen über die Ausübung der Gerichtsbarkeit über die anderen in Artikel 5 bezeichneten Verbrechen unberührt.

Art. 15^{ter} Ausübung der Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression (Unterbreitung durch den Sicherheitsrat) (1) Der Gerichtshof kann vorbehaltlich dieses Artikels seine Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression in Übereinstimmung mit Artikel 13 Buchstabe b ausüben.

(2) Der Gerichtshof kann seine Gerichtsbarkeit nur über Verbrechen der Aggression ausüben, die ein Jahr nach Ratifikation oder Annahme der Änderungen durch dreißig Vertragsstaaten begangen werden.

(3) Der Gerichtshof übt seine Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression in Übereinstimmung mit diesem Artikel vorbehaltlich eines Beschlusses aus, der nach dem 1. Januar 2017 mit derselben Mehrheit von Vertragsstaaten zu fassen ist, wie sie für die Annahme einer Änderung des Statuts erforderlich ist.

(4) Die Feststellung einer Angriffshandlung durch ein Organ außerhalb des Gerichtshofs berührt nicht die eigenen Erkenntnisse des Gerichtshofs nach diesem Statut.

(5) Dieser Artikel lässt die Bestimmungen über die Ausübung der Gerichtsbarkeit über die anderen in Artikel 5 bezeichneten Verbrechen unberührt.

Art. 16 Aufschub der Ermittlungen oder der Strafverfolgung. Richtet der Sicherheitsrat in einer nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen angenommenen Resolution ein entsprechendes Ersuchen an den Gerichtshof, so dürfen für einen Zeitraum von 12 Monaten keine Ermittlungen und keine Strafverfolgung aufgrund dieses Statuts eingeleitet oder fortgeführt werden; das Ersuchen kann vom Sicherheitsrat unter denselben Bedingungen erneuert werden.

Art. 17 Fragen der Zulässigkeit. (1) Im Hinblick auf Absatz 10 der Präambel und Artikel 1 entscheidet der Gerichtshof, dass eine Sache nicht zulässig ist, wenn

- a) in der Sache von einem Staat, der Gerichtsbarkeit darüber hat, Ermittlungen oder eine Strafverfolgung durchgeführt werden, es sei denn, der Staat ist nicht willens oder nicht in der Lage, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung ernsthaft durchzuführen;
- b) in der Sache von einem Staat, der Gerichtsbarkeit darüber hat, Ermittlungen durchgeführt worden sind, und der Staat entschieden hat, die betreffende Person nicht strafrechtlich zu verfolgen, es sei denn, die Entscheidung war das Ergebnis des mangelnden Willens oder des Unvermögens des Staates, eine Strafverfolgung ernsthaft durchzuführen;

- c) die betreffende Person wegen des Verhaltens, das Gegenstand des Tatvorwurfs ist, bereits gerichtlich belangt worden ist und die Sache nach Artikel 20 Absatz 3 nicht beim Gerichtshof anhängig gemacht werden kann;
- d) die Sache nicht schwerwiegend genug ist, um weitere Maßnahmen des Gerichtshofs zu rechtfertigen.

(2) Zur Feststellung des mangelnden Willens in einem bestimmten Fall prüft der Gerichtshof unter Berücksichtigung der völkerrechtlich anerkannten Grundsätze eines ordnungsgemäßen Verfahrens, ob gegebenenfalls eine oder mehrere der folgenden Voraussetzungen vorliegen:

- a) Das Verfahren wurde oder wird geführt oder die staatliche Entscheidung wurde getroffen, um die betreffende Person vor strafrechtlicher Verantwortlichkeit für die in Artikel 5 bezeichneten, der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen zu schützen;
- b) in dem Verfahren gab es eine nicht gerechtfertigte Verzögerung, die unter den gegebenen Umständen mit der Absicht unvereinbar ist, die betreffende Person vor Gericht zu stellen;
- c) das Verfahren war oder ist nicht unabhängig oder unparteiisch und wurde oder wird in einer Weise geführt, die unter den gegebenen Umständen mit der Absicht unvereinbar ist, die betreffende Person vor Gericht zu stellen.

(3) Zur Feststellung des Unvermögens in einem bestimmten Fall prüft der Gerichtshof, ob der Staat wegen des völligen oder weitgehenden Zusammenbruchs oder der mangelnden Verfügbarkeit seines innerstaatlichen Justizsystems nicht in der Lage ist, des Beschuldigten habhaft zu werden oder die erforderlichen Beweismittel und Zeugenaussagen zu erlangen, oder aus anderen Gründen nicht in der Lage ist, ein Verfahren durchzuführen.

Art. 18 Vorläufige Entscheidungen betreffend die Zulässigkeit.

(1) ¹Wurde eine Situation nach Artikel 13 Buchstabe a dem Gerichtshof unterbreitet und hat der Ankläger festgestellt, dass eine hinreichende Grundlage für die Einleitung von Ermittlungen bestünde, oder leitet der Ankläger Ermittlungen nach Artikel 13 Buchstabe c und Artikel 15 ein, so benachrichtigt der Ankläger förmlich alle Vertragsstaaten und diejenigen Staaten, die unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Informationen im Regelfall die Gerichtsbarkeit über die betreffenden Verbrechen ausüben würden. ²Der Ankläger kann diese Staaten vertraulich benachrichtigen und, sofern er dies für notwendig hält, um Personen zu schützen, die Vernichtung von Beweismitteln oder die Flucht von Personen zu verhindern, den Umfang der den Staaten zur Verfügung gestellten Informationen begrenzen.

(2) ¹Binnen eines Monats nach Eingang dieser förmlichen Benachrichtigung kann ein Staat den Gerichtshof davon in Kenntnis setzen, dass er gegen seine Staatsangehörigen oder andere Personen unter seiner Hoheitsgewalt in Bezug auf Straftaten ermittelt oder ermittelt hat, die möglicherweise den Tatbestand der in Artikel 5 bezeichneten Verbrechen erfüllen und die mit den Informationen in Zusammenhang stehen, welche in der an die Staaten gerichteten Benachrichtigung enthalten sind. ²Auf Ersuchen des betreffenden Staates stellt der Ankläger die Ermittlungen gegen diese Personen zugunsten der Ermittlungen des Staates zurück, es sei denn, die Vorverfahrenskammer beschließt auf Antrag des Anklägers, diesen zu den Ermittlungen zu ermächtigen.

(3) Die Zurückstellung der Ermittlungen durch den Ankläger zugunsten der Ermittlungen eines Staates kann vom Ankläger sechs Monate nach dem Zeitpunkt der Zurückstellung oder jederzeit überprüft werden, wenn sich aufgrund des mangelnden Willens oder des Unvermögens des betreffenden Staates zur ernsthaften Durchführung von Ermittlungen die Sachlage wesentlich geändert hat.

(4) ¹Der betreffende Staat oder der Ankläger kann nach Artikel 82 gegen eine Entscheidung der Vorverfahrenskammer bei der Berufungskammer Beschwerde einlegen. ²Die Beschwerde kann beschleunigt behandelt werden.

(5) ¹Hat der Ankläger nach Absatz 2 Ermittlungen zurückgestellt, so kann er den betreffenden Staat ersuchen, ihn regelmäßig über den Fortgang seiner Ermittlungen und jede anschließende Strafverfolgung zu unterrichten. ²Die Vertragsstaaten kommen einem solchen Ersuchen ohne unangemessene Verzögerung nach.

(6) Bis zu einer Entscheidung der Vorverfahrenskammer oder jederzeit, nachdem der Ankläger nach diesem Artikel Ermittlungen zurückgestellt hat, kann er ausnahmsweise die Vorverfahrenskammer um die Ermächtigung zu notwendigen Ermittlungsmaßnahmen zum Zweck der Sicherung von Beweismitteln ersuchen, wenn eine einmalige Gelegenheit zur Beschaffung wichtiger Beweismittel oder eine erhebliche Gefahr besteht, dass diese Beweismittel später nicht verfügbar sein werden.

(7) Ein Staat, der eine Entscheidung der Vorverfahrenskammer nach diesem Artikel angefochten hat, kann die Zulässigkeit einer Sache nach Artikel 19 aufgrund zusätzlicher wesentlicher Tatsachen oder einer wesentlichen Änderung der Sachlage anfechten.

Art. 19 Anfechtung der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs oder der Zulässigkeit einer Sache. (1) ¹Der Gerichtshof vergewissert sich, dass er in jeder bei ihm anhängig gemachten Sache Gerichtsbarkeit hat. ²Der Gerichtshof kann aus eigener Initiative über die Zulässigkeit einer Sache nach Artikel 17 entscheiden.

(2) Sowohl die Zulässigkeit einer Sache aus den in Artikel 17 genannten Gründen als auch die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs können angefochten werden von

- a) einem Angeklagten oder einer Person, gegen die ein Haftbefehl oder eine Ladung nach Artikel 58 ergangen ist,
- b) einem Staat, der Gerichtsbarkeit über eine Sache hat, weil er in der Sache Ermittlungen oder eine Strafverfolgung durchführt oder durchgeführt hat, oder
- c) einem Staat, der nach Artikel 12 die Gerichtsbarkeit anerkannt haben muss.

(3) ¹Der Ankläger kann über eine Frage der Gerichtsbarkeit oder der Zulässigkeit eine Entscheidung des Gerichtshofs erwirken. ²In Verfahren über die Gerichtsbarkeit oder die Zulässigkeit können beim Gerichtshof auch diejenigen, welche ihm die Situation nach Artikel 13 unterbreitet haben, sowie die Opfer Stellungnahmen abgeben.

(4) ¹Die Zulässigkeit einer Sache oder die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs kann von jeder in Absatz 2 bezeichneten Person oder jedem dort bezeichneten Staat nur einmal angefochten werden. ²Die Anfechtung erfolgt vor oder bei Eröffnung des Hauptverfahrens. ³Unter außergewöhnlichen Umständen kann

der Gerichtshof gestatten, eine Anfechtung mehr als einmal oder erst nach Eröffnung des Hauptverfahrens vorzubringen. ⁴Anfechtungen der Zulässigkeit einer Sache, die bei oder, sofern der Gerichtshof dies gestattet, nach Eröffnung des Hauptverfahrens vorgebracht werden, können nur auf Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c gestützt werden.

(5) Ein in Absatz 2 Buchstaben b und c bezeichneter Staat bringt eine Anfechtung bei frühestmöglicher Gelegenheit vor.

(6) ¹Vor Bestätigung der Anklage werden einige Anfechtungen der Zulässigkeit einer Sache oder Anfechtungen der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs an die Vorverfahrenskammer verwiesen. ²Nach Bestätigung der Anklage werden sie an die Hauptverfahrenskammer verwiesen. ³Gegen Entscheidungen über die Gerichtsbarkeit oder die Zulässigkeit kann nach Artikel 82 bei der Berufungskammer Beschwerde eingelegt werden.

(7) Bringt ein in Absatz 2 Buchstabe b oder c bezeichneter Staat eine Anfechtung vor, so setzt der Ankläger die Ermittlungen so lange aus, bis der Gerichtshof eine Entscheidung nach Artikel 17 getroffen hat.

(8) Bis zu einer Entscheidung des Gerichtshofs kann der Ankläger diesen um die Ermächtigung ersuchen,

- a) notwendige Ermittlungsmaßnahmen der in Artikel 18 Absatz 6 bezeichneten Art zu ergreifen,
- b) schriftliche oder mündliche Zeugenaussagen einzuholen oder die Erhebung und Prüfung von Beweismitteln abzuschließen, mit der vor Erklärung der Anfechtung begonnen worden war, und
- c) in Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Staaten die Flucht von Personen zu verhindern, für die er bereits einen Haftbefehl nach Artikel 58 beantragt hat.

(9) Das Vorbringen einer Anfechtung beeinträchtigt nicht die Gültigkeit einer zuvor vom Ankläger vorgenommenen Handlung oder einer Anordnung oder eines Befehls des Gerichtshofs.

(10) Hat der Gerichtshof entschieden, dass eine Sache nach Artikel 17 unzulässig ist, so kann der Ankläger eine Überprüfung der Entscheidung beantragen, wenn seiner vollen Überzeugung nach infolge neuer Tatsachen die Grundlage entfällt, derentwegen die Sache zuvor nach Artikel 17 für unzulässig befunden worden war.

(11) ¹Stellt der Ankläger unter Berücksichtigung der in Artikel 17 genannten Angelegenheiten Ermittlungen zurück, so kann er den betreffenden Staat ersuchen, ihm Informationen über das Verfahren zur Verfügung zu stellen. ²Auf Ersuchen des betreffenden Staates sind diese Informationen vertraulich. ³Beschließt der Ankläger danach die Fortführung der Ermittlungen, so benachrichtigt er den Staat, zu dessen Gunsten das Verfahren zurückgestellt wurde.

Art. 20 Ne bis in idem. (1) Sofern in diesem Statut nichts anderes bestimmt ist, darf niemand wegen eines Verhaltens vor den Gerichtshof gestellt werden, das den Tatbestand der Verbrechen erfüllt, derentwegen er bereits vom Gerichtshof verurteilt oder freigesprochen wurde.

(2) Niemand darf wegen eines in Artikel 5 bezeichneten Verbrechens, desentwegen er vom Gerichtshof bereits verurteilt oder freigesprochen wurde, vor ein anderes Gericht gestellt werden.

(3) Niemand, der wegen eines auch nach Artikel 6, 7, 8 oder 8^{bis} verbotenen Verhaltens vor ein anderes Gericht gestellt wurde, darf vom Gerichtshof für dasselbe Verhalten belangt werden, es sei denn, das Verfahren vor dem anderen Gericht

- a) diene dem Zweck, ihn vor strafrechtlicher Verantwortlichkeit für der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegende Verbrechen zu schützen oder
- b) war in sonstiger Hinsicht nicht unabhängig oder unparteiisch entsprechend den völkerrechtlich anerkannten Grundsätzen eines ordnungsgemäßen Verfahrens und wurde in einer Weise geführt, die unter den gegebenen Umständen mit der Absicht, die betreffende Person vor Gericht zu stellen, unvereinbar war.

Art. 21 Anwendbares Recht. (1) Der Gerichtshof wendet Folgendes an:

- a) an erster Stelle dieses Statut, die „Verbrechenselemente“ sowie seine Verfahrens- und Beweisordnung;
- b) an zweiter Stelle, soweit angebracht, anwendbare Verträge sowie die Grundsätze und Regeln des Völkerrechts, einschließlich der anerkannten Grundsätze des internationalen Rechts des bewaffneten Konflikts;
- c) soweit solche fehlen, allgemeine Rechtsgrundsätze, die der Gerichtshof aus einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Rechtssysteme der Welt, einschließlich, soweit angebracht, der innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten, die im Regelfall Gerichtsbarkeit über das Verbrechen ausüben würden, abgeleitet hat, sofern diese Grundsätze nicht mit diesem Statut, dem Völkerrecht und den international anerkannten Regeln und Normen unvereinbar sind.

(2) Der Gerichtshof kann Rechtsgrundsätze und Rechtsnormen entsprechend seiner Auslegung in früheren Entscheidungen anwenden.

(3) Die Anwendung und Auslegung des Rechts nach diesem Artikel muss mit den international anerkannten Menschenrechten vereinbar sein und darf keine benachteiligende Unterscheidung etwa aufgrund des Geschlechts im Sinne des Artikels 7 Absatz 3, des Alters, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status machen.

Teil 3. Allgemeine Grundsätze des Strafrechts

Art. 22 Nullum crimen sine lege. (1) Eine Person ist nur dann nach diesem Statut strafrechtlich verantwortlich, wenn das fragliche Verhalten zur Zeit der Tat den Tatbestand eines der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens erfüllt.

(2) ¹Die Begriffsbestimmung eines Verbrechens ist eng auszulegen und darf nicht durch Analogie erweitert werden. ²Im Zweifelsfall ist die Begriffsbestimmung zugunsten der Person auszulegen, gegen die sich die Ermittlungen, die Strafverfolgung oder das Urteil richten.

(3) Dieser Artikel bedeutet nicht, dass ein Verhalten nicht unabhängig von diesem Statut als nach dem Völkerrecht strafbar beurteilt werden kann.

Art. 23 Nulla poena sine lege. Eine vom Gerichtshof für schuldig erklärte Person darf nur nach Maßgabe dieses Statuts bestraft werden.

Art. 24 Rückwirkungsverbot *ratione personae*. (1) Niemand ist nach diesem Statut für ein Verhalten strafrechtlich verantwortlich, das vor Inkrafttreten des Statuts stattgefunden hat.

(2) Ändert sich das auf einen bestimmten Fall anwendbare Recht vor dem Ergehen des rechtskräftigen Urteils, so ist das für die Person, gegen die sich die Ermittlungen, die Strafverfolgung oder das Urteil richten, mildere Recht anzuwenden.

Art. 25 Individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit. (1) Der Gerichtshof hat aufgrund dieses Statuts Gerichtsbarkeit über natürliche Personen.

(2) Wer ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen begeht, ist dafür in Übereinstimmung mit diesem Statut individuell verantwortlich und strafbar.

(3) In Übereinstimmung mit diesem Statut ist für ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen strafrechtlich verantwortlich und strafbar, wer

- a) ein solches Verbrechen selbst, gemeinschaftlich mit einem anderen oder durch einen anderen begeht, gleichviel ob der andere strafrechtlich verantwortlich ist;
- b) die Begehung eines solchen Verbrechens, das tatsächlich vollendet oder versucht wird, anordnet, dazu auffordert oder dazu anstiftet;
- c) zur Erleichterung eines solchen Verbrechens Beihilfe oder sonstige Unterstützung bei seiner Begehung oder versuchten Begehung leistet, einschließlich der Bereitstellung der Mittel für die Begehung;
- d) auf sonstige Weise zur Begehung oder versuchten Begehung eines solchen Verbrechens durch eine mit einem gemeinsamen Ziel handelnde Gruppe von Personen beiträgt. Ein derartiger Beitrag muss vorsätzlich sein und entweder
 - i) mit dem Ziel geleistet werden, die kriminelle Tätigkeit oder die strafbare Absicht der Gruppe zu fördern, soweit sich diese auf die Begehung eines der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens beziehen, oder
 - ii) in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, das Verbrechen zu begehen, geleistet werden;
- e) in Bezug auf das Verbrechen des Völkermords andere unmittelbar und öffentlich zur Begehung von Völkermord aufstachelt;
- f) versucht, ein solches Verbrechen zu begehen, indem er eine Handlung vornimmt, die einen wesentlichen Schritt zum Beginn seiner Ausführung darstellt, wobei es jedoch aufgrund von Umständen, die vom Willen des Täters unabhängig sind, nicht zur Tatausführung kommt. Wer jedoch die weitere Ausführung des Verbrechens aufgibt oder dessen Vollendung auf andere Weise verhindert, ist aufgrund dieses Statuts für den Versuch des Verbrechens nicht strafbar, wenn er das strafbare Ziel vollständig und freiwillig aufgegeben hat.

(3^{bis}) In Bezug auf das Verbrechen der Aggression findet dieser Artikel nur auf Personen Anwendung, die tatsächlich in der Lage sind, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken.

(4) Die Bestimmungen dieses Statuts betreffend die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit berühren nicht die Verantwortung der Staaten nach dem Völkerrecht.

Art. 26 Ausschluss der Gerichtsbarkeit über Personen unter achtzehn Jahren. Der Gerichtshof hat keine Gerichtsbarkeit über eine Person, die zum Zeitpunkt der angeblichen Begehung eines Verbrechens noch nicht achtzehn Jahre alt war.

Art. 27 Unerheblichkeit der amtlichen Eigenschaft. (1) ¹Dieses Statut gilt gleichermaßen für alle Personen, ohne jeden Unterschied nach amtlicher Eigenschaft. ²Insbesondere enthebt die amtliche Eigenschaft als Staats- oder Regierungschef, als Mitglied einer Regierung oder eines Parlaments, als gewählter Vertreter oder als Amtsträger einer Regierung eine Person nicht der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach diesem Statut und stellt für sich genommen keinen Strafmilderungsgrund dar.

(2) Immunitäten oder besondere Verfahrensregeln, die nach innerstaatlichem Recht oder nach dem Völkerrecht mit der amtlichen Eigenschaft einer Person verbunden sind, hindern den Gerichtshof nicht an der Ausübung seiner Gerichtsbarkeit über eine solche Person.

Art. 28 Verantwortlichkeit militärischer Befehlshaber und anderer Vorgesetzter. Neben anderen Gründen für die strafrechtliche Verantwortlichkeit aufgrund dieses Statuts für der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegende Verbrechen gilt Folgendes:

- a) Ein militärischer Befehlshaber oder eine tatsächlich als militärischer Befehlshaber handelnde Person ist strafrechtlich verantwortlich für der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegende Verbrechen, die von Truppen unter seiner oder ihrer tatsächlichen Befehls- beziehungsweise Führungsgewalt und Kontrolle als Folge seines oder ihres Versäumnisses begangen wurden, eine ordnungsgemäße Kontrolle über diese Truppen auszuüben, wenn
 - i) der betreffende militärische Befehlshaber oder die betreffende Person wusste oder aufgrund der zu der Zeit gegebenen Umstände hätte wissen müssen, dass die Truppen diese Verbrechen begingen oder zu begehen im Begriff waren, und
 - ii) der betreffende militärische Befehlshaber oder die betreffende Person nicht alle in seiner oder ihrer Macht stehenden erforderlichen und angemessenen Maßnahmen ergriff, um ihre Begehung zu verhindern oder zu unterbinden oder die Angelegenheit den zuständigen Behörden zur Untersuchung und Strafverfolgung vorzulegen.
- b) In Bezug auf unter Buchstabe a nicht beschriebene Vorgesetzten- und Untergebenenverhältnisse ist ein Vorgesetzter strafrechtlich verantwortlich für der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegende Verbrechen, die von Untergebenen unter seiner tatsächlichen Führungsgewalt und Kontrolle als Folge seines Versäumnisses begangen wurden, eine ordnungsgemäße Kontrolle über diese Untergebenen auszuüben, wenn

- i) der Vorgesetzte entweder wusste, dass die Untergebenen solche Verbrechen begingen oder zu begehen im Begriff waren, oder eindeutig darauf hinweisende Informationen bewusst außer Acht ließ;
- ii) die Verbrechen Tätigkeiten betrafen, die unter die tatsächliche Verantwortung und Kontrolle des Vorgesetzten fielen, und
- iii) der Vorgesetzte nicht alle in seiner Macht stehenden erforderlichen und angemessenen Maßnahmen ergriff, um ihre Begehung zu verhindern oder zu unterbinden oder die Angelegenheit den zuständigen Behörden zur Untersuchung und Strafverfolgung vorzulegen.

Art. 29 Nichtanwendbarkeit von Verjährungsvorschriften. Die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen verjähren nicht.

Art. 30 Subjektive Tatbestandsmerkmale. (1) Sofern nichts anderes bestimmt ist, ist eine Person für ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen nur dann strafrechtlich verantwortlich und strafbar, wenn die objektiven Tatbestandsmerkmale vorsätzlich und wissentlich verwirklicht werden.

(2) „Vorsatz“ im Sinne dieses Artikels liegt vor, wenn die betreffende Person

- a) im Hinblick auf ein Verhalten dieses Verhalten setzen will;
- b) im Hinblick auf die Folgen diese Folgen herbeiführen will oder ihr bewusst ist, dass diese im gewöhnlichen Verlauf der Ereignisse eintreten werden.

(3) ¹ „Wissen“ im Sinne dieses Artikels bedeutet das Bewusstsein, dass ein Umstand vorliegt oder dass im gewöhnlichen Verlauf der Ereignisse eine Folge eintreten wird. ² „Wissentlich“ und „wissen“ sind entsprechend auszulegen.

Art. 31 Gründe für den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. (1) Neben anderen in diesem Statut vorgesehenen Gründen für den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ist strafrechtlich nicht verantwortlich, wer zur Zeit des fraglichen Verhaltens

- a) wegen einer seelischen Krankheit oder Störung unfähig ist, die Rechtswidrigkeit oder Art seines Verhaltens zu erkennen oder dieses so zu steuern, dass es den gesetzlichen Anforderungen entspricht;
- b) wegen eines Rauschzustands unfähig ist, die Rechtswidrigkeit oder Art seines Verhaltens zu erkennen oder dieses so zu steuern, dass es den gesetzlichen Anforderungen entspricht, sofern er sich nicht freiwillig und unter solchen Umständen berauscht hat, unter denen er wusste oder in Kauf nahm, dass er sich infolge des Rausches wahrscheinlich so verhält, dass der Tatbestand eines der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens erfüllt wird;
- c) in angemessener Weise handelt, um sich oder einen anderen oder, im Fall von Kriegsverbrechen, für sich oder einen anderen lebensnotwendiges oder für die Ausführung eines militärischen Einsatzes unverzichtbares Eigentum, vor einer unmittelbar drohenden und rechtswidrigen Anwendung von Gewalt in einer Weise zu verteidigen, die in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der ihm, dem anderen oder dem geschützten Eigentum drohenden Gefahr steht. Die Teilnahme an einem von Truppen durchgeführten Verteidigungseinsatz stellt für sich genommen keinen Grund für den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach diesem Buchstaben dar;

d) wegen einer ihm selbst oder einem anderen unmittelbar drohenden Gefahr für das Leben oder einer dauernden oder unmittelbar drohenden Gefahr schweren körperlichen Schadens zu einem Verhalten genötigt ist, das angeblich den Tatbestand eines der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens erfüllt, und in notwendiger und angemessener Weise handelt, um diese Gefahr abzuwenden, sofern er nicht größeren Schaden zuzufügen beabsichtigt als den, den er abzuwenden trachtet. Eine solche Gefahr kann entweder

- i) von anderen Personen ausgehen oder
- ii) durch andere Umstände bedingt sein, die von ihm nicht zu vertreten sind.

(2) Der Gerichtshof entscheidet über die Anwendbarkeit der in diesem Statut vorgesehenen Gründe für den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf die anhängige Sache.

(3) ¹Bei der Verhandlung kann der Gerichtshof einen anderen als die in Absatz 1 genannten Gründe für den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit in Betracht ziehen, sofern dieser aus dem anwendbaren Recht nach Artikel 21 abgeleitet ist. ²Das entsprechende Verfahren ist in der Verfahrens- und Beweisordnung festzulegen.

Art. 32 Tat- oder Rechtsirrtum. (1) Ein Tatirrtum ist nur dann ein Grund für den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, wenn er die für den Verbrechenstatbestand erforderlichen subjektiven Tatbestandsmerkmale aufhebt.

(2) ¹Ein Rechtsirrtum im Hinblick auf die Frage, ob ein bestimmtes Verhalten den Tatbestand eines der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens erfüllt, ist kein Grund für den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. ²Ein Rechtsirrtum kann jedoch ein Grund für den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit sein, wenn er die für den Verbrechenstatbestand erforderlichen subjektiven Tatbestandsmerkmale aufhebt oder wenn die in Artikel 33 genannten Umstände vorliegen.

Art. 33 Anordnungen Vorgesetzter und gesetzliche Vorschriften.

(1) Die Tatsache, dass ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen auf Anordnung einer Regierung oder eines militärischen oder zivilen Vorgesetzten begangen wurde, enthebt den Täter nicht der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, es sei denn

- a) der Täter war gesetzlich verpflichtet, den Anordnungen der betreffenden Regierung oder des betreffenden Vorgesetzten Folge zu leisten,
- b) der Täter wusste nicht, dass die Anordnung rechtswidrig ist, und
- c) die Anordnung war nicht offensichtlich rechtswidrig.

(2) Anordnungen zur Begehung von Völkermord oder von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind im Sinne dieses Artikels offensichtlich rechtswidrig.

Teil 4. Zusammensetzung und Verwaltung des Gerichtshofs

Art. 34 Organe des Gerichtshofs. Der Gerichtshof setzt sich aus folgenden Organen zusammen:

- a) dem Präsidium;
- b) einer Berufungsabteilung, einer Hauptverfahrensabteilung und einer Vorverfahrensabteilung;
- c) der Anklagebehörde;
- d) der Kanzlei.

Art. 35 Richteramt. (1) Alle Richter werden als hauptamtliche Mitglieder des Gerichtshofs gewählt und stehen als solche mit Beginn ihrer Amtszeit zur Ausübung ihres Amtes zur Verfügung.

(2) Die Richter, die das Präsidium bilden, üben ihr Amt hauptamtlich aus, sobald sie gewählt worden sind.

(3) ¹Das Präsidium kann von Zeit zu Zeit auf der Grundlage des Arbeitsanfalls des Gerichtshofs und nach Rücksprache mit seinen Mitgliedern entscheiden, inwieweit die übrigen Richter ihr Amt hauptamtlich auszuüben haben. ²Eine solche Regelung erfolgt unbeschadet des Artikels 40.

(4) Die finanziellen Regelungen für Richter, die ihr Amt nicht hauptamtlich auszuüben brauchen, werden nach Artikel 49 getroffen.

Art. 36 Befähigung, Benennung und Wahl der Richter. (1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 hat der Gerichtshof achtzehn Richter.

(2)

- a) Das Präsidium kann im Namen des Gerichtshofs unter Angabe der Gründe, aus denen es dies als notwendig und angemessen erachtet, eine Erhöhung der in Absatz 1 genannten Anzahl der Richter vorschlagen. Der Kanzler leitet einen solchen Vorschlag umgehend allen Vertragsstaaten zu.
- b) Jeder derartige Vorschlag wird sodann auf einer nach Artikel 112 einberufenen Sitzung der Versammlung der Vertragsstaaten erörtert. Der Vorschlag gilt als angenommen, wenn er auf der Sitzung von zwei Dritteln der Mitglieder der Versammlung der Vertragsstaaten genehmigt wird; er tritt zu dem von der Versammlung der Vertragsstaaten beschlossenen Zeitpunkt in Kraft.
- c) i) Ist ein Vorschlag auf Erhöhung der Anzahl der Richter nach Buchstabe b angenommen worden, so findet die Wahl der zusätzlichen Richter nach den Absätzen 3 bis 8 sowie nach Artikel 37 Absatz 2 auf der darauffolgenden Sitzung der Versammlung der Vertragsstaaten statt.
 - ii) Ist ein Vorschlag auf Erhöhung der Anzahl der Richter nach den Buchstaben b und c Ziffer i angenommen worden und wirksam geworden, so steht es dem Präsidium jederzeit danach frei, wenn der Arbeitsanfall des Gerichtshofs dies rechtfertigt, eine Verringerung der Anzahl der Richter vorzuschlagen; diese darf jedoch die in Absatz 1 festgelegte Anzahl nicht unterschreiten. Der Vorschlag wird nach dem unter den Buchstaben a und b festgelegten Verfahren behandelt. Wird der Vorschlag angenommen, so wird die Anzahl der Richter mit dem Auslaufen der Amtszeiten der amtierenden Richter so lange schrittweise verringert, bis die notwendige Anzahl erreicht ist.

(3)

- a) Die Richter werden unter Personen von hohem sittlichem Ansehen ausgewählt, die sich durch Unparteilichkeit und Ehrenhaftigkeit auszeichnen

und die in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.

- b) Jeder Kandidat für die Wahl zum Gerichtshof muss
- i) über nachweisliche Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Straf- und des Strafverfahrensrechts sowie über die notwendige einschlägige Erfahrung als Richter, Ankläger, Anwalt oder in ähnlicher Eigenschaft bei Strafverfahren oder
 - ii) über nachweisliche Fachkenntnisse in einschlägigen Bereichen des Völkerrechts, wie etwa des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, sowie über weitreichende Erfahrung in einem Rechtsberuf, der für die richterliche Arbeit des Gerichtshofs von Bedeutung ist, verfügen.
- c) Jeder Kandidat für die Wahl zum Gerichtshof muss über ausgezeichnete Kenntnisse mindestens einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs verfügen und diese fließend sprechen.

(4)

- a) Jeder Vertragsstaat dieses Statuts kann Kandidaten für die Wahl zum Gerichtshof benennen, und zwar entweder
- i) nach dem Verfahren für die Benennung von Kandidaten für die höchsten richterlichen Ämter des jeweiligen Staates oder
 - ii) nach dem Verfahren, das im Statut des internationalen Gerichtshofs für die Benennung von Kandidaten für jenen Gerichtshof vorgesehen ist.

Den Benennungen ist eine hinreichend ausführliche Erklärung beizufügen, aus der hervorgeht, inwiefern der Kandidat die Anforderungen in Absatz 3 erfüllt.

- b) Jeder Vertragsstaat kann für jede Wahl einen Kandidaten aufstellen, der zwar nicht unbedingt Staatsangehöriger dieses Vertragsstaats, in jedem Fall jedoch Staatsangehöriger eines Vertragsstaats sein muss.
- c) Die Versammlung der Vertragsstaaten kann beschließen, gegebenenfalls einen Beratenden Ausschuss für Benennungen einzusetzen. In diesem Fall bestimmt die Versammlung der Vertragsstaaten die Zusammensetzung und das Mandat des Ausschusses.

(5) ¹ Für die Zwecke der Wahl werden zwei Kandidatenlisten aufgestellt:

Liste A enthält die Namen der Kandidaten mit den in Absatz 3 Buchstabe b Ziffer i genannten Voraussetzungen, und Liste B enthält die Namen der Kandidaten mit den in Absatz 3 Buchstabe b Ziffer ii genannten Voraussetzungen. ²Kandidaten, die über hinreichende Voraussetzungen für beide Listen verfügen, können wählen, auf welche Liste sie gesetzt werden möchten. ³Bei der ersten Wahl zum Gerichtshof werden mindestens neun Richter aus der Liste A und mindestens fünf Richter aus der Liste B gewählt. ⁴Darauf folgende Wahlen sind so zu gestalten, dass das zahlenmäßige Verhältnis der Richter im Gerichtshof, welche die Voraussetzungen für die jeweilige Liste erfüllen, gewahrt bleibt

(6)

- a) Die Richter werden in geheimer Abstimmung auf einer zu diesem Zweck nach Artikel 112 einberufenen Sitzung der Versammlung der Vertragsstaaten gewählt. Vorbehaltlich des Absatzes 7 werden die achtzehn Kandidaten zum Gerichtshof gewählt, welche die höchste Stimmenzahl und die Zweidrittel-

mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten auf sich vereinigen.

- b) Wird im ersten Wahlgang nicht die ausreichende Anzahl der Richter gewählt, so finden so lange weitere Wahlgänge nach dem Verfahren unter Buchstabe a statt, bis die verbleibenden Sitze besetzt sind.

(7) ¹ Nicht mehr als ein Richter darf Staatsangehöriger desselben Staates sein.

² Wer im Hinblick auf die Mitgliedschaft beim Gerichtshof als Staatsangehöriger mehr als eines Staates angesehen werden kann, gilt als Staatsangehöriger des Staates, in dem er gewöhnlich seine bürgerlichen und politischen Rechte ausübt.

(8)

- a) Bei der Auswahl der Richter berücksichtigen die Vertragsstaaten die Notwendigkeit, in der Mitgliedschaft des Gerichtshofs Folgendes zu gewährleisten:

- i) die Vertretung der hauptsächlichen Rechtssysteme der Welt,
- ii) eine gerechte geografische Verteilung und
- iii) eine ausgewogene Vertretung weiblicher und männlicher Richter.

- b) Die Vertragsstaaten berücksichtigen außerdem die Notwendigkeit, Richter mit juristischen Fachkenntnissen auf bestimmten Gebieten einzubeziehen, insbesondere, jedoch nicht ausschließlich auf dem Gebiet der Gewalt gegen Frauen oder Kinder.

(9)

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b werden die Richter für die Dauer von neun Jahren gewählt; vorbehaltlich des Buchstabens c und des Artikels 37 Absatz 2 ist eine Wiederwahl nicht zulässig.

- b) Bei der ersten Wahl wird durch das Los die Amtszeit eines Drittels der gewählten Richter auf drei Jahre und eines weiteren Drittels auf sechs Jahre festgelegt; die Amtszeit der übrigen Richter beträgt neun Jahre.

- c) Ein Richter, dessen Amtszeit nach Buchstabe b auf drei Jahre festgelegt wurde, kann für eine volle Amtszeit wiedergewählt werden.

(10) Ungeachtet des Absatzes 9 bleibt ein Richter, der nach Artikel 39 einer Hauptverfahrens- oder einer Berufungskammer zugeteilt wurde, so lange im Amt, bis alle Haupt- oder Rechtsmittelverfahren abgeschlossen sind, deren Verhandlung vor dieser Kammer bereits begonnen hat.

Art. 37 Frei gewordene Sitze. (1) Wird ein Sitz frei, so findet zur Besetzung des frei gewordenen Sitzes eine Wahl nach Artikel 36 statt.

(2) Ein Richter, der auf einen frei gewordenen Sitz gewählt wird, übt sein Amt für die restliche Laufzeit seines Vorgängers aus; beträgt diese drei Jahre oder weniger, so ist seine Wiederwahl für eine volle Amtszeit nach Artikel 36 zulässig.

Art. 38 Präsidium. (1) ¹ Der Präsident sowie der Erste und der Zweite Vizepräsident werden von den Richtern mit absoluter Mehrheit gewählt. ² Sie üben ihr Amt für die Dauer von drei Jahren beziehungsweise bis zum Ende ihrer jeweiligen Amtszeit als Richter aus, sofern dieser Zeitpunkt früher liegt. ³ Ihre einmalige Wiederwahl ist zulässig.

(2) ¹Der Erste Vizepräsident tritt an die Stelle des Präsidenten, wenn dieser verhindert ist oder ausgeschlossen wurde. ²Der Zweite Vizepräsident tritt an die Stelle des Präsidenten, wenn sowohl der Präsident als auch der Erste Vizepräsident verhindert sind oder ausgeschlossen wurden.

(3) Der Präsident sowie der Erste und der Zweite Vizepräsident bilden das Präsidium, dem Folgendes obliegt:

- a) die ordnungsgemäße Verwaltung des Gerichtshofs mit Ausnahme der Anklagebehörde und
- b) die sonstigen ihm auf Grund dieses Statuts übertragenen Aufgaben.

(4) Bei der Wahrnehmung seiner Verantwortung nach Absatz 3 Buchstabe a handelt das Präsidium in Abstimmung mit dem Ankläger und sucht dessen Zustimmung in allen Angelegenheiten von gemeinsamem Belang.

Art. 39 Kammern. (1) ¹Nach der Wahl der Richter bildet der Gerichtshof so bald wie möglich die in Artikel 34 Buchstabe b genannten Abteilungen. ²Die Berufungsabteilung setzt sich aus dem Präsidenten und vier weiteren Richtern, die Hauptverfahrensabteilung aus mindestens sechs Richtern und die Vorverfahrensabteilung aus mindestens sechs Richtern zusammen. ³Die Zuteilung der Richter zu den Abteilungen richtet sich nach der Art der von jeder Abteilung wahrzunehmenden Aufgaben sowie nach der Befähigung und der Erfahrung der in den Gerichtshof gewählten Richter, so dass in jeder Abteilung eine angemessene Mischung von Fachwissen auf dem Gebiet des Straf- und des Strafverfahrensrechts sowie des Völkerrechts vorhanden ist. ⁴Die Hauptverfahrensabteilung und die Vorverfahrensabteilung sollen überwiegend aus Richtern mit Erfahrung auf dem Gebiet der Verhandlung von Strafsachen bestehen.

(2)

- a) Die richterlichen Aufgaben des Gerichtshofs werden in jeder Abteilung von Kammern wahrgenommen.
 - b) i) Die Berufungskammer setzt sich aus allen Richtern der Berufsabteilung zusammen;
 - ii) die Aufgaben der Hauptverfahrenskammer werden von drei Richtern der Hauptverfahrensabteilung wahrgenommen;
 - iii) die Aufgaben der Vorverfahrenskammer werden entweder von drei Richtern der Vorverfahrensabteilung oder in Übereinstimmung mit diesem Statut sowie mit der Verfahrens- und Beweisordnung von einem einzelnen Richter dieser Abteilung wahrgenommen.
- c) Dieser Absatz schließt die gleichzeitige Bildung von mehr als einer Hauptverfahrenskammer oder Vorverfahrenskammer nicht aus, wenn die wirksame Erledigung der beim Gerichtshof anfallenden Arbeit dies verlangt.

(3)

- a) Die der Hauptverfahrensabteilung und der Vorverfahrensabteilung zugeteilten Richter üben ihr Amt in diesen Abteilungen für die Dauer von drei Jahren aus und danach so lange, bis jede Sache abgeschlossen ist, deren Verhandlung in der betreffenden Abteilung bereits begonnen hat.
- b) Die der Berufsabteilung zugeteilten Richter üben ihr Amt in dieser Abteilung für die gesamte Dauer ihrer Amtszeit aus.

(4) ¹Die der Berufsabteilung zugeteilten Richter üben ihr Amt ausschließlich in dieser Abteilung aus. ²Dieser Artikel schließt jedoch die zeitweilige Zuteilung von Richtern der Hauptverfahrensabteilung zur Vorverfahrensabteilung oder umgekehrt nicht aus, wenn das Präsidium dies im Interesse der wirksamen Erledigung der beim Gerichtshof anfallenden Arbeit für erforderlich hält; allerdings darf ein Richter, der am Vorverfahren in einer Sache mitgewirkt hat, unter keinen Umständen der Hauptverfahrenskammer angehören, die in dieser Sache verhandelt.

Art. 40 Unabhängigkeit der Richter. (1) Die Richter sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unabhängig.

(2) Die Richter dürfen keine Tätigkeit ausüben, die sich auf ihre richterlichen Aufgaben auswirken oder das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen könnte.

(3) Die Richter, die ihr Amt hauptamtlich am Sitz des Gerichtshofs ausüben haben, dürfen sich keiner anderen Beschäftigung beruflicher Art widmen.

(4) ¹Alle Fragen betreffend die Anwendung der Absätze 2 und 3 werden von den Richtern mit absoluter Mehrheit entschieden. ²Betrifft eine solche Frage einen einzelnen Richter, so nimmt dieser an der Entscheidung nicht teil.

Art. 41 Freistellung und Ausschluss von Richtern. (1) Das Präsidium kann einen Richter auf dessen Ersuchen in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung von der Wahrnehmung einer Aufgabe nach diesem Statut freistellen.

(2)

- a) Ein Richter nimmt an einer Sache nicht teil, wenn aus irgendeinem Grund berechtigte Zweifel an seiner Unparteilichkeit geltend gemacht werden können. Ein Richter wird unter anderem dann von einer Sache in Übereinstimmung mit diesem Absatz ausgeschlossen, wenn er zuvor in irgendeiner Eigenschaft an dieser beim Gerichtshof anhängigen Sache oder einer damit zusammenhängenden Strafsache auf einzelstaatlicher Ebene beteiligt war, welche die Person betraf, gegen die sich die Ermittlungen oder die Strafverfolgung richten. Ein Richter kann auch aus anderen in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehenen Gründen ausgeschlossen werden.
- b) Der Ankläger oder die Person, gegen die sich die Ermittlungen oder die Strafverfolgung richten, können nach diesem Absatz den Ausschluss eines Richters beantragen.
- c) Jede Frage betreffend den Ausschluss eines Richters wird von den Richtern mit absoluter Mehrheit entschieden. Der Richter, dessen Ausschluss beantragt wird, hat Anspruch darauf, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, nimmt jedoch an der Entscheidung nicht teil.

Art. 42 Anklagebehörde. (1) ¹Die Anklagebehörde handelt unabhängig als selbstständiges Organ des Gerichtshofs. ²Ihr obliegt es, Unterbreitungen und inhaltlich erhärtete Informationen über der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegende Verbrechen entgegenzunehmen und zu prüfen sowie die Ermittlungen durchzuführen und vor dem Gerichtshof die Anklage zu vertreten. ³Ein Mitglied der Anklagebehörde darf Weisungen von einer Stelle außerhalb des Gerichtshofs weder einholen noch befolgen.

(2) ¹Der Ankläger ist Leiter der Anklagebehörde. ²Er besitzt die volle Dienstaufsicht über Führung und Verwaltung der Behörde einschließlich ihres Personals, ihrer Einrichtungen und sonstigen Mittel. ³Dem Ankläger stehen ein oder mehrere Stellvertretende Ankläger zur Seite, die zur Ausführung aller Handlungen befugt sind, welche nach diesem Statut dem Ankläger obliegen. ⁴Der Ankläger und die Stellvertretenden Ankläger müssen unterschiedliche Staatsangehörigkeit besitzen. ⁵Sie üben ihr Amt hauptamtlich aus.

(3) ¹Der Ankläger und die Stellvertretenden Ankläger müssen ein hohes sittliches Ansehen genießen sowie ein Höchstmaß an Sachverstand und umfangreiche praktische Erfahrung in der Strafverfolgung oder der Verhandlung von Strafsachen besitzen. ²Sie müssen über ausgezeichnete Kenntnisse mindestens einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs verfügen und diese fließend sprechen.

(4) ¹Der Ankläger wird in geheimer Abstimmung von der absoluten Mehrheit der Mitglieder der Versammlung der Vertragsstaaten gewählt. ²Die Stellvertretenden Ankläger werden in derselben Weise aus einer vom Ankläger vorgelegten Kandidatenliste gewählt. ³Der Ankläger benennt drei Kandidaten für jede zu besetzende Stelle eines Stellvertretenden Anklägers. ⁴Sofern nicht zum Zeitpunkt ihrer Wahl eine kürzere Amtszeit beschlossen wird, werden der Ankläger und die Stellvertretenden Ankläger für die Dauer von neun Jahren gewählt; ihre Wiederwahl ist nicht zulässig.

(5) ¹Weder der Ankläger noch die Stellvertretenden Ankläger dürfen eine Tätigkeit ausüben, die sich auf ihre Aufgaben bei der Strafverfolgung auswirken oder das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen könnte. ²Sie dürfen sich keiner anderen Beschäftigung beruflicher Art widmen.

(6) Das Präsidium kann den Ankläger oder einen Stellvertretenden Ankläger auf dessen Ersuchen von einem Tätigwerden in einer bestimmten Sache freistellen.

(7) ¹Der Ankläger oder ein Stellvertretender Ankläger nimmt an einer Angelegenheit nicht teil, wenn aus irgendeinem Grund berechtigte Zweifel an seiner Unparteilichkeit geltend gemacht werden könnten. ²Er wird unter anderem dann von einer Sache in Übereinstimmung mit diesem Absatz ausgeschlossen, wenn er zuvor in irgendeiner Eigenschaft an dieser beim Gerichtshof anhängigen Sache oder einer damit zusammenhängenden Strafsache auf einzelstaatlicher Ebene beteiligt war, welche die Person betraf, gegen die sich die Ermittlungen oder die Strafverfolgung richten.

(8) ¹Jede Frage betreffend den Ausschluss des Anklägers oder eines Stellvertretenden Anklägers wird von der Berufungskammer entschieden. ²

- a) Die Person, gegen die sich die Ermittlungen oder die Strafverfolgung richten, kann jederzeit den Ausschluss des Anklägers oder eines Stellvertretenden Anklägers aus den in diesem Artikel festgelegten Gründen beantragen.
- b) Der Ankläger beziehungsweise der Stellvertretende Ankläger hat Anspruch darauf, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

(9) Der Ankläger ernennt Berater mit juristischen Fachkenntnissen auf bestimmten Gebieten, insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, auf dem Gebiet der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt sowie der Gewalt gegen Kinder.

Art. 43 Kanzlei. (1) Der Kanzlei obliegen die nicht mit der Rechtsprechung zusammenhängenden Aspekte der Verwaltung und der Betreuung des Gerichtshofs, unbeschadet der Aufgaben und Befugnisse des Anklägers nach Artikel 42.

(2) ¹Der Kanzler ist Leiter der Kanzlei und höchster Verwaltungsbeamter des Gerichtshofs. ²Er nimmt seine Aufgaben unter der Aufsicht des Präsidenten des Gerichtshofs wahr.

(3) Der Kanzler und der Stellvertretende Kanzler müssen ein hohes sittliches Ansehen genießen sowie ein Höchstmaß an Sachverstand und ausgezeichnete Kenntnisse mindestens einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs besitzen und diese fließend sprechen.

(4) ¹Die Richter wählen den Kanzler in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit unter Berücksichtigung etwaiger Empfehlungen der Versammlung der Vertragsstaaten. ²Bei Bedarf wählen die Richter auf Empfehlung des Kanzlers in derselben Weise einen Stellvertretenden Kanzler.

(5) ¹Der Kanzler wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt; seine einmalige Wiederwahl ist zulässig; er übt sein Amt hauptamtlich aus. ²Der Stellvertretende Kanzler wird für die Dauer von fünf Jahren oder für eine von den Richtern mit absoluter Mehrheit beschlossene kürzere Zeit gewählt; er kann auch mit der Maßgabe gewählt werden, dass er sein Amt nach Bedarf ausübt.

(6) ¹Der Kanzler richtet innerhalb der Kanzlei eine Abteilung für Opfer und Zeugen ein. ²Diese Abteilung stellt nach Rücksprache mit der Anklagebehörde Schutzmaßnahmen, Sicherheitsvorkehrungen, Beratung und andere angemessene Hilfe für Zeugen, für die vor dem Gerichtshof erscheinenden Opfer und andere durch die Aussagen dieser Zeugen gefährdete Personen zur Verfügung. ³Die Abteilung umfasst auch Personal mit Fachkenntnissen über Traumata, einschließlich der Traumata im Zusammenhang mit sexuellen Gewaltverbrechen.

Art. 44 Personal. (1) ¹Der Ankläger und der Kanzler ernennen für ihre jeweilige Behörde das notwendige fachlich befähigte Personal. ²Im Fall des Anklägers schließt dies die Ernennung von Ermittlern ein.

(2) Bei der Einstellung des Personals stellen der Ankläger und der Kanzler ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlichem Können und Ehrenhaftigkeit sicher und berücksichtigen sinngemäß die in Artikel 36 Absatz 8 enthaltenen Kriterien.

(3) ¹Der Kanzler schlägt mit Zustimmung des Präsidiums und des Anklägers ein Personalstatut vor, das die Bedingungen für die Ernennung, Besoldung und Entlassung des Personals des Gerichtshofs enthält. ²Das Personalstatut wird von der Versammlung der Vertragsstaaten genehmigt.

(4) ¹In Ausnahmefällen kann der Gerichtshof die Fachkenntnisse von Personal heranziehen, das ihm von Vertragsstaaten, von zwischenstaatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, um ein Organ des Gerichtshofs bei seiner Arbeit zu unterstützen. ²Der Ankläger kann ein solches Angebot im Namen der Anklagebehörde annehmen. ³Dieses Personal wird in Übereinstimmung mit Richtlinien beschäftigt, die von der Versammlung der Vertragsstaaten aufzustellen sind.

Art. 45 Feierliches Versprechen. Bevor die Richter, der Ankläger, die Stellvertretenden Ankläger, der Kanzler und der Stellvertretende Kanzler ihr

Amt nach diesem Statut antreten, geben sie in öffentlicher Sitzung das feierliche Versprechen ab, ihre Aufgaben unparteiisch und gewissenhaft wahrzunehmen.

Art. 46 Amtsenthebung. (1) Ein Richter, der Ankläger, ein Stellvertretender Ankläger, der Kanzler oder der Stellvertretende Kanzler wird durch einen entsprechenden Beschluss nach Absatz 2 seines Amtes enthoben, wenn er

- a) wie in der Verfahrens- und Beweisordnung festgelegt, nachweislich eine schwere Verfehlung oder eine schwere Verletzung seiner Amtspflichten nach diesem Statut begangen hat oder
- b) zur Wahrnehmung der ihm nach diesem Statut obliegenden Aufgaben unfähig ist.

(2) Die Amtsenthebung eines Richters, des Anklägers oder eines Stellvertretenden Anklägers nach Absatz 1 wird von der Versammlung der Vertragsstaaten in geheimer Abstimmung beschlossen

- a) im Fall eines Richters mit Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten auf Grund einer von den übrigen Richtern mit Zweidrittelmehrheit beschlossenen Empfehlung;
- b) im Fall des Anklägers mit der absoluten Mehrheit der Vertragsstaaten;
- c) im Fall eines Stellvertretenden Anklägers mit der absoluten Mehrheit der Vertragsstaaten auf Empfehlung des Anklägers.

(3) Die Amtsenthebung des Kanzlers oder des Stellvertretenden Kanzlers wird von den Richtern mit absoluter Mehrheit beschlossen.

(4) ¹Ein Richter, Ankläger, Stellvertretender Ankläger, Kanzler oder Stellvertretender Kanzler, dessen Verhalten oder Fähigkeit zur Wahrnehmung der ihm nach diesem Statut obliegenden dienstlichen Aufgaben nach diesem Artikel in Frage gestellt wird, erhält uneingeschränkt Gelegenheit, in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung Beweismittel vorzulegen und entgegenzunehmen und Stellungnahmen abzugeben. ²An der Erörterung der Angelegenheit darf er im Übrigen nicht teilnehmen.

Art. 47 Disziplinarmaßnahmen. Gegen einen Richter, Ankläger, Stellvertretenden Ankläger, Kanzler oder Stellvertretenden Kanzler, der eine weniger schwere Verfehlung als die in Artikel 46 Absatz 1 genannte begangen hat, werden in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung Disziplinarmaßnahmen ergriffen.

Art. 48 Vorrechte und Immunitäten. (1) Der Gerichtshof genießt im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats die für die Erfüllung seiner Ziele notwendigen Vorrechte und Immunitäten.

(2) Die Richter, der Ankläger, die Stellvertretenden Ankläger und der Kanzler genießen bei der Wahrnehmung der Geschäfte des Gerichtshofs oder in Bezug auf diese die gleichen Vorrechte und Immunitäten wie Chefs diplomatischer Missionen; nach Ablauf ihrer Amtszeit wird ihnen weiterhin Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, einschließlich ihrer mündlichen oder schriftlichen Äußerungen, gewährt.

(3) Der Stellvertretende Kanzler, das Personal der Anklagebehörde und das Personal der Kanzlei genießen in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen

über die Vorrechte und Immunitäten des Gerichtshofs die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen.

(4) Beratern, Sachverständigen, Zeugen und allen anderen Personen, deren Anwesenheit im Sitz des Gerichtshofs erforderlich ist, wird in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten des Gerichtshofs die Stellung eingeräumt, die für die ordnungsgemäße Arbeit des Gerichtshofs erforderlich ist.

(5) Die Vorrechte und Immunitäten

- a) eines Richters oder des Anklägers können von den Richtern mit absoluter Mehrheit aufgehoben werden;
- b) des Kanzlers können vom Präsidium aufgehoben werden;
- c) der Stellvertretenden Ankläger und des Personals der Anklagebehörde können vom Ankläger aufgehoben werden;
- d) des Stellvertretenden Kanzlers und des Personals der Kanzlei können vom Kanzler aufgehoben werden.

Art. 49 Gehälter, Zulagen und Aufwandsentschädigung. ¹Die Richter, der Ankläger, die Stellvertretenden Ankläger, der Kanzler und der Stellvertretende Kanzler erhalten die von der Versammlung der Vertragsstaaten beschlossenen Gehälter, Zulagen und Aufwandsentschädigungen. ²Diese Gehälter und Zulagen werden während ihrer Amtszeit nicht herabgesetzt.

Art. 50 Amts- und Arbeitssprachen. (1) ¹Die Amtssprachen des Gerichtshofs sind Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. ²Die Urteile des Gerichtshofs sowie sonstige Entscheidungen zur Regelung grundlegender Fragen, die beim Gerichtshof anhängig sind, werden in den Amtssprachen veröffentlicht. ³Das Präsidium entscheidet in Übereinstimmung mit den durch die Verfahrens- und Beweisordnung festgelegten Kriterien, welche Entscheidungen als Entscheidungen zur Regelung grundlegender Fragen im Sinne dieses Absatzes angesehen werden können.

(2) ¹Die Arbeitssprachen des Gerichtshofs sind Englisch und Französisch. ²Die Verfahrens- und Beweisordnung bestimmt die Fälle, in denen andere Amtssprachen als Arbeitssprachen benutzt werden können.

(3) Auf Ersuchen einer Partei eines Verfahrens oder eines zur Teilnahme an einem Verfahren zugelassenen Staates gestattet der Gerichtshof die Benutzung einer anderen als der englischen oder französischen Sprache, sofern er dies als ausreichend gerechtfertigt erachtet.

Art. 51 Verfahrens- und Beweisordnung¹⁾. (1) Die Verfahrens- und Beweisordnung tritt nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der Mitglieder der Versammlung der Vertragsstaaten in Kraft.

(2) ¹Änderungen der Verfahrens- und Beweisordnung können

- a) von jedem Vertragsstaat,
- b) von den Richtern mit absoluter Mehrheit oder
- c) vom Ankläger

¹⁾ Abschließender Entwurf der Vorbereitungskommission zu der Verfahrens- und Beweisordnung in englischer Sprache unter www.un.org/law/icc/index.html.

vorgeschlagen werden. ²Die Änderungen treten nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der Mitglieder der Versammlung der Vertragsstaaten in Kraft.

(3) Nach Annahme der Verfahrens- und Beweisordnung können die Richter in dringenden Fällen, wenn eine bestimmte beim Gerichtshof anhängige Situation durch die Verfahrens- und Beweisordnung nicht erfasst ist, mit Zweidrittelmehrheit vorläufige Regeln aufstellen, die bis zu ihrer Annahme, Änderung oder Ablehnung auf der nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten Anwendung finden.

(4) ¹Die Verfahrens- und Beweisordnung, ihre Änderungen und jede vorläufige Regel müssen mit diesem Statut vereinbar sein. ²Änderungen der Verfahrens- und Beweisordnung sowie vorläufige Regeln werden nicht rückwirkend zum Nachteil der Person angewandt, gegen die sich die Ermittlungen, die Strafverfolgung oder das Urteil richten.

(5) Im Fall eines Widerspruchs zwischen dem Statut und der Verfahrens- und Beweisordnung hat das Statut Vorrang.

Art. 52 Geschäftsordnung des Gerichtshofs. (1) Die Richter nehmen in Übereinstimmung mit diesem Statut sowie der Verfahrens- und Beweisordnung die für den normalen Geschäftsgang notwendige Geschäftsordnung des Gerichtshofs mit absoluter Mehrheit an.

(2) Der Ankläger und der Kanzler sind bei der Ausarbeitung der Geschäftsordnung und aller Änderungen zu konsultieren.

(3) ¹Sofern die Richter nichts anderes beschließen, treten die Geschäftsordnung und alle Änderungen mit ihrer jeweiligen Annahme in Kraft. ²Unmittelbar nach ihrer Annahme werden sie den Vertragsstaaten zur Stellungnahme zugeleitet. ³Liegen binnen sechs Monaten keine Einwände seitens der Mehrheit der Vertragsstaaten vor, so bleiben sie in Kraft.

Teil 5. Ermittlungen und Strafverfolgung

Art. 53 Einleitung von Ermittlungen. (1) ¹Nach Auswertung der ihm zur Verfügung gestellten Informationen leitet der Ankläger Ermittlungen ein, sofern er nicht feststellt, dass es für die Verfahrenseinleitung nach diesem Statut keine hinreichende Grundlage gibt. ²Bei seiner Entscheidung über die Einleitung von Ermittlungen prüft der Ankläger,

- a) ob die ihm vorliegenden Informationen hinreichende Verdachtsgründe dafür bieten, dass ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen begangen wurde oder wird,
- b) ob die Sache nach Artikel 17 zulässig ist oder wäre und
- c) ob unter Berücksichtigung der Schwere des Verbrechens und der Interessen der Opfer dennoch wesentliche Gründe für die Annahme vorliegen, dass die Durchführung von Ermittlungen nicht im Interesse der Gerechtigkeit läge.

³Stellt der Ankläger fest, dass es für die Verfahrenseinleitung keine hinreichende Grundlage gibt, und beruht diese Feststellung ausschließlich auf Buchstabe c, so unterrichtet er die Vorverfahrenskammer.

(2) Gelangt der Ankläger nach den Ermittlungen zu dem Schluss, dass es für eine Strafverfolgung keine hinreichende Grundlage gibt, weil

- a) keine hinreichende rechtliche oder sachliche Grundlage für die Beantragung eines Haftbefehls oder einer Ladung nach Artikel 58 besteht,
 - b) die Sache nach Artikel 17 unzulässig ist oder
 - c) eine Strafverfolgung unter Berücksichtigung aller Umstände, einschließlich der Schwere des Verbrechens, der Interessen der Opfer, des Alters oder der Gebrechlichkeit des angeblichen Täters sowie seiner Rolle bei dem angeblichen Verbrechen, nicht im Interesse der Gerechtigkeit liegt,
- so unterrichtet der Ankläger die Vorverfahrenskammer und den nach Artikel 14 unterbreitenden Staat oder den Sicherheitsrat im Fall des Artikels 13 Buchstabe b von seiner Schlussfolgerung und den Gründen dafür.

(3)

- a) Auf Ersuchen des nach Artikel 14 unterbreitenden Staates oder des Sicherheitsrats im Fall des Artikels 13 Buchstabe b kann die Vorverfahrenskammer eine Entscheidung des Anklägers nach Absatz 1 oder 2, nicht weiter vorzugehen, nachprüfen und den Ankläger ersuchen, sie zu überprüfen.
- b) Darüber hinaus kann die Vorverfahrenskammer aus eigener Initiative eine Entscheidung des Anklägers, nicht weiter vorzugehen, nachprüfen, wenn diese ausschließlich auf Absatz 1 Buchstabe c oder Absatz 2 Buchstabe c beruht. In diesem Fall wird die Entscheidung des Anklägers nur dann wirksam, wenn sie von der Vorverfahrenskammer bestätigt wird.

(4) Der Ankläger kann eine Entscheidung über die Einleitung der Ermittlungen oder der Strafverfolgung auf der Grundlage neuer Tatsachen oder Informationen jederzeit überprüfen.

Art. 54 Pflichten und Befugnisse des Anklägers bei Ermittlungen.

(1) Der Ankläger

- a) dehnt die Ermittlungen zum Zweck der Wahrheitsfindung auf alle Tatsachen und Beweismittel aus, die für die Beurteilung, ob eine strafrechtliche Verantwortlichkeit aufgrund dieses Statuts besteht, erheblich sind, und erforscht dabei gleichermaßen die belastenden wie die entlastenden Umstände,
- b) ergreift geeignete Maßnahmen, um die wirksame Ermittlung und Strafverfolgung von der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen zu gewährleisten, wobei er die Interessen und persönlichen Lebensumstände der Opfer und Zeugen, namentlich Alter, Geschlecht im Sinne des Artikels 7 Absatz 3 und Gesundheitszustand, achtet und die Art des Verbrechens berücksichtigt, insbesondere soweit es mit sexueller Gewalt, geschlechtsspezifischer Gewalt oder Gewalt gegen Kinder verbunden ist, und
- c) achtet uneingeschränkt die sich aus diesem Statut ergebenden Rechte der Personen.

(2) Der Ankläger kann Ermittlungen im Hoheitsgebiet eines Staates durchführen

- a) in Übereinstimmung mit Teil 9 oder
- b) aufgrund einer Ermächtigung der Vorverfahrenskammer nach Artikel 57 Absatz 3 Buchstabe d.

(3) Der Ankläger kann

- a) Beweismittel sammeln und prüfen,

- b) die Anwesenheit von Personen, gegen die ermittelt wird, von Opfern und von Zeugen verlangen und diese vernehmen,
- c) einen Staat oder eine zwischenstaatliche Organisation oder Stelle entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeit beziehungsweise ihrem Mandat um Zusammenarbeit ersuchen,
- d) alle diesem Statut nicht entgegenstehenden Abmachungen und Übereinkünfte eingehen, die notwendig sind, um einem Staat, einer zwischenstaatlichen Organisation oder einer Person die Zusammenarbeit zu erleichtern,
- e) einwilligen, in keiner Phase des Verfahrens Dokumente oder Informationen offenzulegen, die er unter der Bedingung der Vertraulichkeit und ausschließlich zum Zweck der Erlangung neuer Beweismittel erhält, sofern nicht der Informant sein Einverständnis erklärt, und
- f) die notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Vertraulichkeit von Informationen, des Schutzes einer Person oder der Beweissicherung treffen oder verlangen, dass sie getroffen werden.

Art. 55 Rechte der Personen während der Ermittlungen. (1) Bei Ermittlungen aufgrund dieses Statuts

- a) darf eine Person nicht gezwungen werden, sich selbst zu belasten oder sich schuldig zu bekennen;
- b) darf eine Person nicht Zwang, Nötigung oder Drohung, Folter oder einer anderen Form grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden;
- c) werden einer Person, deren Vernehmung in einer Sprache erfolgt, die sie nicht vollständig versteht und spricht, unentgeltlich ein sachkundiger Dolmetscher und die Übersetzungen zur Verfügung gestellt, die erforderlich sind, um dem Gebot der Fairness Genüge zu tun, und
- d) darf eine Person nicht willkürlich festgenommen oder in Haft gehalten werden und darf einer Person die Freiheit nur aus Gründen und in Übereinstimmung mit Verfahren entzogen werden, die in diesem Statut vorgesehen sind.

(2) Bestehen Verdachtsgründe, dass eine Person ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen begangen hat, und steht ihre Vernehmung entweder durch den Ankläger oder durch einzelstaatliche Behörden entsprechend einem Ersuchen nach Teil 9 unmittelbar bevor, so hat sie außerdem folgende Rechte, über die sie vor der Vernehmung zu belehren ist:

- a) das Recht, vor der Vernehmung darüber belehrt zu werden, dass Verdachtsgründe bestehen, wonach sie ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen begangen hat;
- b) das Recht, zu schweigen, ohne dass dieses Schweigen bei der Feststellung von Schuld oder Unschuld in Betracht gezogen wird;
- c) das Recht, sich durch einen Verteidiger ihrer Wahl verteidigen zu lassen oder, falls sie keinen Verteidiger hat, auf Bestellung eines Verteidigers, wenn dies im Interesse der Rechtspflege erforderlich ist; fehlen ihr die Mittel zur Bezahlung eines Verteidigers, so ist ihr in einem solchen Fall ein Verteidiger unentgeltlich zu bestellen, und
- d) das Recht, in Anwesenheit eines Rechtsbeistands vernommen zu werden, sofern sie nicht freiwillig auf ihr Recht auf Rechtsbeistand verzichtet hat.

Art. 56 Rolle der Vorverfahrenskammer bei einer einmaligen Gelegenheit zu Ermittlungsmaßnahmen. (1)

- a) Ist der Ankläger der Auffassung, dass Ermittlungen eine einmalige Gelegenheit darstellen, mündliche oder schriftliche Zeugenaussagen zu erhalten oder Beweismittel zu prüfen, zu sammeln oder auf ihre Beweiskraft zu untersuchen, die für die Zwecke einer Verhandlung später möglicherweise nicht mehr verfügbar sein werden, so unterrichtet er die Vorverfahrenskammer dahingehend.
- b) In diesem Fall kann die Vorverfahrenskammer auf Antrag des Anklägers die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Wirksamkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens zu gewährleisten und insbesondere die Rechte der Verteidigung zu wahren.
- c) Sofern die Vorverfahrenskammer nichts anderes anordnet, stellt der Ankläger der festgenommenen oder der nach Ladung im Zusammenhang mit den unter Buchstabe a genannten Ermittlungen erschienenen Person die sachdienlichen Informationen zur Verfügung, damit sie in der Angelegenheit gehört werden kann.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe b genannten Maßnahmen können Folgendes umfassen:

- a) die Abgabe von Empfehlungen oder Anordnungen betreffend die anzuwendenden Verfahren;
- b) die Anordnung, ein Verfahrensprotokoll zu führen;
- c) die Bestellung eines Sachverständigen zur Unterstützung;
- d) die Ermächtigung des Rechtsbeistands einer festgenommenen oder einer nach Ladung vor dem Gerichtshof erschienenen Person zur Teilnahme, oder, falls eine Festnahme noch nicht erfolgt ist, die Person noch nicht erschienen ist oder kein Rechtsbeistand benannt wurde, die Bestellung eines anderen Rechtsbeistands, der die Interessen der Verteidigung wahrnimmt und vertritt;
- e) die Benennung eines ihrer Mitglieder oder erforderlichenfalls eines anderen verfügbaren Richters der Vorverfahrensabteilung oder der Hauptverfahrensabteilung, der hinsichtlich der Sammlung und Sicherung von Beweismitteln und der Vernehmung von Personen als Beobachter tätig wird und Empfehlungen abgibt oder Anordnungen erlässt;
- f) das Ergreifen etwaiger anderer zur Sammlung oder Sicherung von Beweismitteln erforderlicher Maßnahmen.

(3)

- a) Hat der Ankläger keine Maßnahmen nach diesem Artikel beantragt, ist die Vorverfahrenskammer jedoch der Auffassung, dass es solcher Maßnahmen bedarf, um Beweismittel zu sichern, die sie für die Verteidigung im Hauptverfahren als wesentlich erachtet, so konsultiert sie den Ankläger bezüglich der Frage, ob er diese Maßnahmen aus gutem Grund nicht beantragt hat. Gelangt die Vorverfahrenskammer aufgrund der Konsultation zu dem Schluss, dass die Nichtbeantragung dieser Maßnahmen durch den Ankläger nicht gerechtfertigt ist, so kann die Vorverfahrenskammer diese Maßnahmen aus eigener Initiative ergreifen.

- b) Der Ankläger kann gegen die Entscheidung der Vorverfahrenskammer, nach diesem Absatz aus eigener Initiative tätig zu werden, Beschwerde einlegen. Über die Beschwerde wird beschleunigt verhandelt.

(4) Die Zulässigkeit der nach diesem Artikel für das Hauptverfahren gesicherten oder gesammelten Beweismittel oder des darüber aufgenommenen Protokolls richtet sich im Hauptverfahren nach Artikel 69; die Beweiswürdigung erfolgt durch die Hauptverfahrenskammer.

Art. 57 Aufgaben und Befugnisse der Vorverfahrenskammer. (1) Sofern in diesem Statut nichts anderes bestimmt ist, nimmt die Vorverfahrenskammer ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit diesem Artikel wahr.

(2)

- a) Von der Vorverfahrenskammer erlassene Anordnungen oder Entscheidungen nach den Artikeln 15, 18, 19, 54 Absatz 2, 61 Absatz 7 und 72 bedürfen der Zustimmung der Mehrheit ihrer Richter.
- b) In allen anderen Fällen kann ein einzelner Richter der Vorverfahrenskammer die in diesem Statut vorgesehenen Aufgaben wahrnehmen, sofern in der Verfahrens- und Beweisordnung oder durch Stimmenmehrheit der Vorverfahrenskammer nichts anderes bestimmt wird.

(3) Neben ihren anderen Aufgaben aufgrund dieses Statuts kann die Vorverfahrenskammer

- a) auf Antrag des Anklägers die für die Zwecke der Ermittlungen erforderlichen Anordnungen und Befehle erlassen;
- b) auf Antrag einer festgenommenen oder einer aufgrund einer Ladung nach Artikel 58 erschienenen Person die notwendigen Anordnungen erlassen, einschließlich der in Artikel 56 beschriebenen Maßnahmen, und sich um die notwendige Zusammenarbeit nach Teil 9 bemühen, um ihr bei der Vorbereitung ihrer Verteidigung behilflich zu sein;
- c) erforderlichenfalls für den Schutz von Opfern und Zeugen und die Wahrung ihre Privatsphäre, die Sicherung von Beweismitteln, den Schutz der festgenommenen oder aufgrund einer Ladung erschienenen Personen sowie den Schutz von Informationen, welche die nationale Sicherheit betreffen, Sorge tragen;
- d) den Ankläger ermächtigen, bestimmte Ermittlungsmaßnahmen im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats vorzunehmen, ohne sich der Zusammenarbeit dieses Staates nach Teil 9 versichert zu haben, wenn die Vorverfahrenskammer, nach Möglichkeit unter Berücksichtigung der Auffassungen des betreffenden Staates, in dieser Sache entschieden hat, dass der Staat eindeutig nicht in der Lage ist, ein Ersuchen um Zusammenarbeit nach Teil 9 zu erledigen, weil keine zuständige Behörde beziehungsweise kein zuständiger Teil seines Justizsystems für die Erledigung eines solchen Ersuchens zur Verfügung steht;
- e) die Staaten nach Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe k um ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf vorsorgliche Maßnahmen für die Zwecke der Einziehung ersuchen, insbesondere zum letztendlichen Nutzen der Opfer, wenn nach Artikel 58 ein Haftbefehl oder eine Ladung ergangen ist und unter gebührender Berücksichtigung der Beweiskraft der Beweismittel und der Rechte der betroffenen Parteien, wie in diesem Statut und der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehen.

Art. 58 Erlass eines Haftbefehls oder einer Ladung durch die Vorverfahrenskammer. (1) Jederzeit nach Einleitung der Ermittlungen erlässt die Vorverfahrenskammer auf Antrag des Anklägers einen Haftbefehl gegen eine Person, wenn sie nach Prüfung des Antrags und der Beweismittel oder anderer vom Ankläger beibrachter Informationen zu der Überzeugung gelangt ist,

- a) dass begründeter Verdacht besteht, dass die Person ein der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegendes Verbrechen begangen hat, und
- b) dass die Festnahme der Person notwendig erscheint,
 - i) um sicherzustellen, dass sie zur Verhandlung erscheint,
 - ii) um sicherzustellen, dass sie die Ermittlungen oder das Gerichtsverfahren nicht behindert oder gefährdet, oder
 - iii) um sie gegebenenfalls an der weiteren Begehung dieses Verbrechens oder eines damit im Zusammenhang stehenden, der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens zu hindern, das sich aus den gleichen Umständen ergibt.

(2) Der Antrag des Anklägers enthält

- a) den Namen der Person und alle anderen sachdienlichen Angaben zu ihrer Identifizierung,
- b) eine konkrete Bezugnahme auf die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen, welche die Person begangen haben soll,
- c) eine knappe Darstellung des Sachverhalts, der angeblich die Tatbestandsmerkmale dieser Verbrechen erfüllt,
- d) eine Zusammenfassung der Beweismittel sowie aller anderen Informationen, die den Verdacht begründen, dass die Person diese Verbrechen begangen hat, und
- e) den Grund, aus dem der Ankläger die Festnahme der Person für notwendig hält.

(3) Der Haftbefehl enthält

- a) den Namen der Person und alle anderen sachdienlichen Angaben zu ihrer Identifizierung,
- b) eine konkrete Bezugnahme auf die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen, derentwegen die Festnahme der Person beantragt wird, und
- c) eine knappe Darstellung des Sachverhalts, der angeblich die Tatbestandsmerkmale dieser Verbrechen erfüllt.

(4) Der Haftbefehl bleibt bis zu einer anderslautenden Anordnung des Gerichtshofs in Kraft.

(5) Auf der Grundlage des Haftbefehls kann der Gerichtshof um die vorläufige Festnahme oder die Festnahme und Überstellung der Person nach Teil 9 ersuchen.

(6) ¹Der Ankläger kann bei der Vorverfahrenskammer die Änderung des Haftbefehls durch Änderung der darin aufgeführten Verbrechen oder Aufnahme zusätzlicher Verbrechen beantragen. ²Die Vorverfahrenskammer ändert den Haftbefehl entsprechend, wenn ihrer Überzeugung nach begründeter Verdacht besteht, dass die Person diese anderen oder zusätzlichen Verbrechen begangen hat.

(7) ¹Anstelle eines Haftbefehls kann der Ankläger beantragen, dass die Vorverfahrenskammer die Person lädt. ²Besteht nach Überzeugung der Vorverfahrenskammer begründeter Verdacht, dass die Person das ihr zur Last gelegte Verbrechen begangen hat und dass eine Ladung ausreicht, um ihr Erscheinen vor dem Gerichtshof sicherzustellen, so erlässt sie die Ladung, mit der freiheitsbeschränkende Bedingungen (außer Freiheitsentzug) verknüpft sein können, wenn das einzelstaatliche Recht dies vorsieht. ³Die Ladung enthält

- a) den Namen der Person und alle anderen sachdienlichen Angaben zu ihrer Identifizierung,
- b) den Termin, an dem die Person zu erscheinen hat,
- c) eine konkrete Bezugnahme auf die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen, welche die Person begangen haben soll, und
- d) eine knappe Darstellung des Sachverhalts, der angeblich die Tatbestandsmerkmale des Verbrechens erfüllt.

⁴Die Ladung ist der Person zuzustellen.

Art. 59 Festnahmeverfahren im Gewahrsamsstaat. (1) Ein Vertragsstaat, dem ein Ersuchen um vorläufige Festnahme oder um Festnahme und Überstellung zugegangen ist, ergreift sofort Maßnahmen zur Festnahme der fraglichen Person in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften und mit Teil 9.

(2) Die festgenommene Person wird umgehend der zuständigen Justizbehörde im Gewahrsamsstaat vorgeführt, die in Übereinstimmung mit dem Recht dieses Staates feststellt, dass

- a) sich der Haftbefehl auf sie bezieht,
- b) sie entsprechend einem ordnungsgemäßen Verfahren festgenommen wurde und
- c) ihre Rechte geachtet wurden.

(3) Die festgenommene Person hat das Recht, bei der zuständigen Behörde im Gewahrsamsstaat die vorläufige Haftentlassung bis zur Überstellung zu beantragen.

(4) ¹Bei der Entscheidung über einen solchen Antrag prüft die zuständige Behörde im Gewahrsamsstaat, ob in Anbetracht der Schwere der angeblichen Verbrechen dringende und außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine vorläufige Haftentlassung rechtfertigen, und ob durch die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen gewährleistet ist, dass der Gewahrsamsstaat seine Pflicht zur Überstellung der Person an den Gerichtshof erfüllen kann. ²Der zuständigen Behörde des Gewahrsamsstaats steht es nicht frei, zu prüfen, ob der Haftbefehl nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstaben a und b ordnungsgemäß erlassen wurde.

(5) ¹Die Vorverfahrenskammer wird von jedem Antrag auf vorläufige Haftentlassung in Kenntnis gesetzt und erteilt der zuständigen Behörde im Gewahrsamsstaat Empfehlungen. ²Diese zieht die Empfehlungen, einschließlich etwaiger Empfehlungen betreffend Maßnahmen zur Verhütung der Flucht, vollständig in Betracht, bevor sie ihre Entscheidung fällt.

(6) Wird der Person vorläufige Haftentlassung gewährt, so kann die Vorverfahrenskammer hierzu regelmäßige Berichte verlangen.

(7) Sobald eine Anordnung auf Überstellung der Person getroffen wurde, ist diese vom Gewahrsamsstaat so bald wie möglich an den Gerichtshof zu überstellen.

Art. 60 Einleitende Verfahrensschritte vor dem Gerichtshof. (1) Nach Überstellung einer Person an den Gerichtshof oder ihrem freiwilligen oder aufgrund einer Ladung erfolgten Erscheinen vor dem Gerichtshof überzeugt sich die Vorverfahrenskammer davon, dass die Person über die ihr zur Last gelegten Verbrechen sowie über ihre Rechte aufgrund dieses Statuts belehrt worden ist, einschließlich des Rechts, ihre vorläufige Haftentlassung bis zum Hauptverfahren zu beantragen.

(2) ¹Eine Person, gegen die ein Haftbefehl ergangen ist, kann ihre vorläufige Haftentlassung bis zum Hauptverfahren beantragen. ²Liegen nach Überzeugung der Vorverfahrenskammer die in Artikel 58 Absatz 1 genannten Voraussetzungen vor, so bleibt die Person weiterhin in Haft. ³Andernfalls wird sie mit oder ohne Auflagen auf freien Fuß gesetzt.

(3) ¹Die Vorverfahrenskammer überprüft regelmäßig ihre Entscheidung über die Haftentlassung der Person oder die Aufrechterhaltung der Haft; sie kann dies jederzeit auf Antrag des Anklägers oder der Person tun. ²Nach dieser Überprüfung kann sie ihre Entscheidung über die Aufrechterhaltung der Haft, die Haftentlassung oder Auflagen für die Haftentlassung ändern, wenn sie überzeugt ist, dass veränderte Umstände dies erfordern.

(4) ¹Die Vorverfahrenskammer stellt sicher, dass eine Person nicht wegen unentschuldbarer Verzögerungen seitens des Anklägers unangemessen lange in Untersuchungshaft gehalten wird. ²Tritt eine solche Verzögerung ein, so erwägt der Gerichtshof die Haftentlassung der Person mit oder ohne Auflagen.

(5) Bei Bedarf kann die Vorverfahrenskammer einen Haftbefehl erlassen, um die Anwesenheit einer auf freien Fuß gesetzten Person sicherzustellen.

Art. 61 Bestätigung der Anklage vor dem Hauptverfahren. (1) ¹Vorbehaltlich des Absatzes 2 hält die Vorverfahrenskammer innerhalb einer angemessenen Frist nach Überstellung der Person oder ihrem freiwilligen Erscheinen vor dem Gerichtshof eine mündliche Verhandlung ab, um die Anklagepunkte zu bestätigen, die der Ankläger zum Gegenstand des Hauptverfahrens zu machen beabsichtigt. ²Die mündliche Verhandlung findet in Anwesenheit des Anklägers und des Angeschuldigten sowie seines Rechtsbeistands statt.

(2) ¹Die Vorverfahrenskammer kann auf Ersuchen des Anklägers oder aus eigener Initiative in Abwesenheit des Angeschuldigten eine mündliche Verhandlung abhalten, um die Anklagepunkte zu bestätigen, die der Ankläger zum Gegenstand des Hauptverfahrens zu machen beabsichtigt, wenn der Angeschuldigte

- a) auf sein Anwesenheitsrecht verzichtet hat oder
- b) flüchtig oder unauffindbar ist und alle angemessenen Maßnahmen ergriffen worden sind, um sein Erscheinen vor dem Gerichtshof sicherzustellen und ihn über die Anklagepunkte sowie über die bevorstehende Verhandlung betreffend deren Bestätigung zu unterrichten.

²In diesem Fall wird der Angeschuldigte durch einen Rechtsbeistand vertreten, wenn die Vorverfahrenskammer entscheidet, dass dies im Interesse der Rechtspflege liegt.

(3) ¹ Innerhalb einer angemessenen Frist vor der mündlichen Verhandlung

- a) erhält der Angeschuldigte eine Abschrift des Schriftstücks, aus dem die Anklagepunkte hervorgehen, die der Ankläger zum Gegenstand des Hauptverfahrens zu machen beabsichtigt, und
- b) wird der Angeschuldigte von den Beweismitteln in Kenntnis gesetzt, auf die sich der Ankläger bei der mündlichen Verhandlung zu stützen beabsichtigt.

²Die Vorverfahrenskammer kann die Offenlegung von Informationen für die Zwecke der Verhandlung anordnen.

(4) ¹ Vor der mündlichen Verhandlung kann der Ankläger die Ermittlungen fortsetzen, und er kann Anklagepunkte ändern oder zurücknehmen. ² Der Angeschuldigte wird unter Wahrung einer angemessenen Frist vor der mündlichen Verhandlung von der Änderung oder Rücknahme von Anklagepunkten in Kenntnis gesetzt. ³ Werden Anklagepunkte zurückgenommen, so teilt der Ankläger der Vorverfahrenskammer die Gründe dafür mit.

(5) ¹ Bei der mündlichen Verhandlung belegt der Ankläger jeden Anklagepunkt durch ausreichende Beweise, um den dringenden Verdacht zu begründen, dass der Angeschuldigte das ihm zur Last gelegte Verbrechen begangen hat. ² Der Ankläger kann sich auf schriftliche oder summarische Beweise stützen und ist nicht gehalten, die Zeugen aufzurufen, deren Aussage bei dem Verfahren erwartet wird.

(6) Bei der Verhandlung kann der Angeschuldigte

- a) Einwendungen gegen die Anklagepunkte vorbringen,
- b) die vom Ankläger beigebrachten Beweismittel anfechten und
- c) Beweismittel beibringen.

(7) ¹ Die Vorverfahrenskammer stellt auf der Grundlage der mündlichen Verhandlung fest, ob ausreichende Beweise für den dringenden Verdacht vorliegen, dass der Angeschuldigte jedes der ihm zur Last gelegten Verbrechen begangen hat. ² Auf der Grundlage ihrer Feststellungen

- a) bestätigt die Vorverfahrenskammer diejenigen Anklagepunkte, bezüglich deren sie entschieden hat, dass ausreichende Beweise vorliegen, und weist den Angeschuldigten einer Hauptverfahrenskammer zu, die das Hauptverfahren hinsichtlich der bestätigten Anklagepunkte durchführt;
- b) lehnt die Vorverfahrenskammer die Bestätigung derjenigen Anklagepunkte ab, bezüglich deren sie entschieden hat, dass keine ausreichende Beweise vorliegen;
- c) vertagt die Vorverfahrenskammer die mündliche Verhandlung und ersucht den Ankläger zu erwägen,
 - i) zu einem bestimmten Anklagepunkt weitere Beweismittel beizubringen oder weitere Ermittlungen durchzuführen oder
 - ii) einen Anklagepunkt zu ändern, weil die beigebrachten Beweismittel den Nachweis für die Begehung eines anderen der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens zu erbringen scheinen.

(8) Lehnt die Vorverfahrenskammer die Bestätigung eines Anklagepunkts ab, so schließt dies nicht aus, dass der Ankläger später dessen Bestätigung aufgrund zusätzlicher Beweismittel beantragt.

(9) ¹ Nach Bestätigung der Anklagepunkte und vor Beginn der Hauptverhandlung kann der Ankläger mit Genehmigung der Vorverfahrenskammer und

nach Benachrichtigung des Angeklagten die Anklagepunkte ändern. ²Beabsichtigt der Ankläger, weitere Anklagepunkte hinzuzufügen oder bestehende Anklagepunkte durch schwerer wiegende zu ersetzen, so muss zu deren Bestätigung eine mündliche Verhandlung nach diesem Artikel stattfinden. ³Nach Beginn der Hauptverhandlung kann der Ankläger mit Genehmigung der Hauptverfahrenskammer die Anklagepunkte zurücknehmen.

(10) Jeder zuvor ergangene Befehl tritt bezüglich aller Anklagepunkte außer Kraft, die von der Vorverfahrenskammer nicht bestätigt oder vom Ankläger zurückgenommen worden sind.

(11) Nach Bestätigung der Anklagepunkte in Übereinstimmung mit diesem Artikel setzt das Präsidium eine Hauptverfahrenskammer ein, die vorbehaltlich des Absatzes 9 und des Artikels 64 Absatz 4 für die Durchführung des anschließenden Verfahrens zuständig ist und jede Aufgabe der Vorverfahrenskammer wahrnehmen kann, die in diesem Verfahren von Belang ist und zur Anwendung kommen kann.

Teil 6. Hauptverfahren

Art. 62 Ort des Hauptverfahrens. Sofern nichts anderes beschlossen wird, findet das Hauptverfahren am Sitz des Gerichtshofs statt.

Art. 63 Verhandlung in Anwesenheit des Angeklagten. (1) Der Angeklagte hat während der Verhandlung anwesend zu sein.

(2) ¹Stört der vor dem Gerichtshof anwesende Angeklagte wiederholt den Verlauf der Verhandlung, so kann die Hauptverfahrenskammer ihn entfernen lassen und sorgt dann dafür, dass er von außerhalb des Gerichtssaals die Verhandlung verfolgen und seinem Rechtsbeistand Weisungen erteilen kann, bei Bedarf mit Hilfe von Kommunikationstechnologie. ²Diese Maßnahmen werden nur in Ausnahmefällen, nachdem sich andere vertretbare Alternativen als unzulänglich erwiesen haben, und nur für die unbedingt notwendige Dauer getroffen.

Art. 64 Aufgaben und Befugnisse der Hauptverfahrenskammer.

(1) Die in diesem Artikel genannten Aufgaben und Befugnisse der Hauptverfahrenskammer werden in Übereinstimmung mit diesem Statut sowie der Verfahrens- und Beweisordnung wahrgenommen.

(2) Die Hauptverfahrenskammer stellt sicher, dass das Hauptverfahren fair und zügig verläuft und unter voller Beachtung der Rechte des Angeklagten und gebührender Berücksichtigung des Schutzes der Opfer und Zeugen geführt wird.

(3) Die Hauptverfahrenskammer, der in Übereinstimmung mit diesem Statut eine Sache für das Hauptverfahren zugewiesen worden ist,

- a) berät sich mit den Parteien und beschließt die Verfahren, die erforderlich sind, um eine faire und zügige Durchführung des Hauptverfahrens zu gewährleisten,
- b) bestimmt die im Hauptverfahren zu verwendende Sprache oder zu verwendenden Sprachen und
- c) sorgt vorbehaltlich anderer einschlägiger Bestimmungen dieses Statuts rechtzeitig vor Beginn der Verhandlung für die Offenlegung zuvor nicht offenge-

legter Schriftstücke oder Informationen, damit eine hinreichende Vorbereitung auf die Verhandlung möglich ist.

(4) Soweit dies für ihre wirksame und faire Arbeitsweise erforderlich ist, kann die Hauptverfahrenskammer Vorfragen an die Vorverfahrenskammer oder, im Bedarfsfall, an einen anderen verfügbaren Richter in der Vorverfahrens-
abteilung verweisen.

(5) Nach Benachrichtigung der Parteien kann die Hauptverfahrenskammer gegebenenfalls verfügen, dass Verhandlungen über Anklagen, die gegen mehrere Angeklagte erhoben worden sind, verbunden oder getrennt werden.

(6) In Wahrnehmung ihrer Aufgaben vor oder während der Hauptverhandlung kann die Hauptverfahrenskammer, soweit erforderlich,

- a) alle in Artikel 61 Absatz 11 genannten Aufgaben der Vorverfahrenskammer wahrnehmen;
- b) die Anwesenheit und Aussage von Zeugen und die Beibringung von Schriftstücken und anderen Beweismitteln verlangen, soweit notwendig mit Hilfe der Staaten, wie in diesem Statut vorgesehen;
- c) für den Schutz vertraulicher Informationen sorgen;
- d) die Beibringung von Beweismitteln zusätzlich zu den von den Parteien bereits vor dem Hauptverfahren gesammelten oder während des Hauptverfahrens vorgelegten Beweismitteln anordnen;
- e) für den Schutz des Angeklagten, der Zeugen und der Opfer sorgen;
- f) alle sonstigen Angelegenheiten entscheiden, die von Belang sind.

(7) ¹Die Verhandlung ist öffentlich. ²Die Hauptverfahrenskammer kann jedoch feststellen, dass aufgrund besonderer Umstände bestimmte Teile der Verhandlung für die in Artikel 68 genannten Zwecke oder zum Schutz vertraulicher oder schutzwürdiger Informationen, die im Zuge der Beweiserhebung vorgelegt werden, unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden müssen.

(8)

- a) Zu Beginn der Verhandlung lässt die Hauptverfahrenskammer dem Angeklagten die zuvor von der Vorverfahrenskammer bestätigte Anklage vorlesen. Die Hauptverfahrenskammer überzeugt sich davon, dass der Angeklagte die Art der gegen ihn erhobenen Anklage versteht. Sie gibt ihm Gelegenheit, ein Geständnis in Übereinstimmung mit Artikel 65 abzulegen oder sich für nicht schuldig zu erklären.
- b) In der Verhandlung kann der vorsitzende Richter prozessleitende Verfügungen erlassen, insbesondere auch, um die faire und unparteiische Führung des Verfahrens sicherzustellen. Vorbehaltlich etwaiger Verfügungen des vorsitzenden Richters können die Parteien in Übereinstimmung mit diesem Statut Beweismittel vorlegen.

(9) Die Hauptverfahrenskammer ist unter anderem befugt, auf Antrag einer Partei oder aus eigener Initiative

- a) über die Zulässigkeit beziehungsweise Erheblichkeit von Beweismitteln zu entscheiden und
- b) alle erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Verhandlung zu treffen.

(10) Die Hauptverfahrenskammer stellt sicher, dass ein vollständiges Verhandlungsprotokoll, welches das Verfahren korrekt wiedergibt, erstellt und vom Kanzler geführt und aufbewahrt wird.

Art. 65 Verfahren nach einem Geständnis. (1) Legt der Angeklagte ein Geständnis nach Artikel 64 Absatz 8 Buchstabe a ab, so stellt die Hauptverfahrenskammer fest, ob

- a) der Angeklagte die Art und die Folgen des Geständnisses versteht,
- b) das Geständnis vom Angeklagten nach hinreichender Beratung mit seinem Verteidiger freiwillig abgelegt wird und
- c) das Geständnis durch die Tatsachen untermauert wird, die hervorgehen aus
 - i) den vom Ankläger erhobenen Anklagepunkten, die der Angeklagte zu- gibt,
 - ii) allen vom Ankläger vorgelegten Unterlagen, welche die Anklage erhärten und die der Angeklagte anerkennt, und
 - iii) allen sonstigen Beweismitteln, beispielsweise Zeugenaussagen, die vom Ankläger oder vom Angeklagten beigebracht werden.

(2) Ist die Hauptverfahrenskammer davon überzeugt, dass die in Absatz 1 genannten Umstände erwiesen sind, so erachtet sie den gesamten Tatbestand des Verbrechens, auf das sich das Geständnis bezieht, als durch das Geständnis und etwaige zusätzlich beigebrachte Beweismittel erwiesen; sie kann den Angeklagten wegen dieses Verbrechens verurteilen.

(3) Ist die Hauptverfahrenskammer nicht davon überzeugt, dass die in Absatz 1 genannten Umstände erwiesen sind, so erachtet sie das Geständnis als nicht abgelegt; in diesem Fall ordnet sie die Fortsetzung des Hauptverfahrens nach dem in diesem Statut vorgesehenen gewöhnlichen Verfahren an; sie kann die Sache an eine andere Hauptverfahrenskammer verweisen.

(4) Ist die Hauptverfahrenskammer der Auffassung, dass im Interesse der Gerechtigkeit, insbesondere im Interesse der Opfer, eine vollständigere Tatsachendarstellung erforderlich ist, so kann die Hauptverfahrenskammer

- a) den Ankläger ersuchen, zusätzliche Beweismittel, einschließlich Zeugenaussagen, beizubringen oder
- b) die Fortsetzung des Hauptverfahrens nach dem in diesem Statut vorgesehenen gewöhnlichen Verfahren anordnen; in diesem Fall erachtet sie das Geständnis als nicht abgelegt; sie kann die Sache an eine andere Hauptverfahrenskammer verweisen.

(5) Erörterungen zwischen dem Ankläger und der Verteidigung in Bezug auf eine Änderung der Anklagepunkte, das Geständnis oder die zu verhängende Strafe sind für den Gerichtshof nicht bindend.

Art. 66 Unschuldsvermutung. (1) Jeder gilt als unschuldig, solange seine Schuld nicht in Übereinstimmung mit dem anwendbaren Recht vor dem Gerichtshof nachgewiesen ist.

(2) Die Beweislast für die Schuld des Angeklagten liegt beim Ankläger.

(3) Für eine Verurteilung des Angeklagten muss der Gerichtshof von der Schuld des Angeklagten so überzeugt sein, dass kein vernünftiger Zweifel besteht.

Art. 67 Rechte des Angeklagten. (1) Der Angeklagte hat Anspruch darauf, dass über die gegen ihn erhobene Anklage öffentlich nach Maßgabe dieses Statuts und in billiger Weise unparteiisch verhandelt wird; außerdem hat er in gleicher Weise Anspruch auf folgende Mindestgarantien:

- a) Er ist unverzüglich und im Einzelnen in einer Sprache, die er vollständig versteht und spricht, über Art, Grund und Inhalt der gegen ihn erhobenen Anklage zu unterrichten,
- b) er muss hinreichend Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung seiner Verteidigung und zum freien und vertraulichen Verkehr mit einem Verteidiger seiner Wahl haben,
- c) es muss ohne unangemessene Verzögerung ein Urteil gegen ihn ergehen,
- d) vorbehaltlich des Artikels 63 Absatz 2 muss er bei der Verhandlung anwesend sein und sich selbst verteidigen dürfen oder durch einen Verteidiger seiner Wahl verteidigen lassen; falls er keinen Verteidiger hat, ist er über das Recht, einen Verteidiger in Anspruch zu nehmen, zu unterrichten; ihm ist vom Gerichtshof ein Verteidiger beizuordnen, wenn dies im Interesse der Rechtspflege erforderlich ist, und zwar unentgeltlich, wenn ihm die Mittel zur Bezahlung eines Verteidigers fehlen,
- e) er darf Fragen an die Belastungszeugen stellen oder stellen lassen und das Erscheinen und die Vernehmung der Entlastungszeugen unter den für die Belastungszeugen geltenden Bedingungen erwirken. Er darf auch Gründe, welche die Strafbarkeit ausschließen, geltend machen und sonstige aufgrund dieses Statuts zulässige Beweismittel beibringen,
- f) er kann die unentgeltliche Beiziehung eines sachkundigen Dolmetschers und die Übersetzungen verlangen, die erforderlich sind, um dem Gebot der Fairness Genüge zu tun, wenn Teile des Verfahrens oder dem Gerichtshof vorgelegte Schriftstücke nicht in einer Sprache gehalten sind, die der Angeklagte vollständig versteht und spricht,
- g) er darf nicht gezwungen werden, gegen sich selbst als Zeuge auszusagen oder sich schuldig zu bekennen, und er darf schweigen, ohne dass sein Schweigen bei der Feststellung von Schuld oder Unschuld in Betracht gezogen wird,
- h) er kann eine unbeeidigte mündliche oder schriftliche Erklärung zu seiner Verteidigung abgeben, und
- i) es darf ihm weder eine Umkehr der Beweislast noch eine Widerlegungspflicht auferlegt werden.

(2) ¹Neben anderen in diesem Statut vorgesehenen Offenlegungen legt der Ankläger, so bald wie möglich, der Verteidigung die in seinem Besitz oder seiner Verfügungsgewalt befindlichen Beweismittel offen, die seiner Überzeugung nach die Unschuld des Angeklagten beweisen oder zu beweisen geeignet sind, dessen Schuld mildern oder die Glaubwürdigkeit der vom Ankläger beigebrachten Beweismittel beeinträchtigen können. ²Bei Zweifeln hinsichtlich der Anwendung dieses Absatzes entscheidet der Gerichtshof.

Art. 68 Schutz der Opfer und Zeugen und ihre Teilnahme am Verfahren. (1) ¹Der Gerichtshof trifft geeignete Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit, des körperlichen und seelischen Wohles, der Würde und der Privatsphäre der Opfer und Zeugen. ²Dabei zieht der Gerichtshof alle maßgeblichen Umstände in Betracht, namentlich Alter, Geschlecht im Sinne des Artikels 7 Absatz 3 und Gesundheitszustand sowie die Art des Verbrechens,

insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, soweit es mit sexueller oder geschlechtsspezifischer Gewalt oder Gewalt gegen Kinder zusammenhängt.³ Der Ankläger trifft diese Maßnahmen insbesondere während der Ermittlungen und der Strafverfolgung solcher Verbrechen.⁴ Diese Maßnahmen dürfen die Rechte des Angeklagten sowie die Fairness und Unparteilichkeit des Verfahrens nicht beeinträchtigen oder damit unvereinbar sein.

(2) ¹ Als Ausnahme vom Grundsatz der öffentlichen Verhandlung nach Artikel 67 können die Kammern des Gerichtshofs zum Schutz der Opfer und Zeugen oder des Angeklagten einen Teil des Verfahrens unter Ausschluss der Öffentlichkeit führen oder die Vorlage von Beweisen mittels elektronischer oder sonstiger besonderer Mittel gestatten.² Diese Maßnahmen werden insbesondere im Fall eines Opfers sexueller Gewalt oder eines Kindes getroffen, das Opfer oder Zeuge ist, es sei denn, der Gerichtshof ordnet unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Auffassungen der Opfer oder Zeugen, etwas anderes an.

(3) ¹ Sind die persönlichen Interessen der Opfer betroffen, so gestattet der Gerichtshof, dass ihre Auffassungen und Anliegen in von ihm für geeignet befundenen Verfahrensabschnitten in einer Weise vorgetragen und behandelt werden, welche die Rechte des Angeklagten sowie die Fairness und Unparteilichkeit des Verfahrens nicht beeinträchtigt oder damit unvereinbar ist.² Diese Auffassungen und Anliegen können in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung von den gesetzlichen Vertretern der Opfer vorgetragen werden, wenn der Gerichtshof dies für angebracht hält.

(4) Die Abteilung für Opfer und Zeugen kann den Ankläger und den Gerichtshof im Hinblick auf angemessene Schutzmaßnahmen, Sicherheitsvorkehrungen, Beratung und Hilfe nach Artikel 43 Absatz 6 beraten.

(5) ¹ Kann die Offenlegung von Beweismitteln oder Informationen aufgrund dieses Statuts zu einer ernststen Gefährdung der Sicherheit eines Zeugen oder seiner Familie führen, so kann der Ankläger diese für die Zwecke jedes vor Eröffnung des Hauptverfahrens geführten Verfahrens zurückhalten und statt dessen eine Zusammenfassung vorlegen.² Diese Maßnahmen müssen in einer Weise angewendet werden, welche die Rechte des Angeklagten sowie die Fairness und Unparteilichkeit des Verfahrens nicht beeinträchtigt oder damit unvereinbar ist.

(6) Ein Staat kann darum ersuchen, dass die notwendigen Maßnahmen zum Schutz seiner Bediensteten oder Vertreter sowie vertraulicher oder schutzwürdiger Informationen getroffen werden.

Art. 69 Beweismittel. (1) Vor seiner Aussage verpflichtet sich jeder Zeuge in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung, in seinem Zeugnis die Wahrheit zu sagen.

(2) ¹ Ein Zeuge muss für sein Zeugnis in der Verhandlung persönlich erscheinen, vorbehaltlich der in Artikel 68 oder in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehenen Maßnahmen.² Der Gerichtshof kann auch nach Maßgabe dieses Statuts und in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung das mit Hilfe der Video- oder Audiotechnik direktübertragene (mündliche) oder aufgezeichnete Zeugnis eines Zeugen sowie die Vorlage von Schriftstücken oder schriftlichen Wortprotokollen gestatten.³ Diese Maßnahmen dürfen die Rechte des Angeklagten nicht beeinträchtigen oder mit ihnen unvereinbar sein.

(3) ¹Die Parteien können in Übereinstimmung mit Artikel 64 die Beweismittel beibringen, die für die Sache erheblich sind. ²Der Gerichtshof ist befugt, die Beibringung sämtlicher Beweismittel zu verlangen, die er für die Wahrheitsfindung für erforderlich hält.

(4) Der Gerichtshof kann in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung über die Erheblichkeit oder Zulässigkeit jedes Beweismittels entscheiden, wobei er unter anderem die Beweiskraft des Beweismittels und alle Nachteile in Betracht zieht, die sich für ein faires Verfahren oder für eine faire Bewertung des Zeugnisses eines Zeugen möglicherweise daraus ergeben.

(5) Der Gerichtshof achtet und wahrt die in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehenen Rechte in Bezug auf Vertraulichkeit.

(6) Der Gerichtshof verlangt nicht den Nachweis allgemein bekannter Tatsachen, kann sie jedoch als offenkundig anerkennen.

(7) Beweismittel, die durch Verletzung dieses Statuts oder international anerkannter Menschenrechte erlangt wurden, sind nicht zulässig, wenn

- a) die Verletzung erhebliche Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit entstehen lässt oder
- b) ihre Zulassung im grundsätzlichen Widerspruch zur Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens stehen und dieser schweren Schaden zufügen würde.

(8) Bei der Entscheidung über die Erheblichkeit oder Zulässigkeit der von einem Staat gesammelten Beweismittel entscheidet der Gerichtshof nicht über die Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Staates.

Art. 70 Straftaten gegen die Rechtspflege. (1) Der Gerichtshof hat Gerichtsbarkeit über folgende Straftaten gegen seine Rechtspflege, wenn diese vorsätzlich verübt werden:

- a) Falschaussage, wenn nach Artikel 69 Absatz 1 die Verpflichtung bestand, die Wahrheit zu sagen;
- b) Vorlage von Beweismitteln, von denen die Partei weiß, dass sie falsch, ge- oder verfälscht sind;
- c) Beeinflussung eines Zeugen durch Vorteilsgewährung, Behinderung oder Störung des Erscheinens oder des Zeugnisses eines Zeugen, Vergeltungsmaßnahmen gegen einen Zeugen wegen seines Zeugnisses, Vernichtung oder Fälschung von Beweismitteln oder Störung der Beweisaufnahme;
- d) Behinderung oder Einschüchterung eines Bediensteten des Gerichtshofs oder Beeinflussung desselben durch Vorteilsgewährung mit dem Ziel, ihn zu zwingen oder zu veranlassen, seine Pflichten gar nicht oder nicht ordnungsgemäß wahrzunehmen;
- e) Vergeltungsmaßnahmen gegen einen Bediensteten des Gerichtshofs wegen von ihm oder einem anderen Bediensteten wahrgenommener Pflichten;
- f) Forderung oder Annahme einer Bestechung durch einen Bediensteten des Gerichtshofs im Zusammenhang mit seinen Dienstpflichten.

(2) ¹Der Gerichtshof übt seine Gerichtsbarkeit über Straftaten nach diesem Artikel entsprechend den in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehenen Grundsätzen und Verfahren aus. ²Die Bedingungen, unter denen dem Gerichtshof internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf seine Verfahren nach diesem Artikel gewährt wird, richten sich nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Staates.

(3) Im Fall einer Verurteilung kann der Gerichtshof eine Freiheitsstrafe von höchstens fünf Jahren oder eine Geldstrafe in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung oder beides verhängen.

(4)

- a) Jeder Vertragsstaat dehnt seine Strafgesetze, durch die Straftaten gegen seine eigenen Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren unter Strafe gestellt werden, auf die in diesem Artikel genannten Straftaten gegen die Rechtspflege aus, die in seinem Hoheitsgebiet oder von einem seiner Staatsangehörigen begangen werden.
- b) Auf Ersuchen des Gerichtshofs, wenn er dies für angebracht hält, unterbreitet der Vertragsstaat die Sache seinen zuständigen Behörden zwecks Strafverfolgung. Diese Behörden behandeln diese Sachen mit Sorgfalt und stellen ausreichende Mittel zu deren wirksamer Abwicklung bereit.

Art. 71 Strafmaßnahmen wegen ordnungswidrigen Verhaltens vor Gericht. (1) Der Gerichtshof kann vor ihm anwesende Personen, die sich ordnungswidrig verhalten, etwa durch Störung seines Verfahrens oder vorsätzliche Weigerung, seine Anordnungen zu befolgen, durch Ordnungsmittel wie vorübergehende oder dauernde Entfernung aus dem Gerichtssaal, Geldstrafe oder andere ähnliche in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehene Maßnahmen, nicht jedoch durch Freiheitsstrafe, bestrafen.

(2) Die in Absatz 1 enthaltenen Maßnahmen werden nach den in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehenen Verfahren verhängt.

Art. 72 Schutz von Informationen betreffend die nationale Sicherheit.

(1) ¹Dieser Artikel findet in jedem Fall Anwendung, in dem die Offenlegung von Informationen oder Schriftstücken eines Staates nach dessen Auffassung seine nationalen Sicherheitsinteressen beeinträchtigen würde. ²Dazu gehören die Fälle, die in den Geltungsbereich des Artikels 56 Absätze 2 und 3, des Artikels 61 Absatz 3, des Artikels 64 Absatz 3, des Artikels 67 Absatz 2, des Artikels 68 Absatz 6, des Artikels 87 Absatz 6 und des Artikels 93 fallen, sowie die Fälle, die in einem sonstigen Verfahrensabschnitt auftreten, in dem sich die Frage einer solchen Offenlegung stellen kann.

(2) Dieser Artikel findet auch Anwendung, wenn eine Person, die zur Beibringung von Informationen oder Beweismitteln aufgefordert wurde, diese verweigert oder die Angelegenheit aus dem Grunde an den Staat verwiesen hat, dass eine Offenlegung die nationalen Sicherheitsinteressen dieses Staates beeinträchtigen würde, und der betreffende Staat bestätigt, dass eine Offenlegung seiner Auffassung nach seine nationalen Sicherheitsinteressen beeinträchtigen würde.

(3) Dieser Artikel lässt die Erfordernisse der Vertraulichkeit nach Artikel 54 Absatz 3 Buchstaben e und f und die Anwendung des Artikels 73 unberührt.

(4) Erfährt ein Staat, dass Informationen oder Unterlagen dieses Staates in irgendeinem Abschnitt des Verfahrens offen gelegt werden oder wahrscheinlich offen gelegt werden sollen, und ist er der Auffassung, dass die Offenlegung seine nationalen Sicherheitsinteressen beeinträchtigen würde, so hat er das Recht, dem Verfahren beizutreten, um eine Regelung dieser Frage in Übereinstimmung mit diesem Artikel herbeizuführen.

(5) ¹ Würde die Offenlegung von Informationen nach Auffassung eines Staates dessen nationale Sicherheitsinteressen beeinträchtigen, so unternimmt dieser Staat alle angemessenen Schritte, um gemeinsam mit dem Ankläger, der Verteidigung oder der Vorverfahrenskammer beziehungsweise der Hauptverfahrenskammer zu versuchen, die Angelegenheit auf dem Weg der Zusammenarbeit zu regeln. ² Dabei kann es sich insbesondere um folgende Schritte handeln:

- a) Änderung oder Klarstellung des Ersuchens,
- b) eine Entscheidung des Gerichtshofs über die Erheblichkeit der verlangten Informationen oder Beweismittel oder eine Entscheidung, ob die Beweismittel, obzwar erheblich, nicht von einer anderen Stelle als dem ersuchten Staat erlangt werden könnten oder wurden,
- c) Erlangung der Informationen oder Beweismittel von einer anderen Stelle oder in anderer Form oder
- d) Einigung über die Bedingungen, unter denen die verlangte Hilfe gewährt werden könnte, so unter anderem durch die Beibringung von Zusammenfassungen oder redigierten Textfassungen, Beschränkung der Offenlegung, Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit oder der Gegenpartei oder sonstige aufgrund des Statuts und der Verfahrens- und Beweisordnung zulässige Schutzmaßnahmen.

(6) Wurden alle angemessenen Schritte unternommen, um die Angelegenheit auf dem Weg der Zusammenarbeit zu regeln, und gibt es nach Auffassung des Staates keine Möglichkeiten oder Voraussetzungen für die Bereitstellung oder Offenlegung der Informationen oder Unterlagen, ohne dass seine nationalen Sicherheitsinteressen beeinträchtigt werden, so teilt er dem Ankläger oder dem Gerichtshof die konkreten Gründe für seine Entscheidung mit, sofern nicht die konkrete Darlegung der Gründe selbst zwangsläufig zu einer Beeinträchtigung der nationalen Sicherheitsinteressen dieses Staates führen würde.

(7) Danach kann der Gerichtshof, sofern er entscheidet, dass die Beweismittel erheblich und für den Nachweis der Schuld oder Unschuld des Angeklagten erforderlich sind, folgende Maßnahmen ergreifen:

- a) Wird die Offenlegung der Informationen oder der Unterlage aufgrund eines Ersuchens um Zusammenarbeit nach Teil 9 oder unter den in Absatz 2 beschriebenen Umständen verlangt und hat der Staat den in Artikel 93 Absatz 4 genannten Ablehnungsgrund geltend gemacht, so kann der Gerichtshof,
 - i) bevor er zu einem in Absatz 7 Buchstabe a Ziffer ii genannten Schluss gelangt, um weitere Konsultationen zur Prüfung der Darlegungen des Staates zu ersuchen, wozu gegebenenfalls auch Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Gegenpartei gehören können,
 - ii) wenn er zu dem Schluss gelangt, dass der ersuchte Staat durch Geltendmachung des Ablehnungsgrunds nach Artikel 93 Absatz 4 unter den gegebenen Umständen nicht in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus dem Statut handelt, die Angelegenheit unter Angabe der Gründe für seinen Schluss in Übereinstimmung mit Artikel 87 Absatz 7 verweisen, und

- iii) im Verfahren gegen den Angeklagten hinsichtlich des Erwiesenseins oder Nichterwiesenseins einer Tatsache die Schlüsse ziehen, die unter den Umständen angebracht erscheinen, oder
- b) unter allen anderen Umständen
 - i) die Offenlegung anordnen, oder
 - ii) soweit er die Offenlegung nicht anordnet, im Verfahren gegen den Angeklagten hinsichtlich des Erwiesenseins oder Nichterwiesenseins einer Tatsache die Schlüsse ziehen, die unter den Umständen angebracht erscheinen.

Art. 73 Informationen oder Unterlagen von Dritten. ¹Wird ein Vertragsstaat vom Gerichtshof ersucht, Unterlagen oder Informationen zur Verfügung zu stellen, die sich in seinem Gewahrsam, in seinem Besitz oder unter seiner Verfügungsgewalt befinden und die ihm von einem Staat, einer zwischenstaatlichen oder internationalen Organisation unter dem Vorbehalt der Vertraulichkeit offen gelegt worden sind, so ersucht er den Urheber um seine Zustimmung zu deren Offenlegung. ²Ist der Urheber ein Vertragsstaat, so gibt er entweder die Zustimmung zur Offenlegung der Informationen oder Unterlagen oder verpflichtet sich, vorbehaltlich des Artikels 72 die Frage der Offenlegung mit dem Gerichtshof zu regeln. ³Ist der Urheber kein Vertragsstaat und verweigert er die Zustimmung zur Offenlegung, so teilt der ersuchte Staat dem Gerichtshof mit, dass er wegen einer gegenüber dem Urheber zuvor eingegangenen Verpflichtung zur Geheimhaltung nicht in der Lage ist, die Unterlagen oder Informationen zur Verfügung zu stellen.

Art. 74 Anforderungen an das Urteil. (1) ¹Alle Richter der Hauptverfahrenskammer sind in jeder Phase der Verhandlung und während der gesamten Dauer ihrer Beratungen anwesend. ²Das Präsidium kann fallweise, soweit verfügbar, einen oder mehrere Ersatzrichter bestimmen, die der Verhandlung in jeder Phase beiwohnen und an die Stelle eines Mitglieds der Hauptverfahrenskammer treten, wenn dieses nicht in der Lage ist, weiter anwesend zu sein.

(2) ¹Das Urteil der Hauptverfahrenskammer gründet sich auf ihre Beweiswürdigung und das gesamte Verfahren. ²Das Urteil darf nicht über die in der Anklage dargestellten Tatsachen und Umstände und etwaige Änderungen der Anklage hinausgehen. ³Der Gerichtshof darf seinem Urteil lediglich die Beweismittel zugrunde legen, die während der Verhandlung beigebracht und vor ihm erörtert wurden.

(3) Die Richter bemühen sich, ihr Urteil einstimmig zu fällen; gelingt dies nicht, so ergeht das Urteil durch die Mehrheit der Richter.

(4) Die Beratungen der Hauptverfahrenskammer bleiben geheim.

(5) ¹Das Urteil ergeht schriftlich und enthält eine vollständige und begründete Darstellung der Ergebnisse der Beweiswürdigung und der Schlussfolgerungen der Hauptverfahrenskammer. ²Die Hauptverfahrenskammer erlässt ein einheitliches Urteil. ³Besteht keine Einstimmigkeit, so enthält das Urteil der Hauptverfahrenskammer die Auffassungen der Mehrheit und die der Minderheit. ⁴Das Urteil oder eine Zusammenfassung des Urteils wird in öffentlicher Sitzung verkündet.

Art. 75 Wiedergutmachung für die Opfer. (1) ¹Der Gerichtshof stellt Grundsätze für die Wiedergutmachung auf, die an oder in Bezug auf die Opfer

zu leisten ist, einschließlich Rückerstattung, Entschädigung und Rehabilitation. ²Auf dieser Grundlage kann der Gerichtshof in seiner Entscheidung entweder auf Antrag oder unter außergewöhnlichen Umständen aus eigener Initiative den Umfang und das Ausmaß des Schadens, Verlustes oder Nachteils feststellen, der den Opfern oder in Bezug auf die Opfer entstanden ist, wobei er die Grundsätze nennt, aufgrund deren er tätig wird.

(2) ¹Der Gerichtshof kann eine Anordnung unmittelbar gegen den Verurteilten erlassen, in der er die den Opfern oder in Bezug auf die Opfer zu leistende angemessene Wiedergutmachung, wie Rückerstattung, Entschädigung und Rehabilitation, im Einzelnen festlegt. ²Gegebenenfalls kann der Gerichtshof anordnen, dass die zuerkannte Wiedergutmachung über den in Artikel 79 vorgesehenen Treuhandfonds erfolgt.

(3) Vor Erlass einer Anordnung nach diesem Artikel kann der Gerichtshof zu Eingaben seitens oder zugunsten des Verurteilten, der Opfer, anderer interessierter Personen oder interessierter Staaten auffordern, die er berücksichtigt.

(4) In Wahrnehmung seiner Befugnis nach diesem Artikel kann der Gerichtshof, nachdem eine Person wegen eines der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens verurteilt worden ist, entscheiden, ob es notwendig ist, Maßnahmen nach Artikel 93 Absatz 1 treffen zu lassen, um eine von ihm nach dem vorliegenden Artikel erlassene Anordnung in Kraft zu setzen.

(5) Ein Vertragsstaat setzt eine nach diesem Artikel ergangene Entscheidung in Kraft, als fände Artikel 109 auf diesen Artikel Anwendung.

(6) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als beeinträchtige er die Rechte der Opfer nach einzelstaatlichem Recht oder nach dem Völkerrecht.

Art. 76 Strafspruch. (1) Im Fall einer Verurteilung prüft die Hauptverfahrenskammer die zu verhängende angemessene Strafe und berücksichtigt dabei die während der Verhandlung beigebrachten Beweismittel und die Anträge, die für den Strafspruch von Bedeutung sind.

(2) Sofern nicht Artikel 65 Anwendung findet und vor Abschluss der Verhandlung kann die Hauptverfahrenskammer aus eigener Initiative beziehungsweise muss sie auf Antrag des Anklägers oder des Angeklagten in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung eine weitere mündliche Verhandlung abhalten, um zusätzliche Beweismittel oder Anträge entgegenzunehmen, die für den Strafspruch von Bedeutung sind.

(3) Findet Absatz 2 Anwendung, so werden Eingaben nach Artikel 75 bei der in Absatz 2 genannten weiteren mündlichen Verhandlung und erforderlichenfalls bei jeder zusätzlichen mündlichen Verhandlung entgegengenommen.

(4) Die Strafe wird in öffentlicher Sitzung und soweit möglich in Anwesenheit des Angeklagten verkündet.

Teil 7. Strafen

Art. 77 Anwendbare Strafen. (1) Vorbehaltlich des Artikels 110 kann der Gerichtshof über eine Person, die wegen eines in Artikel 5 dieses Statuts genannten Verbrechens verurteilt worden ist, eine der folgenden Strafen verhängen:

- a) eine zeitlich begrenzte Freiheitsstrafe bis zu einer Höchstdauer von 30 Jahren;
- b) eine lebenslange Freiheitsstrafe, wenn dies durch die außergewöhnliche Schwere des Verbrechens und die persönlichen Verhältnisse des Verurteilten gerechtfertigt ist.

(2) Neben der Freiheitsstrafe kann der Gerichtshof folgendes anordnen:

- a) eine Geldstrafe nach den in der Verfahrens- und Beweisordnung enthaltenen Kriterien;
- b) die Einziehung des Erlöses, des Eigentums und der Vermögensgegenstände, die unmittelbar oder mittelbar aus diesem Verbrechen stammen, unbeschadet der Rechte gutgläubiger Dritter.

Art. 78 Festsetzung der Strafe. (1) Bei der Festsetzung der Strafe berücksichtigt der Gerichtshof in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung Faktoren wie die Schwere des Verbrechens und die persönlichen Verhältnisse des Verurteilten.

(2) ¹Bei der Verhängung einer Freiheitsstrafe rechnet der Gerichtshof die aufgrund seiner Anordnung zuvor in Haft verbrachte Zeit an. ²Der Gerichtshof kann alle sonst im Zusammenhang mit dem Verhalten, das dem Verbrechen zugrunde liegt, in Haft verbrachten Zeiten anrechnen.

(3) ¹Ist eine Person mehr als eines Verbrechens für schuldig befunden worden, so verhängt der Gerichtshof eine Strafe für jedes Verbrechen und eine Gesamtstrafe unter Angabe der Gesamtlänge der Freiheitsstrafe. ²Diese darf nicht kürzer sein als die höchste verhängte Einzelstrafe; sie darf 30 Jahre Freiheitsentzug oder eine lebenslange Freiheitsstrafe entsprechend Artikel 77 Absatz 1 Buchstabe b nicht überschreiten.

Art. 79 Treuhandfonds. (1) Auf Beschluss der Versammlung der Vertragsstaaten wird zugunsten der Opfer von Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegen, und der Angehörigen der Opfer ein Treuhandfonds errichtet.

(2) Der Gerichtshof kann anordnen, dass durch Geldstrafen oder Einziehung erlangte Gelder und sonstiges Eigentum auf Anordnung des Gerichtshofs an den Treuhandfonds überwiesen werden.

(3) Der Treuhandfonds wird nach Kriterien verwaltet, die von der Versammlung der Vertragsstaaten festzulegen sind.

Art. 80 Unberührtheit der einzelstaatlichen Anwendung von Strafen und einzelstaatlichen Rechtsvorschriften. Dieser Teil lässt die Anwendung der in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen Strafen durch die Staaten ebenso unberührt wie die Rechtsvorschriften von Staaten, welche die in diesem Teil vorgesehenen Strafen nicht kennen.

Teil 8. Berufung und Wiederaufnahme

Art. 81 Berufung gegen Frei- oder Schuldspruch oder gegen den Strafspruch. (1) Gegen ein Urteil nach Artikel 74 kann in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung wie folgt Berufung eingelegt werden:

- a) Der Ankläger kann aus einem der folgenden Gründe Berufung einlegen:

- i) Verfahrensfehler,
 - ii) fehlerhafte Tatsachenfeststellung oder
 - iii) fehlerhafte Rechtsanwendung.
- b) Der Verurteilte oder zu seinen Gunsten der Ankläger kann aus einem der folgenden Gründe Berufung einlegen:
- i) Verfahrensfehler,
 - ii) fehlerhafte Tatsachenfeststellung,
 - iii) fehlerhafte Rechtsanwendung oder
 - iv) jeder andere Grund, der die Fairness oder Verlässlichkeit des Verfahrens oder des Urteils beeinträchtigt.

(2)

- a) Gegen den Strafspruch kann der Ankläger oder der Verurteilte in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung wegen der Unverhältnismäßigkeit zwischen Verbrechen und Strafmaß Berufung einlegen.
- b) Gelangt der Gerichtshof aus Anlass einer Berufung gegen den Strafspruch zu der Auffassung, dass Gründe für eine vollständige oder teilweise Aufhebung des Schuldspruchs vorliegen, so kann er den Ankläger und den Verurteilten auffordern, Gründe nach Absatz 1 Buchstabe a oder b vorzubringen; er kann in Übereinstimmung mit Artikel 83 eine Entscheidung über den Schuldspruch fällen.
- c) Das gleiche Verfahren findet Anwendung, wenn der Gerichtshof aus Anlass einer allein gegen den Schuldspruch gerichteten Berufung zu der Auffassung gelangt, dass Gründe für die Herabsetzung des Strafmaßes nach Absatz 2 Buchstabe a vorliegen.

(3)

- a) Soweit die Hauptverfahrenskammer nichts anderes anordnet, bleibt ein Verurteilter während des Berufungsverfahrens in Haft.
- b) Überschreitet die Haftzeit eines Verurteilten die verhängte Freiheitsstrafe, so wird er freigelassen; hat indessen der Ankläger ebenfalls Berufung eingelegt, so kann die Haftentlassung nach Maßgabe der unter Buchstabe c genannten Bedingungen erfolgen.
- c) Im Fall eines Freispruchs wird der Angeklagte vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen sofort freigelassen:
- i) unter außergewöhnlichen Umständen und mit Rücksicht unter anderem auf die konkrete Fluchtgefahr, die Schwere der zur Last gelegten Straftat und die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Ausgangs der Berufung kann die Hauptverfahrenskammer auf Antrag des Anklägers den Freigesprochenen während des Berufungsverfahrens weiterhin in Haft halten;
 - ii) gegen eine Entscheidung der Hauptverfahrenskammer nach Buchstabe c Ziffer i kann in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung Beschwerde eingelegt werden.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 3 Buchstaben a und b wird die Vollstreckung des Urteils beziehungsweise der Strafe während der zulässigen Berufsungsfrist und für die Dauer des Berufungsverfahrens ausgesetzt.

Art. 82 Beschwerde gegen sonstige Entscheidungen. (1) Jede der Parteien kann in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung gegen jede der nachstehenden Entscheidungen Beschwerde einlegen:

- a) eine Entscheidung betreffend die Gerichtsbarkeit oder Zulässigkeit;
- b) eine Entscheidung, mit der die Haftentlassung der Person, gegen die sich die Ermittlungen oder die Strafverfolgung richten, gewährt beziehungsweise abgelehnt wird;
- c) eine Entscheidung der Vorverfahrenskammer, nach Artikel 56 Absatz 3 aus eigener Initiative tätig zu werden;
- d) eine Entscheidung betreffend eine Frage, welche die faire und zügige Durchführung des Verfahrens oder das Ergebnis des Hauptverfahrens maßgeblich beeinflussen würde und deren sofortige Regelung durch die Berufungskammer das Verfahren nach Auffassung der Vorverfahrenskammer oder der Hauptverfahrenskammer wesentlich voranbringen kann.

(2) ¹Gegen eine Entscheidung der Vorverfahrenskammer nach Artikel 57 Absatz 3 Buchstabe d kann der betroffene Staat beziehungsweise der Ankläger mit Zustimmung der Vorverfahrenskammer Beschwerde einlegen. ²Über die Beschwerde wird beschleunigt verhandelt.

(3) Eine Beschwerde hat nur dann aufschiebende Wirkung, wenn die Berufungskammer dies auf entsprechenden Antrag in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung anordnet.

(4) Der gesetzliche Vertreter der Opfer, der Verurteilte oder ein gutgläubiger Eigentümer von Vermögensgegenständen, auf die sich eine Anordnung nach Artikel 75 nachteilig aufwirkt, kann entsprechend der Verfahrens- und Beweisordnung gegen die Anordnung zur Leistung von Wiedergutmachung Beschwerde einlegen.

Art. 83 Berufungsverfahren. (1) Für die Zwecke eines Verfahrens nach Artikel 81 und diesem Artikel verfügt die Berufungskammer über alle Befugnisse der Hauptverfahrenskammer.

(2) ¹Befindet die Berufungskammer, dass es dem Verfahren, gegen das Berufung eingelegt wurde, in einer Weise an Fairness mangelte, dass die Verlässlichkeit des Urteils oder des Strafspruchs beeinträchtigt wurde, oder dass das Urteil oder der Strafspruch, gegen die Berufung eingelegt wurde, durch fehlerhafte Tatsachenfeststellung, fehlerhafte Rechtsanwendung oder Verfahrensfehler wesentlich beeinträchtigt wurde, so kann sie

- a) das Urteil oder den Strafspruch aufheben oder abändern oder
- b) eine neue Verhandlung vor einer anderen Hauptverfahrenskammer anordnen.

²Zu diesem Zweck kann die Berufungskammer eine Tatsachenfrage an die ursprüngliche Hauptverfahrenskammer zur Entscheidung und entsprechenden Berichterstattung zurückverweisen, oder sie kann selbst Beweis erheben, um die Frage zu entscheiden. ³Wenn nur der Verurteilte oder zu seinen Gunsten der Ankläger Berufung gegen das Urteil oder den Strafspruch eingelegt hat, kann das Urteil oder der Strafspruch nicht zum Nachteil des Verurteilten abgeändert werden.

(3) Stellt die Berufungskammer bei einer Berufung gegen den Strafspruch fest, dass das Strafmaß in keinem Verhältnis zum Verbrechen steht, so kann sie das Strafmaß in Übereinstimmung mit Teil 7 abändern.

(4) ¹Das Urteil der Berufungskammer ergeht mit der Stimmenmehrheit der Richter; es wird in öffentlicher Sitzung verkündet. ²Das Urteil enthält eine Urteilsbegründung. ³Besteht keine Einstimmigkeit, so enthält das Urteil die Auffassung der Mehrheit und die der Minderheit, doch können die Richter auch persönliche oder abweichende Meinungen zu Rechtsfragen abgeben.

(5) Die Berufungskammer kann ihr Urteil in Abwesenheit des Freigesprochenen oder des Verurteilten verkünden.

Art. 84 Wiederaufnahme des Verfahrens hinsichtlich des Schuldspruchs oder des Strafspruchs. (1) Der Verurteilte oder nach seinem Tod sein Ehepartner, seine Kinder, Eltern oder eine zum Zeitpunkt des Todes des Verurteilten lebende Person, die vom Verurteilten ausdrücklich schriftliche Anweisungen erhalten hat, einen solchen Antrag zu stellen, oder zugunsten des Verurteilten der Ankläger können bei der Berufungskammer einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens hinsichtlich des rechtskräftigen Schuldspruchs oder Strafspruchs stellen mit der Begründung, dass

- a) neue Beweismittel bekannt geworden sind, die
 - i) zum Zeitpunkt der Verhandlung nicht vorlagen, ohne dass dies ganz oder teilweise der antragstellenden Partei zuzuschreiben war, und
 - ii) so wichtig sind, dass sie wahrscheinlich zu einem anderen Urteil geführt hätten, wenn sie während der Verhandlung entsprechend gewürdigt worden wären;
- b) erst jetzt entdeckt wurde, dass entscheidende Beweismittel, die bei der Verhandlung berücksichtigt wurden und auf denen der Schuldspruch beruht, falsch sind, ge- oder verfälscht wurden;
- c) ein oder mehrere an dem Schuldspruch oder der Bestätigung der Anklage beteiligte Richter in dieser Sache eine so schwere Verfehlung oder Amtspflichtverletzung begangen haben, dass ihre Amtsenthebung nach Artikel 46 gerechtfertigt ist.

(2) ¹Die Berufungskammer verwirft den Wiederaufnahmeantrag, wenn sie ihn für unbegründet hält. ²Erachtet sie den Antrag als begründet, so kann sie je nach Sachlage

- a) die ursprüngliche Hauptverfahrenskammer wieder einberufen;
 - b) eine neue Hauptverfahrenskammer bilden oder
 - c) selbst die Zuständigkeit für die Angelegenheit behalten,
- mit dem Ziel, nach Anhörung der Parteien in einer der Verfahrens- und Beweisordnung entsprechenden Weise zu entscheiden, ob das Urteil revidiert werden soll.

Art. 85 Entschädigung an Festgenommene oder Verurteilte. (1) Jeder, der unrechtmäßig festgenommen oder in Haft gehalten worden ist, hat einen Anspruch auf Entschädigung.

(2) Ist jemand wegen einer strafbaren Handlung rechtskräftig verurteilt und ist das Urteil später aufgehoben worden, weil eine neue oder neu bekannt gewordene Tatsache schlüssig beweist, dass ein Fehlurteil vorlag, so ist derjeni-

ge, der aufgrund eines solchen Urteils eine Strafe verbüßt hat, nach rechtlichen Vorschriften zu entschädigen, sofern nicht nachgewiesen wird, dass das nicht rechtzeitige Bekanntwerden der betreffenden Tatsache ganz oder teilweise ihm zuzuschreiben ist.

(3) Unter außergewöhnlichen Umständen kann der Gerichtshof, wenn er schlüssige Tatsachen feststellt, aus denen hervorgeht, dass es zu einem schwerwiegenden und offenkundigen Fehler gekommen ist, nach eigenem Ermessen in Übereinstimmung mit den in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehenen Kriterien einer Person Entschädigung zuerkennen, die nach einem rechtskräftigen Freispruch oder einer aus diesem Grund erfolgten Verfahrenseinstellung aus der Haft entlassen worden ist.

Teil 9. Internationale Zusammenarbeit und Rechtshilfe

Art. 86 Allgemeine Verpflichtung zur Zusammenarbeit. Die Vertragsstaaten arbeiten nach Maßgabe dieses Statuts bei den Ermittlungen von der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechen und bei deren strafrechtlicher Verfolgung uneingeschränkt mit dem Gerichtshof zusammen.

Art. 87 Ersuchen um Zusammenarbeit: Allgemeine Bestimmungen.

(1)

- a) Der Gerichtshof ist befugt, die Vertragsstaaten um Zusammenarbeit zu ersuchen. Diese Ersuchen werden auf diplomatischem oder jedem sonstigen geeigneten Weg übermittelt, den die Vertragsstaaten bei der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Statuts oder dem Beitritt dazu festlegen. Spätere Änderungen der Festlegung werden von jedem Vertragsstaat in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung vorgenommen.
- b) Gegebenenfalls können unbeschadet des Buchstabens a die Ersuchen auch über die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation oder eine geeignete Regionalorganisation übermittelt werden.

(2) ¹ Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen werden in einer Amtssprache des ersuchten Staates oder einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs abgefasst, oder sie werden von einer Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet, entsprechend der Wahl, die der Staat bei der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Statuts oder dem Beitritt dazu getroffen hat. ² Spätere Änderungen dieser Wahl werden in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung vorgenommen.

(3) Der ersuchte Staat behandelt ein Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu seiner Begründung beigefügten Unterlagen vertraulich, soweit eine Offenlegung nicht für die Erledigung des Ersuchens erforderlich ist.

(4) ¹ In Bezug auf die nach diesem Teil gestellten Rechtshilfeersuchen kann der Gerichtshof alle notwendigen Maßnahmen treffen, einschließlich Maßnahmen zum Schutz von Informationen, um die Sicherheit oder das körperliche oder seelische Wohl der Opfer, möglichen Zeugen und deren Angehörigen zu gewährleisten. ² Der Gerichtshof kann darum ersuchen, dass alle nach diesem Teil zur Verfügung gestellten Informationen in einer Weise bereitgestellt und gehandhabt werden, welche die Sicherheit und das körperliche oder seelische Wohl der Opfer, möglichen Zeugen und deren Angehörigen schützt.

(5)

- a) Der Gerichtshof kann jeden Staat, der nicht Vertragspartei dieses Statuts ist, ersuchen, aufgrund einer Ad-hoc-Vereinbarung, einer Übereinkunft mit diesem Staat oder auf jeder anderen geeigneten Grundlage Unterstützung nach diesem Teil zu leisten.
- b) Leistet ein Staat, der nicht Vertragspartei dieses Statuts ist und der eine Ad-hoc-Vereinbarung oder eine Übereinkunft mit dem Gerichtshof getroffen hat, einem aufgrund der Vereinbarung oder einer Übereinkunft gestellten Ersuchen um Zusammenarbeit nicht Folge, so kann der Gerichtshof die Versammlung der Vertragsstaaten oder, wenn der Sicherheitsrat die Angelegenheit dem Gerichtshof unterbreitet hat, den Sicherheitsrat davon unterrichten.

(6) ¹Der Gerichtshof kann jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen, Informationen oder Unterlagen beizubringen. ²Der Gerichtshof kann auch um andere Formen der Zusammenarbeit und Unterstützung bitten, die mit dieser Organisation vereinbart werden und mit ihrer Zuständigkeit oder ihrem Auftrag vereinbar sind.

(7) Leistet ein Vertragsstaat entgegen diesem Statut einem Ersuchen des Gerichtshofs um Zusammenarbeit nicht Folge und hindert er dadurch den Gerichtshof an der Wahrnehmung seiner Aufgaben und Befugnisse aufgrund dieses Statuts, so kann der Gerichtshof eine entsprechende Feststellung treffen und die Angelegenheit der Versammlung der Vertragsstaaten oder, wenn der Sicherheitsrat die Angelegenheit dem Gerichtshof unterbreitet hat, dem Sicherheitsrat übergeben.

Art. 88 Nach innerstaatlichem Recht zur Verfügung stehende Verfahren. Die Vertragsstaaten sorgen dafür, dass in ihrem innerstaatlichen Recht für alle in diesem Teil vorgesehenen Formen der Zusammenarbeit Verfahren zur Verfügung stehen.

Art. 89 Überstellung von Personen an den Gerichtshof. (1) ¹Der Gerichtshof kann jedem Staat, in dessen Hoheitsgebiet sich eine Person vermutlich befindet, ein Ersuchen um Festnahme und Überstellung dieser Person samt den in Artikel 91 genannten zu seiner Begründung beigefügten Unterlagen übermitteln und diesen Staat um Zusammenarbeit bei der Festnahme und Überstellung der Person ersuchen. ²Die Vertragsstaaten leisten Ersuchen um Festnahme und Überstellung in Übereinstimmung mit diesem Teil und den in ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Verfahren Folge.

(2) ¹Führt die Person, um deren Überstellung ersucht wurde, vor einem innerstaatlichen Gericht auf der Grundlage des in Artikel 20 festgelegten Grundsatzes ne bis in idem die Überstellung an, so konsultiert der ersuchte Staat sofort den Gerichtshof, um festzustellen, ob eine entsprechende Entscheidung über die Zulässigkeit ergangen ist. ²Ist die Sache zulässig, so fährt der ersuchte Staat mit der Erledigung des Ersuchens fort. ³Steht eine Zulässigkeitsentscheidung noch aus, so kann der ersuchte Staat die Erledigung des Ersuchens um Überstellung so lange aufschieben, bis der Gerichtshof eine Entscheidung über die Zulässigkeit fällt.

(3)

- a) Ein Vertragsstaat genehmigt in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Verfahrensrecht die Beförderung einer von einem anderen Staat an den Gerichtshof überstellten Person durch sein Hoheitsgebiet, soweit nicht die Durchbeförderung durch diesen Staat die Überstellung verhindern oder verzögern würde.
- b) Ein Durchbeförderungersuchen des Gerichtshofs wird in Übereinstimmung mit Artikel 87 übermittelt. Das Durchbeförderungersuchen enthält
 - i) eine Beschreibung der zu befördernden Person,
 - ii) eine kurze Darlegung des Sachverhalts und dessen rechtliche Würdigung und
 - iii) den Haftbefehl und das Überstellungsersuchen.
- c) Während der Durchbeförderung ist die beförderte Person in Haft zu halten.
- d) Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn die Person auf dem Luftweg befördert wird und eine Zwischenlandung im Hoheitsgebiet des Durchbeförderungsstaats nicht vorgesehen ist.
- e) Kommt es zu einer unvorhergesehenen Zwischenlandung im Hoheitsgebiet des Durchbeförderungsstaats, so kann dieser Staat den Gerichtshof um ein Durchbeförderungersuchen nach Buchstabe b ersuchen. Der Durchbeförderungssaat hält die beförderte Person so lange in Haft, bis das Durchbeförderungersuchen eingetroffen und die Durchbeförderung erfolgt ist; die Haft im Sinne dieses Buchstabens darf 96 Stunden von der unvorhergesehenen Zwischenlandung an nicht überschreiten, es sei denn, das Ersuchen geht innerhalb dieser Frist ein.

(4) Wird im ersuchten Staat gegen die gesuchte Person gerichtlich vorgegangen oder verbüßt sie dort eine Strafe wegen eines anderen Verbrechens als desjenigen, dessentwegen die Überstellung an den Gerichtshof verlangt wird, so konsultiert der ersuchte Staat den Gerichtshof, nachdem er beschlossen hat, dem Ersuchen stattzugeben.

Art. 90 Konkurrierende Ersuchen. (1) Ein Vertragsstaat, der ein Ersuchen des Gerichtshofs um Überstellung einer Person nach Artikel 89 und außerdem von einem anderen Staat ein Ersuchen um Auslieferung derselben Person wegen desselben Verhaltens erhält, das die Grundlage für das Verbrechen bildet, dessentwegen der Gerichtshof um die Überstellung der Person ersucht, teilt dies dem Gerichtshof und dem ersuchenden Staat mit.

(2) Ist der ersuchende Staat ein Vertragsstaat, so räumt der ersuchte Staat dem Ersuchen des Gerichtshofs Vorrang ein, wenn

- a) der Gerichtshof nach Artikel 18 oder 19 entschieden hat, dass die Sache, derentwegen die Überstellung verlangt wird, zulässig ist, und bei seiner Entscheidung die Ermittlungen oder die Strafverfolgung des ersuchenden Staates in Bezug auf dessen Auslieferungersuchen berücksichtigt hat, oder
- b) der Gerichtshof die unter Buchstabe a beschriebene Entscheidung aufgrund der Mitteilung des ersuchten Staates nach Absatz 1 trifft.

(3) ¹ Wurde keine Entscheidung nach Absatz 2 Buchstabe a getroffen, so kann der ersuchte Staat nach eigenem Ermessen bis zur Entscheidung des Gerichtshofs nach Absatz 2 Buchstabe b das Auslieferungersuchen des ersuchenden Staates weiterbehandeln, liefert die Person jedoch nicht aus, bis der

Gerichtshof entschieden hat, dass die Sache unzulässig ist.² Die Entscheidung des Gerichtshofs wird beschleunigt gefällt.

(4) Handelt es sich beim ersuchenden Staat um einen Staat, der nicht Vertragspartei dieses Statuts ist, so räumt der ersuchte Staat, sofern er nicht völkerrechtlich verpflichtet ist, die Person an den ersuchenden Staat auszuliefern, dem Überstellungsersuchen des Gerichtshofs Vorrang ein, wenn der Gerichtshof entschieden hat, dass die Sache zulässig ist.

(5) Hat der Gerichtshof nicht entschieden, dass eine Sache nach Absatz 4 zulässig ist, so kann der ersuchte Staat nach eigenem Ermessen das Auslieferungsersuchen des ersuchenden Staates weiterbehandeln.

(6)¹ Findet Absatz 4 Anwendung, ist der ersuchte Staat jedoch völkerrechtlich verpflichtet, die Person an den ersuchenden Staat, der nicht Vertragspartei dieses Statuts ist, auszuliefern, so entscheidet der ersuchte Staat, ob er die Person an den Gerichtshof überstellt oder an den ersuchenden Staat ausliefert.² Bei seiner Entscheidung berücksichtigt der ersuchte Staat alle maßgeblichen Umstände, insbesondere, jedoch nicht ausschließlich,

- a) das jeweilige Datum der Ersuchen,
- b) die Interessen des ersuchenden Staates, darunter gegebenenfalls die Frage, ob das Verbrechen in seinem Hoheitsgebiet begangen wurde, und die Staatsangehörigkeit der Opfer und der gesuchten Person und
- c) die Möglichkeit einer späteren Überstellung der Person zwischen dem Gerichtshof und dem ersuchenden Staat.

(7) Erhält ein Vertragsstaat vom Gerichtshof ein Ersuchen um Überstellung einer Person und außerdem von einem Staat ein Ersuchen um Auslieferung derselben Person wegen eines anderen Verhaltens als desjenigen, das den Tatbestand des Verbrechens erfüllt, dessentwegen der Gerichtshof die Überstellung der Person verlangt,

- a) so räumt der ersuchte Staat, soweit er nicht völkerrechtlich verpflichtet ist, die Person an den ersuchenden Staat auszuliefern, dem Ersuchen des Gerichtshofs Vorrang ein;
- b) so entscheidet der ersuchte Staat, sofern er völkerrechtlich verpflichtet ist, die Person an den ersuchenden Staat auszuliefern, ob er die Person an den Gerichtshof überstellt oder an den ersuchenden Staat ausliefert. Bei seiner Entscheidung berücksichtigt der ersuchte Staat alle maßgeblichen Umstände, insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, die in Absatz 6 genannten Umstände; besondere Berücksichtigung finden dabei jedoch das Wesen und die Schwere des fraglichen Verhaltens im jeweiligen Fall.

(8) Hat der Gerichtshof aufgrund einer Mitteilung nach diesem Artikel entschieden, dass eine Sache unzulässig ist, und wird später die Auslieferung an den ersuchenden Staat abgelehnt, so teilt der ersuchte Staat dem Gerichtshof diese Entscheidung mit.

Art. 91 Inhalt des Festnahme- und Überstellungsersuchens. (1)¹ Ein Festnahme- und Überstellungsersuchen erfolgt schriftlich.² In dringenden Fällen kann ein Ersuchen über jedes Medium erfolgen, das in der Lage ist, eine schriftliche Aufzeichnung zu hinterlassen; allerdings muss das Ersuchen auf dem in Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a vorgesehenen Weg bestätigt werden.

(2) Ein Ersuchen um Festnahme und Überstellung einer Person, gegen die von der Vorverfahrenskammer ein Haftbefehl nach Artikel 58 erlassen wurde, enthält beziehungsweise wird begleitet durch

- a) eine Beschreibung der gesuchten Person, die ausreicht, um sie zu identifizieren, sowie Angaben über den Ort, an dem sie sich vermutlich aufhält,
- b) eine Abschrift des Haftbefehls und
- c) die Unterlagen, Erklärungen oder Informationen, die erforderlich sind, um den Vorschriften für das Überstellungsverfahren im ersuchten Staat Genüge zu tun; diese Vorschriften sollen jedoch keine größere Belastung als die auf Auslieferungsersuchen aufgrund von Verträgen oder Vereinbarungen zwischen dem ersuchten Staat und anderen Staaten anwendbaren Vorschriften darstellen; sie sollen vielmehr unter Berücksichtigung des besonderen Charakters des Gerichtshofs möglichst eine geringere Belastung darstellen.

(3) Ein Ersuchen um Festnahme und Überstellung eines bereits Verurteilten enthält beziehungsweise wird begleitet durch

- a) eine Abschrift jedes Haftbefehls gegen diese Person,
- b) eine Abschrift des Schuldspruchs,
- c) Informationen, aus denen hervorgeht, dass es sich bei der gesuchten Person um diejenige handelt, die im Schuldspruch genannt ist, und
- d) wenn ein Strafspruch gegen die gesuchte Person ergangen ist, eine Abschrift des Strafspruchs, und im Fall einer Freiheitsstrafe eine Erklärung über die bereits verbüßte und die noch zu verbüßende Freiheitsstrafe.

(4) ¹Auf Ersuchen des Gerichtshofs konsultiert ein Vertragsstaat den Gerichtshof entweder allgemein oder in Bezug auf eine bestimmte Angelegenheit hinsichtlich aller Vorschriften seines innerstaatlichen Rechts, die nach Absatz 2 Buchstabe c Anwendung finden können. ²Dabei setzt der Vertragsstaat den Gerichtshof von den besonderen Vorschriften seines innerstaatlichen Rechts in Kenntnis.

Art. 92 Vorläufige Festnahme. (1) In dringenden Fällen kann der Gerichtshof bis zur Vorlage des Überstellungsersuchens und der in Artikel 91 genannten Unterlagen um vorläufige Festnahme der gesuchten Person ersuchen.

(2) Das Ersuchen um vorläufige Festnahme kann über jedes Medium erfolgen, das in der Lage ist, eine schriftliche Aufzeichnung zu hinterlassen; es enthält

- a) eine Beschreibung der gesuchten Person, die ausreicht, um sie zu identifizieren, sowie Angaben über den Ort, an dem sie sich vermutlich aufhält,
- b) eine knappe Darstellung der Verbrechen, derentwegen die Festnahme der gesuchten Person verlangt wird, sowie der Tatsachen, die angeblich den Tatbestand dieser Verbrechen erfüllen, einschließlich, soweit möglich, des Datums und des Ortes der Verbrechenbegehung,
- c) eine Erklärung über das Vorliegen eines Haftbefehls oder eines Schuldspruchs gegen die gesuchte Person und
- d) eine Erklärung, dass ein Überstellungsersuchen nachgereicht werden wird.

(3) ¹Eine vorläufig festgenommene Person kann aus der Haft entlassen werden, wenn der ersuchte Staat das Überstellungsersuchen und die in Artikel 91 genannten Unterlagen nicht innerhalb der in der Verfahrens- und

Beweisordnung vorgesehenen Fristen erhalten hat. ²Die Person kann jedoch vor Ablauf dieser Frist der Überstellung zustimmen, wenn das Recht des ersuchten Staates dies zulässt. ³In diesem Fall nimmt der ersuchte Staat ihre Überstellung an den Gerichtshof so bald wie möglich vor.

(4) Die Tatsache, dass die gesuchte Person nach Absatz 3 aus der Haft entlassen wurde, schließt ihre spätere Festnahme und Überstellung nicht aus, wenn das Überstellungsersuchen und die beigefügten Unterlagen zu einem späteren Zeitpunkt übermittelt werden.

Art. 93 Andere Formen der Zusammenarbeit. (1) Die Vertragsstaaten entsprechen in Übereinstimmung mit diesem Teil und nach den im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Verfahren den Ersuchen des Gerichtshofs um die nachstehenden Formen der Rechtshilfe im Zusammenhang mit Ermittlungen oder Strafverfolgungen:

- a) Identifizierung und Feststellung des Verbleibs von Personen oder Lokalisierung von Gegenständen,
- b) Beweisaufnahme, einschließlich beeideter Zeugenaussagen, und Beibringung von Beweismitteln, einschließlich Sachverständigengutachten und Berichten, die der Gerichtshof benötigt,
- c) Vernehmung von Personen, gegen die ermittelt wird oder die strafrechtlich verfolgt werden,
- d) Zustellung von Unterlagen, einschließlich gerichtlicher Schriftstücke,
- e) Erleichterung des freiwilligen Erscheinens von Personen als Zeugen oder Sachverständige vor dem Gerichtshof,
- f) zeitweilige Übergabe von Personen nach Absatz 7,
- g) Untersuchung von Orten oder Stätten, einschließlich Exhumierung und Untersuchung von Grabstätten,
- h) Durchführung von Durchsuchungen und Beschlagnahmen,
- i) Beibringung von Akten und Unterlagen, einschließlich amtlicher Akten und Unterlagen,
- j) Schutz von Opfern und Zeugen und Sicherstellung von Beweismitteln,
- k) Identifizierung, Aufspüren und Einfrieren oder Beschlagnahme von Erlösen, Eigentum und Vermögensgegenständen sowie Tatwerkzeugen zum Zweck der späteren Einziehung, unbeschadet der Rechte gutgläubiger Dritter, und
- l) jede andere Form der Rechtshilfe, die nach dem Recht des ersuchten Staates nicht verboten ist, mit dem Ziel, die Ermittlungen in Bezug auf Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegen, und deren strafrechtliche Verfolgung zu erleichtern.

(2) Der Gerichtshof ist befugt, einem vor dem Gerichtshof erscheinenden Zeugen oder Sachverständigen die Zusicherung zu geben, dass er wegen einer Handlung oder Unterlassung, die vor seiner Abreise aus dem ersuchten Staat erfolgte, vom Gerichtshof nicht strafrechtlich verfolgt, in Haft genommen oder einer sonstigen Einschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wird.

(3) ¹Ist die Durchführung einer in einem Ersuchen nach Absatz 1 genannten besonderen Rechtshilfemaßnahme im ersuchten Staat aufgrund eines bestehenden, allgemein gültigen wesentlichen Rechtsgrundsatzes verboten, so konsultiert der ersuchte Staat umgehend den Gerichtshof, um zu versuchen, die Angelegenheit zu regeln. ²Dabei sollte geprüft werden, ob die Rechtshilfe auf

andere Weise oder unter bestimmten Bedingungen geleistet werden kann.³ Kann die Angelegenheit auch nach den Konsultationen nicht geregelt werden, so ändert der Gerichtshof das Ersuchen soweit erforderlich ab.

(4) Ein Vertragsstaat kann ein Rechtshilfeersuchen nur dann nach Artikel 72 ganz oder teilweise ablehnen, wenn das Ersuchen die Beibringung von Unterlagen oder die Offenlegung von Beweismitteln betrifft, die seine nationale Sicherheit betreffen.

(5) Vor Ablehnung eines Rechtshilfeersuchens nach Absatz 1 Buchstabe 1 prüft der ersuchte Staat, ob die Rechtshilfe unter bestimmten Bedingungen oder zu einem späteren Zeitpunkt oder auf andere Art und Weise geleistet werden kann; nimmt der Gerichtshof oder der Ankläger jedoch die Rechtshilfe unter diesen Bedingungen an, so muss sich der Gerichtshof oder der Ankläger an diese Bedingungen halten.

(6) Wird ein Rechtshilfeersuchen abgelehnt, so setzt der ersuchte Vertragsstaat den Gerichtshof oder den Ankläger umgehend von den Gründen für die Ablehnung in Kenntnis.

(7)

a) Der Gerichtshof kann um zeitweilige Übergabe eines Häftlings zum Zweck der Identifizierung, der Vernehmung oder einer sonstigen Form der Rechtshilfe ersuchen. Der Häftling kann unter den folgenden Bedingungen übergeben werden:

- i) er gibt aus freien Stücken in Kenntnis sämtlicher Umstände seine Zustimmung zur Übergabe, und
- ii) der ersuchte Staat stimmt der Übergabe unter den zwischen ihm und dem Gerichtshof vereinbarten Bedingungen zu.

b) Die übergebene Person bleibt in Haft. Sind die Zwecke der Übergabe erfüllt, so sorgt der Gerichtshof für ihre unverzügliche Rücküberstellung an den ersuchten Staat.

(8)

a) Der Gerichtshof stellt die Vertraulichkeit der Unterlagen und Informationen sicher, soweit die in dem Ersuchen beschriebenen Ermittlungen und Verfahren nichts anderes erfordern.

b) Der ersuchte Staat kann dem Ankläger, soweit notwendig, Unterlagen oder Informationen vertraulich übermitteln. Diese können vom Ankläger sodann nur zum Zweck der Erlangung neuer Beweismittel benutzt werden.

c) Der ersuchte Staat kann von sich aus oder auf Ersuchen des Anklägers später der Offenlegung dieser Unterlagen oder Informationen zustimmen. Sie können sodann nach den Teilen 5 und 6 und in Übereinstimmung mit der Verfahrens- und Beweisordnung als Beweismittel verwendet werden.

(9)

a) i) Erhält ein Vertragsstaat vom Gerichtshof und im Rahmen einer völkerrechtlichen Verpflichtung von einem anderen Staat konkurrierende Ersuchen zu einem anderen Zweck als zur Überstellung oder Auslieferung, so bemüht sich der Vertragsstaat nach Rücksprache mit dem Gerichtshof und dem anderen Staat, beiden Ersuchen nachzukommen, indem er, soweit erforderlich, das eine oder das andere Ersuchen zurückstellt oder Bedingungen damit verknüpft.

- ii) Andernfalls werden konkurrierende Ersuchen nach den in Artikel 90 festgelegten Grundsätzen geregelt.
 - b) Betrifft das Ersuchen des Gerichtshofs jedoch Informationen, Eigentum oder Personen, die aufgrund einer internationalen Übereinkunft der Verfügungsgewalt eines Drittstaats oder einer internationalen Organisation unterliegen, so setzt der ersuchte Staat den Gerichtshof davon in Kenntnis; der Gerichtshof richtet sein Ersuchen dann an den Drittstaat oder die internationale Organisation.
- (10)
- a) Der Gerichtshof kann auf entsprechendes Ersuchen mit einem Vertragsstaat zusammenarbeiten und ihm Rechtshilfe leisten, wenn dieser Staat Ermittlungen oder ein Verfahren durchführt wegen eines Verhaltens, das den Tatbestand eines der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegenden Verbrechens oder eines schweren Verbrechens nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchenden Staates erfüllt.
 - b) i) Die nach Buchstabe a geleistete Rechtshilfe umfasst unter anderem
 - a. die Übermittlung von Erklärungen, Unterlagen oder sonstigen Beweismitteln, die im Lauf der Ermittlungen oder des Verfahrens erlangt worden sind, welche der Gerichtshof durchgeführt hat, und
 - b. die Vernehmung einer auf Anordnung des Gerichtshofs inhaftierten Person;
 - ii) im Fall der Rechtshilfe nach Ziffer i Unterabsatz a gilt folgendes:
 - a. Wurden die Unterlagen oder sonstigen Beweismittel mit Hilfe eines Staates erlangt, so bedarf die Übermittlung seiner Zustimmung;
 - b. wurden die Erklärungen, Unterlagen oder sonstigen Beweismittel durch einen Zeugen oder Sachverständigen beigebracht, so erfolgt die Übermittlung vorbehaltlich des Artikels 68.
 - c) Der Gerichtshof kann unter den in diesem Absatz genannten Bedingungen einem von einem Staat, der nicht Vertragspartei dieses Statuts ist, gestellten Rechtshilfeersuchen nach diesem Absatz stattgeben.

Art. 94 Aufschub der Erledigung eines Ersuchens wegen laufender Ermittlungen oder laufender Strafverfolgung. (1) ¹Würde die sofortige Erledigung eines Ersuchens die laufenden Ermittlungen oder die laufende Strafverfolgung in einer anderen Sache als derjenigen beeinträchtigen, auf die sich das Ersuchen bezieht, so kann der ersuchte Staat die Erledigung des Ersuchens um eine mit dem Gerichtshof vereinbarte Zeitspanne aufschieben. ²Der Aufschub darf jedoch nicht länger dauern, als notwendig ist, um die entsprechenden Ermittlungen oder die Strafverfolgung im ersuchten Staat zum Abschluss zu bringen. ³Vor der Entscheidung über den Aufschub soll der ersuchte Staat prüfen, ob die erbetene Rechtshilfe unter bestimmten Bedingungen sofort geleistet werden kann.

(2) Wird nach Absatz 1 ein Aufschub beschlossen, so kann der Ankläger dennoch nach Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe j um Maßnahmen zur Beweissicherung ersuchen.

(2) Wird nach Absatz 1 ein Aufschub beschlossen, so kann der Ankläger dennoch nach Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe j um Maßnahmen zur Beweissicherung ersuchen.

Art. 95 Aufschub der Erledigung eines Ersuchens wegen Anfechtung der Zulässigkeit. Prüft der Gerichtshof eine Anfechtung der Zulässigkeit nach Artikel 18 oder 19, so kann der ersuchte Staat die Erledigung eines Ersuchens

nach diesem Teil bis zu einer Entscheidung durch den Gerichtshof aufschieben, sofern der Gerichtshof nicht ausdrücklich angeordnet hat, dass der Ankläger die Beweisaufnahme nach Artikel 18 oder 19 fortsetzen kann.

Art. 96 Inhalt eines Ersuchens um andere Formen der Rechtshilfe nach Artikel 93. (1) ¹Ein Ersuchen um die in Artikel 93 genannten anderen Formen der Rechtshilfe erfolgt schriftlich. ²In dringenden Fällen kann ein Ersuchen über jedes Medium erfolgen, das in der Lage ist, eine schriftliche Aufzeichnung zu hinterlassen; allerdings muss das Ersuchen auf dem in Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a vorgesehenen Weg bestätigt werden.

(2) Das Ersuchen enthält beziehungsweise wird begleitet durch, soweit anwendbar,

- a) eine knappe Darstellung des Zweckes des Ersuchens und der erbetenen Rechtshilfe, einschließlich der Rechtsgrundlage und der Gründe für das Ersuchen,
- b) möglichst ausführliche Informationen über den Aufenthaltsort oder die Identifizierung von Personen oder die Orte, die gefunden oder identifiziert werden müssen, damit die erbetene Rechtshilfe geleistet werden kann,
- c) eine knappe Darstellung des wesentlichen Sachverhalts, der dem Ersuchen zugrunde liegt,
- d) die Gründe für alle einzuhaltenden Verfahren oder Bedingungen und deren Einzelheiten,
- e) alle Informationen, die nach dem Recht des ersuchten Staates erforderlich sind, damit dem Ersuchen entsprochen werden kann, und
- f) alle sonstigen Informationen, die von Bedeutung sind, damit die erbetene Rechtshilfe geleistet werden kann.

(3) ¹Auf Ersuchen des Gerichtshofs konsultiert ein Vertragsstaat den Gerichtshof entweder allgemein oder in Bezug auf eine bestimmte Angelegenheit hinsichtlich aller Vorschriften seines innerstaatlichen Rechts, die nach Absatz 2 Buchstabe e Anwendung finden können. ²Dabei setzt der Vertragsstaat den Gerichtshof von den besonderen Vorschriften seines innerstaatlichen Rechts in Kenntnis.

(4) Dieser Artikel findet gegebenenfalls auch auf ein an den Gerichtshof gerichtetes Rechtshilfeersuchen Anwendung.

Art. 97 Konsultationen. ¹Erhält ein Vertragsstaat ein Ersuchen aufgrund dieses Teiles, in dessen Zusammenhang er Probleme feststellt, welche die Erledigung des Ersuchens be- oder verhindern können, so konsultiert der Vertragsstaat unverzüglich den Gerichtshof, um die Angelegenheit zu regeln. ²Bei diesen Problemen kann es sich unter anderem um folgendes handeln:

- a) unzureichende Informationen für die Erledigung des Ersuchens,
- b) im Fall eines Überstellungsersuchens der Umstand, dass die gesuchte Person trotz aller Anstrengungen nicht ausfindig gemacht werden kann oder dass die Ermittlungen ergeben haben, dass die im ersuchten Staat befindliche Person eindeutig nicht die im Haftbefehl genannte Person ist, oder
- c) der Umstand, dass die Erledigung des Ersuchens in seiner derzeitigen Form vom ersuchten Staat verlangen würde, eine gegenüber einem anderen Staat bereits bestehende vertragliche Verpflichtung zu verletzen.

Art. 98 Zusammenarbeit im Hinblick auf den Verzicht auf Immunität und die Zustimmung zur Überstellung. (1) Der Gerichtshof darf kein Überstellungs- oder Rechtshilfeersuchen stellen, das vom ersuchten Staat verlangen würde, in Bezug auf die Staatenimmunität oder die diplomatische Immunität einer Person oder des Eigentums eines Drittstaats entgegen seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu handeln, sofern der Gerichtshof nicht zuvor die Zusammenarbeit des Drittstaats im Hinblick auf den Verzicht auf Immunität erreichen kann.

(2) Der Gerichtshof darf kein Überstellungsersuchen stellen, das vom ersuchten Staat verlangen würde, entgegen seinen Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften zu handeln, denen zufolge die Überstellung eines Angehörigen des Entsendestaats an den Gerichtshof der Zustimmung dieses Staates bedarf, sofern der Gerichtshof nicht zuvor die Zusammenarbeit des Entsendestaats im Hinblick auf die Zustimmung zur Überstellung erreichen kann.

Art. 99 Erledigung von Ersuchen nach den Artikeln 93 und 96.

(1) Rechtshilfeersuchen werden nach dem im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Verfahren und, soweit durch dieses Recht nicht verboten, in der in dem Ersuchen angegebenen Weise erledigt; in diesem Sinne hält der ersuchte Staat insbesondere jedes beschriebene Verfahren ein oder gestattet den im Ersuchen genannten Personen, bei der Erledigung anwesend und behilflich zu sein.

(2) Im Fall eines dringenden Ersuchens werden die beigebrachten Unterlagen oder Beweismittel auf Ersuchen des Gerichtshofs beschleunigt versandt.

(3) Antworten des ersuchten Staates werden in ihrer Originalsprache und -form übermittelt.

(4) Unbeschadet anderer Artikel dieses Teiles kann der Ankläger, sofern dies für die erfolgreiche Erledigung eines Ersuchens notwendig ist, das ohne Zwangsmaßnahmen erledigt werden kann – so insbesondere auch die Befragung einer Person oder die Beweiserhebung von ihr auf freiwilliger Grundlage, einschließlich einer solchen Vorgehensweise in Abwesenheit der Behörden des ersuchten Vertragsstaats, falls dies für die Erledigung des Ersuchens entscheidend ist, und die nicht mit der Vornahme von Veränderungen verbundene Untersuchung einer öffentlichen Stätte oder eines sonstigen öffentlichen Ortes – dieses Ersuchen wie folgt unmittelbar im Hoheitsgebiet eines Staates erledigen:

- a) Wenn der ersuchte Vertragsstaat der Staat ist, in dessen Hoheitsgebiet das Verbrechen begangen worden sein soll, und nach Artikel 18 oder 19 eine Entscheidung ergangen ist, dass die Sache zulässig ist, kann der Ankläger das Ersuchen nach sämtlichen möglichen Konsultationen mit dem ersuchten Vertragsstaat unmittelbar erledigen;
- b) In anderen Fällen kann der Ankläger das Ersuchen nach Konsultationen mit dem ersuchten Vertragsstaat und unter allen sinnvollen Bedingungen oder Anliegen dieses Vertragsstaats erledigen. Stellt der ersuchte Vertragsstaat Probleme bei der Erledigung eines Ersuchens nach diesem Buchstaben fest, so konsultiert er unverzüglich den Gerichtshof, um die Angelegenheit zu regeln.

(5) Die Bestimmungen, aufgrund deren es einer vom Gerichtshof angehörtten oder vernommenen Person nach Artikel 72 gestattet ist, Einschränkungen

geltend zu machen, um die Offenlegung vertraulicher Informationen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit zu verhindern, finden auch auf die Erledigung von Rechtshilfeersuchen nach diesem Artikel Anwendung.

Art. 100 Kosten. (1) Die gewöhnlichen Kosten der Erledigung von Ersuchen im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates gehen zu dessen Lasten, mit Ausnahme folgender Kosten, die zu Lasten des Gerichtshofs gehen:

- a) Kosten im Zusammenhang mit den Reisen und der Sicherheit von Zeugen und Sachverständigen oder der Übergabe von Häftlingen nach Artikel 93,
- b) Übersetzungs-, Dolmetsch- und Transkriptionskosten,
- c) Reisekosten und Tagegelder für die Richter, den Ankläger, die Stellvertretenden Ankläger, den Kanzler, den Stellvertretenden Kanzler und das Personal der Organe des Gerichtshofs,
- d) Kosten etwaiger vom Gerichtshof angeforderter Sachverständigengutachten oder -berichte,
- e) Kosten im Zusammenhang mit der Beförderung einer Person, die vom Gewahrsamsstaat an den Gerichtshof überstellt wird, und
- f) nach Konsultationen alle außergewöhnlichen Kosten, die sich aus der Erledigung eines Ersuchens ergeben können.

(2) ¹ Absatz 1 gilt entsprechend auch für Ersuchen, die von Vertragsstaaten an den Gerichtshof gerichtet werden. ²In diesem Fall trägt der Gerichtshof die gewöhnlichen Kosten der Erledigung.

Art. 101 Grundsatz der Spezialität. (1) Eine Person, die aufgrund dieses Statuts an den Gerichtshof überstellt wird, darf nicht wegen eines anderen vor der Überstellung begangenen Verhaltens strafrechtlich verfolgt, bestraft oder in Haft genommen werden, als desjenigen Verhaltens oder derjenigen Verhaltensweise, welche die Grundlage der Verbrechen bildet, derentwegen sie überstellt wird.

(2) ¹Der Gerichtshof kann den Staat, der die Person an den Gerichtshof überstellt hat, darum ersuchen, ihn von den Anforderungen des Absatzes 1 zu befreien; der Gerichtshof bringt bei Bedarf zusätzliche Informationen nach Artikel 91 bei. ²Die Vertragsstaaten sind befugt und sollen sich bemühen, dem Gerichtshof diese Befreiung zu gewähren.

Art. 102 Begriffsbestimmungen. Im Sinne dieses Statuts

- a) bedeutet „Überstellung“ die Verbringung einer Person durch einen Staat an den Gerichtshof aufgrund dieses Statuts;
- b) bedeutet „Auslieferung“ die in einem Vertrag, einem Übereinkommen oder dem innerstaatlichen Recht vorgesehene Verbringung einer Person durch einen Staat in einen anderen Staat.

Teil 10. Vollstreckung

Art. 103 Rolle der Staaten bei der Vollstreckung von Freiheitsstrafen.

(1)

- a) Eine Freiheitsstrafe wird in einem Staat verbüßt, der vom Gerichtshof anhand einer Liste von Staaten bestimmt wird, die dem Gerichtshof ihre Bereitschaft bekundet haben, Verurteilte zu übernehmen.

- b) Zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Staat seine Bereitschaft zur Übernahme von Verurteilten bekundet, kann er mit Zustimmung des Gerichtshofs und in Übereinstimmung mit diesem Teil Bedingungen an die Übernahme knüpfen.
- c) Ein Staat, der im Einzelfall bestimmt wird, setzt den Gerichtshof umgehend davon in Kenntnis, ob er die vom Gerichtshof vorgenommene Bestimmung anerkennt.

(2)

- a) Der Vollstreckungsstaat teilt dem Gerichtshof alle Umstände mit, namentlich die Anwendung von nach Absatz 1 vereinbarten Bedingungen, die sich wesentlich auf die Bedingungen oder die Länge der Freiheitsstrafe auswirken könnten. Solche bekannten oder vorhersehbaren Umstände sind dem Gerichtshof mindestens 45 Tage im voraus mitzuteilen. Während dieser Frist ergreift der Vollstreckungsstaat keine Maßnahmen, die zu seinen Verpflichtungen nach Artikel 110 im Widerspruch stehen könnten.
- b) Kann sich der Gerichtshof mit den unter Buchstabe a genannten Umständen nicht einverstanden erklären, so teilt er dies dem Vollstreckungsstaat mit und verfährt in Übereinstimmung mit Artikel 104 Absatz 1.

(3) In Ausübung seines Ermessens bei der Bestimmung eines Vollstreckungsstaats nach Absatz 1 berücksichtigt der Gerichtshof

- a) den Grundsatz, dass die Vertragsstaaten sich in Übereinstimmung mit den in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehenen Grundsätzen der ausgewogenen Verteilung die Verantwortung für die Strafvollstreckung teilen sollen,
- b) die Anwendung allgemein anerkannter Normen völkerrechtlicher Verträge betreffend die Behandlung von Strafgefangenen,
- c) die Auffassung des Verurteilten,
- d) die Staatsangehörigkeit des Verurteilten und
- e) sonstige Faktoren im Zusammenhang mit den Umständen des Verbrechens, dem Verurteilten oder der wirksamen Strafvollstreckung, die für die Bestimmung des Vollstreckungsstaats in Betracht kommen.

(4) ¹ Wird nach Absatz 1 kein Staat bestimmt, so wird die Freiheitsstrafe in einer Vollzugsanstalt verbüßt, die der Gaststaat entsprechend den Bedingungen des in Artikel 3 Absatz 2 genannten Sitzabkommens zur Verfügung gestellt hat.

² In diesem Fall werden die Kosten der Strafvollstreckung vom Gerichtshof getragen.

Art. 104 Wechsel der Bestimmung des Vollstreckungsstaats. (1) Der Gerichtshof kann jederzeit beschließen, einen Verurteilten in eine Vollzugsanstalt eines anderen Staates zu verlegen.

(2) Ein Verurteilter kann jederzeit beim Gerichtshof eine Verlegung aus dem Vollstreckungsstaat beantragen.

Art. 105 Vollstreckung der Strafe. (1) Vorbehaltlich der von einem Staat in Übereinstimmung mit Artikel 103 Absatz 1 Buchstabe b erklärten Bedingungen ist die verhängte Freiheitsstrafe für die Vertragsstaaten bindend und darf von ihnen nicht geändert werden.

(2) ¹Der Gerichtshof allein hat das Recht, über einen Berufungs- und Wiederaufnahmevertrag zu entscheiden. ²Der Vollstreckungsstaat hindert einen Verurteilten nicht daran, einen solchen Antrag zu stellen.

Art. 106 Aufsicht über die Strafvollstreckung und Haftbedingungen.

(1) Die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe unterliegt der Aufsicht des Gerichtshofs; sie steht im Einklang mit den allgemein anerkannten Normen völkerrechtlicher Verträge betreffend die Behandlung von Strafgefangenen.

(2) Die Haftbedingungen werden durch das Recht des Vollstreckungsstaats geregelt; sie stehen im Einklang mit den allgemein anerkannten Normen völkerrechtlicher Verträge betreffend die Behandlung von Strafgefangenen; sie dürfen keinesfalls günstiger oder ungünstiger sein als diejenigen für Strafgefangene, die im Vollstreckungsstaat wegen ähnlicher Straftaten verurteilt wurden.

(3) Der Verkehr zwischen einem Verurteilten und dem Gerichtshof ist ungehindert und vertraulich.

Art. 107 Verbringung einer Person nach verbüßter Strafe. (1) Eine Person, die nicht Staatsangehörige des Vollstreckungsstaats ist, kann nach verbüßter Strafe, sofern der Vollstreckungsstaat der Person nicht den Verbleib in seinem Hoheitsgebiet gestattet, in Übereinstimmung mit dem Recht des Vollstreckungsstaats in einen Staat verbracht werden, der zu ihrer Aufnahme verpflichtet ist, oder in einen anderen Staat, der in ihre Aufnahme einwilligt, wobei die Wünsche der in diesen Staat zu verbringenden Person mitberücksichtigt werden.

(2) Werden die aus der Verbringung der Person in einen anderen Staat nach Absatz 1 entstehenden Kosten nicht von einem Staat getragen, so trägt sie der Gerichtshof.

(3) Vorbehaltlich des Artikels 108 kann der Vollstreckungsstaat in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht die Person auch an einen Staat ausliefern oder auf andere Weise überstellen, der um ihre Auslieferung oder Überstellung zum Zweck eines Strafverfahrens oder der Strafvollstreckung ersucht hat.

Art. 108 Einschränkung der Strafverfolgung oder Bestrafung wegen anderer Straftaten. (1) Ein Verurteilter im Gewahrsam des Vollstreckungsstaats darf für Handlungen, die er vor seiner Verbringung in den Vollstreckungsstaat vorgenommen hat, nicht strafrechtlich verfolgt, bestraft oder an einen Drittstaat ausgeliefert werden, es sei denn, der Gerichtshof hat diese Maßnahme auf Ersuchen des Vollstreckungsstaats genehmigt.

(2) Der Gerichtshof entscheidet die Angelegenheit nach Anhörung des Verurteilten.

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Verurteilte freiwillig länger als 30 Tage im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats bleibt, nachdem er die gesamte vom Gerichtshof verhängte Strafe verbüßt hat, oder wenn er in das Hoheitsgebiet dieses Staates zurückkehrt, nachdem er es verlassen hatte.

Art. 109 Vollstreckung von Geldstrafen und Einziehungsanordnungen. (1) Die Vertragsstaaten vollstrecken Geldstrafen oder eine Einziehung, die der Gerichtshof nach Teil 7 angeordnet hat, unbeschadet der Rechte gutgläubi-

ger Dritter und in Übereinstimmung mit dem Verfahren ihres innerstaatlichen Rechts.

(2) Ist ein Vertragsstaat nicht in der Lage, eine angeordnete Einziehung zu vollstrecken, so trifft er Maßnahmen zur Eintreibung des Gegenwerts der Erlöse, des Eigentums oder der Vermögensgegenstände, deren Einziehung der Gerichtshof angeordnet hatte, unbeschadet der Rechte gutgläubiger Dritter.

(3) Eigentum oder die Erlöse aus dem Verkauf von Grundeigentum oder gegebenenfalls dem Verkauf anderen Eigentums, die ein Vertragsstaat durch die Vollstreckung eines Urteils des Gerichtshofs erlangt, werden auf den Gerichtshof übertragen.

Art. 110 Überprüfung einer Herabsetzung des Strafmaßes durch den Gerichtshof. (1) Der Vollstreckungsstaat entlässt den Verurteilten nicht vor Ablauf der vom Gerichtshof verhängten Strafe aus dem Strafvollzug.

(2) Der Gerichtshof allein hat das Recht, über eine Herabsetzung des Strafmaßes zu entscheiden; er trifft seine Entscheidung in der Angelegenheit nach Anhörung des Verurteilten.

(3) ¹ Hat der Verurteilte zwei Drittel seiner Strafe oder bei lebenslanger Freiheitsstrafe 25 Jahre verbüßt, so überprüft der Gerichtshof die Strafe, um zu entscheiden, ob sie herabgesetzt werden soll. ² Diese Überprüfung findet nicht vor dem genannten Zeitpunkt statt.

(4) Bei seiner Überprüfung nach Absatz 3 kann der Gerichtshof das Strafmaß herabsetzen, wenn er feststellt, dass einer oder mehrere der nachstehenden Faktoren gegeben sind:

- a) die frühzeitige und fortgesetzte Bereitschaft des Verurteilten, mit dem Gerichtshof bei seinen Ermittlungen und Strafverfolgungen zusammenzuarbeiten,
- b) die freiwillige Hilfe des Verurteilten bei der Durchsetzung von Entscheidungen und Anordnung des Gerichtshofs in anderen Sachen, insbesondere die Hilfe bei der Lokalisierung von Vermögensgegenständen, hinsichtlich deren eine Geldstrafe, eine Einziehung oder eine Wiedergutmachung angeordnet wurde und die zugunsten der Opfer verwendet werden können, oder
- c) sonstige in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehene Faktoren, die eine deutliche und beachtliche Änderung der Verhältnisse erkennen lassen, die ausreicht, um eine Herabsetzung des Strafmaßes zu rechtfertigen.

(5) Stellt der Gerichtshof bei seiner ersten Überprüfung nach Absatz 3 fest, dass eine Herabsetzung des Strafmaßes nicht angebracht ist, so überprüft er die Frage einer Herabsetzung des Strafmaßes danach in den Zeitabständen und nach den Kriterien, die in der Verfahrens- und Beweisordnung vorgesehen sind.

Art. 111 Flucht. ¹ Entweicht ein Verurteilter aus der Haft und flieht er aus dem Vollstreckungsstaat, so kann dieser Staat nach Rücksprache mit dem Gerichtshof den Staat, in dem sich der Flüchtige aufhält, aufgrund bestehender zweiseitiger oder mehrseitiger Übereinkünfte um dessen Überstellung ersuchen oder den Gerichtshof ersuchen, die Überstellung des Flüchtligen in Übereinstimmung mit Teil 9 zu erwirken. ² Der Gerichtshof kann verfügen, dass der Flüchtige in den Staat, in dem er die Strafe verbüßt, oder in einen anderen vom Gerichtshof bestimmten Staat verbracht wird.

Teil 11. Versammlung der Vertragsstaaten

Art. 112 Versammlung der Vertragsstaaten. (1) ¹Hiermit wird die Versammlung der Vertragsstaaten dieses Statuts gebildet. ²Jeder Vertragsstaat hat einen Vertreter in der Versammlung, der von Stellvertretern und Beratern begleitet sein kann. ³Andere Staaten, die dieses Statut oder die Schlussakte unterzeichnet haben, können als Beobachter an der Versammlung teilnehmen.

(2) Die Versammlung

- a) erörtert Empfehlungen der Vorbereitungskommission und nimmt sie gegebenenfalls an;
- b) hat die Aufsicht über das Präsidium, den Ankläger und den Kanzler betreffend die Verwaltung des Gerichtshofs;
- c) erörtert die Berichte und Tätigkeiten des nach Absatz 3 geschaffenen Büros und trifft diesbezüglich die entsprechenden Maßnahmen;
- d) erörtert und beschließt den Haushalt des Gerichtshofs;
- e) beschließt, ob in Übereinstimmung mit Artikel 36 die Anzahl der Richter zu ändern ist;
- f) erörtert nach Artikel 87 Absätze 5 und 7 jede Frage in Bezug auf fehlende Zusammenarbeit;
- g) nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die mit diesem Statut oder der Verfahrens- und Beweisordnung vereinbar sind.

(3)

- a) Die Versammlung hat ein Büro, das aus einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und achtzehn von der Versammlung für eine dreijährige Amtszeit gewählten Mitgliedern besteht.
- b) Das Büro hat repräsentativen Charakter, insbesondere unter Berücksichtigung einer ausgewogenen geografischen Verteilung und einer angemessenen Vertretung der hauptsächlichen Rechtssysteme der Welt.
- c) Das Büro tritt so oft wie nötig, mindestens jedoch einmal im Jahr zusammen. Es hilft der Versammlung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

(4) Die Versammlung kann Nebenorgane einsetzen, soweit dies erforderlich ist, einschließlich einer unabhängigen Aufsichtsinstanz für die Inspektion, Bewertung und Überprüfung des Gerichtshofs, mit dem Ziel, seine Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

(5) Der Präsident des Gerichtshofs, der Ankläger und der Kanzler oder ihre Stellvertreter können nach Bedarf an den Sitzungen der Versammlung und des Büros teilnehmen.

(6) ¹Die Versammlung tritt einmal im Jahr am Sitz des Gerichtshofs oder am Sitz der Vereinten Nationen zusammen; wenn die Umstände es erfordern, hält sie außerordentliche Tagungen ab. ²Soweit dieses Statut nichts anderes bestimmt, beruft das Büro die außerordentlichen Tagungen entweder von sich aus oder auf Ersuchen eines Drittels der Vertragsstaaten ein.

(7) ¹Jeder Vertragsstaat hat eine Stimme. ²Es werden alle Anstrengungen unternommen, um Entscheidungen in der Versammlung und im Büro durch Konsens zu treffen. ³Wenn kein Konsens erzielt werden kann und das Statut nichts anderes bestimmt,

- a) müssen Beschlüsse über Sachfragen von der Zweidrittelmehrheit der Anwesenden und Abstimmenden angenommen werden, wobei die Versammlung beschlussfähig ist, wenn die absolute Mehrheit der Vertragsstaaten vertreten ist;
- b) werden Beschlüsse über Verfahrensfragen von der einfachen Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten gefasst.

(8) ¹Ein Vertragsstaat, der mit der Zahlung seiner finanziellen Beiträge zur Deckung der Kosten des Gerichtshofs im Rückstand ist, hat in der Versammlung und im Büro kein Stimmrecht, wenn die Höhe seiner Rückstände den Betrag seiner Beiträge für die vorangegangenen zwei vollen Jahre erreicht oder übersteigt. ²Die Versammlung kann ihm jedoch die Ausübung des Stimmrechts in der Versammlung und im Büro gestatten, wenn nach ihrer Überzeugung der Zahlungsverzug auf Umstände zurückzuführen ist, die der Vertragsstaat nicht zu vertreten hat.

(9) Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

(10) Die Amts- und Arbeitssprachen der Versammlung sind diejenigen der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Teil 12. Finanzierung

Art. 113 Finanzvorschriften. Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, werden alle finanziellen Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Gerichtshof und den Sitzungen der Versammlung der Vertragsstaaten, einschließlich ihres Büros und ihrer Nebenorgane, durch dieses Statut sowie durch die von der Versammlung der Vertragsstaaten angenommenen Finanzvorschriften und Finanzordnung geregelt.

Art. 114 Kostenregelung. Die Kosten des Gerichtshofs und der Versammlung der Vertragsstaaten einschließlich ihres Büros und ihrer Nebenorgane werden aus den finanziellen Mitteln des Gerichtshofs bestritten.

Art. 115 Finanzielle Mittel des Gerichtshofs und der Versammlung der Vertragsstaaten. Die Kosten des Gerichtshofs und der Versammlung der Vertragsstaaten einschließlich ihres Büros und ihrer Nebenorgane, die in dem von der Versammlung der Vertragsstaaten beschlossenen Haushalt vorgesehen sind, werden aus folgenden Quellen bestritten:

- a) den berechneten Beiträgen der Vertragsstaaten;
- b) den von den Vereinten Nationen vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung bereitgestellten finanziellen Mitteln, insbesondere im Zusammenhang mit den Kosten, die infolge von durch den Sicherheitsrat unterbreiteten Situationen entstanden sind.

Art. 116 Freiwillige Beiträge. Unbeschadet des Artikels 115 kann der Gerichtshof von Regierungen, internationalen Organisationen, Einzelpersonen, Unternehmen und anderen Rechtsträgern in Übereinstimmung mit den von der Versammlung der Vertragsstaaten angenommenen diesbezüglichen Kriterien freiwillige Beiträge als zusätzliche finanzielle Mittel entgegennehmen und verwenden.

Art. 117 Beitragsberechnung. Die Beiträge der Vertragsstaaten werden nach einem vereinbarten Beitragsschlüssel berechnet, dem der von den Vereinten Nationen für ihren ordentlichen Haushalt beschlossene Beitragsschlüssel zu Grunde liegt und der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen angepasst wird, auf denen dieser Beitragsschlüssel beruht.

Art. 118 Jährliche Rechnungsprüfung. Die Unterlagen, Bücher und Konten des Gerichtshofs, einschließlich seiner Jahresabschlüsse, werden alljährlich von einem unabhängigen Rechnungsprüfer geprüft.

Teil 13. Schlussbestimmungen

Art. 119 Beilegung von Streitigkeiten. (1) Streitigkeiten über die richterlichen Aufgaben des Gerichtshofs werden durch eine Entscheidung des Gerichtshofs beigelegt.

(2) ¹Jede andere Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Statuts, die nicht binnen drei Monaten nach ihrem Beginn durch Verhandlung beigelegt wird, wird der Versammlung der Vertragsstaaten vorgelegt. ²Die Versammlung selbst kann die Streitigkeit beizulegen versuchen oder weitere Mittel der Streitbeilegung empfehlen, einschließlich der Vorlage an den Internationalen Gerichtshof in Übereinstimmung mit diesem Statut.

Art. 120 Vorbehalte. Vorbehalte zu diesem Statut sind nicht zulässig.

Art. 121 Änderungen. (1) ¹Nach Ablauf von sieben Jahren nach Inkrafttreten¹⁾ dieses Statuts kann jeder Vertragsstaat Änderungen des Statuts vorschlagen. ²Der Wortlaut jedes Änderungsvorschlags wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen unterbreitet, der ihn umgehend an alle Vertragsstaaten weiterleitet.

(2) ¹Frühestens drei Monate nach dem Zeitpunkt der Notifikation beschließt die nächste Versammlung der Vertragsstaaten auf ihrer nächsten Sitzung mit der Mehrheit der Anwesenden und Abstimmenden, ob der Vorschlag behandelt werden soll. ²Die Versammlung kann sich mit dem Vorschlag unmittelbar befassen oder eine Überprüfungskonferenz einberufen, wenn die Angelegenheit dies rechtfertigt.

(3) Die Annahme einer Änderung, über die auf einer Sitzung der Versammlung der Vertragsstaaten oder auf einer Überprüfungskonferenz kein Konsens erzielt werden kann, bedarf der Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten.

(4) Soweit in Absatz 5 nichts anderes vorgesehen ist, tritt eine Änderung für alle Vertragsstaaten ein Jahr nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem sieben Achtel der Vertragsstaaten ihre Ratifikations- oder Annahmeerkunden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt haben.

(5) ¹Eine Änderung der Artikel 5, 6, 7 und 8 dieses Statuts tritt für die Vertragsstaaten, welche die Änderung angenommen haben, ein Jahr nach Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Annahmeerkunde in Kraft. ²Hinsichtlich eines Vertragsstaats, der die Änderung nicht angenommen hat, übt der Ge-

¹⁾ In Kraft getreten – auch für die Bundesrepublik Deutschland – am 1.7.2002; vgl. hierzu Bek. v. 28.2.2003 (BGBl. 2003 II S. 293).

richtshof seine Gerichtsbarkeit über ein von der Änderung erfasstes Verbrechen nicht aus, wenn das Verbrechen von Staatsangehörigen des betreffenden Vertragsstaats oder in dessen Hoheitsgebiet begangen wurde.

(6) Ist eine Änderung in Übereinstimmung mit Absatz 4 von sieben Achtern der Vertragsstaaten angenommen worden, so kann ein Vertragsstaat, der die Änderung nicht angenommen hat, ungeachtet des Artikels 127 Absatz 1, jedoch vorbehaltlich des Artikels 127 Absatz 2 durch Kündigung spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten der Änderung mit sofortiger Wirkung von dem Statut zurücktreten.

(7) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen leitet eine auf einer Sitzung der Versammlung der Vertragsstaaten oder einer Überprüfungskonferenz angenommene Änderung an alle Vertragsstaaten weiter.

Art. 122 Änderungen der institutionellen Bestimmungen. (1) ¹Änderungen der Bestimmungen des Statuts, die ausschließlich institutioneller Art sind, nämlich Artikel 35, Artikel 36 Absätze 8 und 9, Artikel 37, Artikel 38, Artikel 39 Absätze 1 (Sätze 1 und 2), 2 und 4, Artikel 42 Absätze 4 bis 9, Artikel 43 Absätze 2 und 3 und die Artikel 44, 46, 47 und 49 können ungeachtet des Artikels 121 Absatz 1 jederzeit von einem Vertragsstaat vorgeschlagen werden. ²Der Wortlaut eines Änderungsvorschlags wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen oder einer von der Versammlung der Vertragsstaaten bestimmten anderen Person unterbreitet; diese oder der Generalsekretär leitet sie umgehend an alle Vertragsstaaten und die anderen Teilnehmer der Versammlung weiter.

(2) ¹Änderungen auf Grund dieses Artikels, über die kein Konsens erzielt werden kann, werden von der Versammlung der Vertragsstaaten oder von einer Überprüfungskonferenz mit Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten angenommen. ²Die Änderungen treten für alle Vertragsstaaten sechs Monate nach ihrer Annahme durch die Versammlung oder durch die Konferenz in Kraft.

Art. 123 Überprüfung des Statuts. (1) ¹Sieben Jahre nach Inkrafttreten¹⁾ dieses Statuts beruft der Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Überprüfungskonferenz zur Prüfung etwaiger Änderungen des Statuts ein. ²Eine solche Überprüfung kann insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, die in Artikel 5 enthaltene Liste der Verbrechen umfassen. ³Die Konferenz steht allen Teilnehmern der Versammlung der Vertragsstaaten zu denselben Bedingungen offen.

(2) Jederzeit danach beruft der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Ersuchen eines Vertragsstaats und für den in Absatz 1 genannten Zweck nach Genehmigung der Mehrheit der Vertragsstaaten eine Überprüfungskonferenz ein.

(3) Artikel 121 Absätze 3 bis 7 findet auf die Annahme und das Inkrafttreten jeder auf einer Überprüfungskonferenz behandelten Änderung des Statuts Anwendung.

Art. 124 (aufgehoben)

¹⁾ In Kraft getreten – auch für die Bundesrepublik Deutschland – am 1.7.2002; vgl. hierzu Bek. v. 28.2.2003 (BGBl. 2003 II S. 293).

Art. 125 Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt. (1) ¹Dieses Statut liegt am 17. Juli 1998 für alle Staaten am Sitz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in Rom zur Unterzeichnung auf. ²Danach liegt es bis zum 17. Oktober 1998 im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Italiens in Rom zur Unterzeichnung auf. ³Nach diesem Zeitpunkt liegt es bis zum 31. Dezember 2000 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

(2) ¹Dieses Statut bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten. ²Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

(3) ¹Dieses Statut steht allen Staaten zum Beitritt offen. ³Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Art. 126 Inkrafttreten. (1) Dieses Statut tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den sechzigsten Tag nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen folgt.

(2) Für jeden Staat, der das Statut nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitrifft, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den sechzigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde folgt.¹⁾

Art. 127 Rücktritt. (1) ¹Ein Vertragsstaat kann durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation von diesem Statut zurücktreten. ²Der Rücktritt wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam, sofern in der Notifikation nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist.

(2) ¹Der Rücktritt entbindet einen Staat nicht von den Verpflichtungen, einschließlich etwaiger finanzieller Verpflichtungen, die ihm als Vertragspartei dieses Statuts erwachsen sind. ²Sein Rücktritt berührt nicht eine etwaige Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof im Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen und Verfahren, bei denen der zurücktretende Staat zur Zusammenarbeit verpflichtet war und die begonnen wurden, bevor der Rücktritt wirksam wurde; er berührt auch nicht die weitere Behandlung einer Angelegenheit, mit welcher der Gerichtshof bereits befasst war, bevor der Rücktritt wirksam wurde.

Art. 128 Verbindliche Wortlaute. Die Urschrift dieses Statuts, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser leitet allen Staaten beglaubigte Abschriften zu.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Statut unterschrieben.

Geschehen zu Rom am 17. Juli 1998.

¹⁾ In Kraft getreten für die Bundesrepublik Deutschland am 1.7.2002; vgl. hierzu Bek. v. 28.2.2003 (BGBl. 2003 II S. 293).

Sachregister

Die fetten Zahl kennzeichnen die Nummern der Verträge, Beschlüsse usw. in dieser Ausgabe, die mageren Zahlen die jeweiligen Artikel oder sonstige Untergliederung innerhalb eines Textes

Abschaffung der Zwangsarbeit, Über-
einkommen 25 s. Zwangsarbeit, Über-
einkommen über die Abschaffung

Achtung vor Menschenrechten und
Grundfreiheiten 1 1, 50, 56, 2 Präam-
bel, 5 Präambel, 9 Präambel, 13 Präam-
bel, 13, 37 Präambel, 46 Präambel, 65
Präambel, 3, 66 Präambel, 67 Präambel

Adoption 15 16; 39 20f.

Afrikanische Charta der Menschenre-
chte und Rechte der Völker 67; afrikanische
Kommission für Menschenrechte (s.
auch dort) 67 30 ff.; Änderung 67 68;
Freiheitsrechte 67 6 ff., Gleichheitsrechte
67 3, 13, 15, 19; Inkrafttreten 67 63, 65;
Pflichten 67 27 ff.; Recht der Völker auf
Selbstbestimmung und Entwicklung 67
20 ff.; soziale Rechte 67 15 ff.; staatsbür-
gerliche Rechte 67 13; Staatenberichte 67
62; Staatenbeschwerde 67 47 ff.

Afrikanische Kommission für Men-
schenrechte und Rechte der Völker 67
30 ff.; Aufgaben 67 45; Beschlussfähigkeit
67 42; Geschäftsordnung 67 42; Mitglie-
der 67 31 ff.; Amtszeit 67 36 f.; Ausschei-
den 67 39; Wahl 67 33 ff., 64; Sekretariat
der Kommission 67 41; Staatenbeschwerde
67 47 ff.; Tätigkeitsbericht 67 54, 59; Un-
tersuchungsmethoden 67 46

Aggression, Jurisdiktion des Internationalen
Strafgerichtshofs 18 15bis, 15ter;
Straftatbestand 18 8bis

Akteneinsicht 64 41, 42

Amerikanische Menschenrechtskonven-
tion 66; Änderung 66 76; Auslegung 66
9; Bundesstaatsklausel 66 28; Einschrän-
kungen von Rechten 66 30, 32; Inter-
amerikanische Menschenrechtskommissi-
on 66 33 ff. (s. auch dort); Interamerika-
nischer Gerichtshof für Menschenrechte
66 33, 52 ff. (s. auch dort); Kündigung 66
78; Notstandsklausel 66 27; Pflichten 66
32; Rechte 66 3 ff.; Verpflichtungen der
Staaten 66 1 f., 25 f.

Apartheid 36 Präambel, 3 (s. auch Diskri-
minierungsverbot; Rassendiskriminie-
rung)

Arabische Charta der Menschenrechte
68; Arabischer Ausschuss für Menschen-

rechte 68 45; Notstand 68 4; Rechte 68
5 ff.; Staatenberichte 68 48

Arbeit von Ausländern 56 18 f.; und
Flüchtlinge 30 17 ff.; von Gefangenen 28
4, 96 ff.; Kinder- 13 10, 22 1, 39 32, 68
34; Mindestalter 56 7; Recht auf 2 23,
13 6, 36 5, 37 11, 44 27, 56 1, 64 15, 65
45, 68 34; und Staatenlose 33 17 ff. (s. a.
Arbeitsbedingungen; Zwangsarbeit)

Arbeitsbedingungen 2 23, 13 7, 39
32, 56 2f., 64 31, 65 34, 45, 67 15, 68
34; und Diskriminierungsverbot 13 7,
30 24, 33 24, 36 5, 56 20, 27; Unterrich-
tung und Anhörung im Unternehmen 56
21, 29, 64 27 (s. a. Arbeitsplatz, Arbeits-
zeit, Lohn, Urlaub)

Arbeitsentgelt s. Lohn

Arbeitslosigkeit, Schutz 2 23, 30 24, 36 5

Arbeitsplatz, freie Wahl 36 5, 56 1

Arbeitsvermittlung von Menschen mit
Behinderungen 56 9, 15; unentgeltliche
56 1; und Zwangsarbeit 23 6

Arbeitszeit 23 13, 16, 56 2; von Straffe-
ngenen 28 102; von Jugendlichen, 56 7

Armenrecht 30 16, 33 16, 54 100 ff., 64
19

Ärztliche Versorgung 13 12, 37 12, 65
33; von Inhaftierten 28 22 ff.; von ju-
gendlichen Arbeitnehmern 56 7; bei
Zwangsarbeit 23 17

Asylrecht 2 14, 64 18; 66 22, 67 12, 68 28

Ausbeutung, Prostitution 37 6; Schutz vor
39 36, 44 16

Ausbildung und Arbeitszeit 56 7, 10;
Bestimmungsrecht der Eltern 2 26;
von Frauen 37 10 f., 14; von Gefangenen
28 4, 98 f., 104; Gleichbehandlung
von Mann und Frau 56 20, 64 23;
von Kindern 39 23; Recht auf 30 22,
24, 33 22, 24, 36 5, 56 1, 10, 15, 64 14,
16; Ziele 2 26 (s. auch Bildung, Unter-
richt)

Ausbürgerung s. Staatsangehörigkeit,
Entzug

Auslieferung von Folterern 26 8; bei
Verschwindenlassen 19 13; wegen Völ-
kermord 16 VII

Ausreisefreiheit 2 13, 9 12, 36 5, 39 10,
48 2, 66 22, 67 12, 68 27

Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau 37 17 ff.; 38 1; Amtszeit der Mitglieder 37 17; Auffassungen und Empfehlungen bzgl. Mitteilungen 38 7; allgemeine Empfehlungen 37 21; Geschäftsordnung 39; Jahresbericht 37 9 21; Mitteilungen von Einzelpersonen und Personengruppen 38 2; Sitzungen 39 20; Staatenberichte 37 18; Teilnahme von Sonderorganisationen 37 22; Wahl der Mitglieder 37 17; Vorstand 37 19; Zusammensetzung 37 17

Ausschuss für die Rechte des Kindes 39 43 ff.; Beteiligung von Sonderorganisationen und des Kinderhilfswerks 39 45; Geschäftsordnung 39 43, 42 3; Staatenberichte 42 44, 43 8, 41 12; Staatenbeschwerdeverfahren 42 12; Untersuchungsverfahren 42 13 f.

Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 44 34, 45 1 ff.; Bericht 44 39; Beziehung zu Internationalen Organisationen 44 38; Prüfung von Berichten 44 36; Staatenberichte 44 35; Zusammenarbeit mit Vertragsstaaten 44 37; Zusammensetzung 44 34

Ausschuss für Menschenrechte s. Menschenrechtsausschuss (der UN)

Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Berichte der Sonderorganisationen 13 18, 15 66 ff.; Individualbeschwerden 14 1 ff., 15a; Jahresbericht 14 15; Prüfung der Staatenberichte 13 16, 15 61; Prüfung der Berichte der Sonderorganisationen 15 67; Staatenberichte 13 16 f., 15 58 ff.; Staatenbeschwerden 14 10, 15; Untersuchungsverfahren 14 11 f., 15; Verfahrensordnung 15 (s. auch dort); Vorschläge und Empfehlungen 13 19, 21–23, 15 64

Ausschuss gegen Folter s. Folterausschuss der UN

Ausschuss über das Verschwindenlassen 19 26; allgemeine Aussprache 20 56; allgemeine Bemerkungen 20 57; Dringlichkeitsmaßnahmen 19 30, 20 58 ff.; Jahresbericht 19 36; Mechanismus bei systematischem Verschwindenlassen 19 34, 20 102 ff.; Prüfung von Individualbeschwerden 19 31; – von Staatenberichten 19 29, 20 49 ff.; – von Staatenbeschwerden 19 32; Unterstützung bei Suche 19 30, 20 62; Untersuchung 19 33; Verfahrensordnung 20

Ausschuss zur Beseitigung der Rassen-diskriminierung 36 8 ff.; Geschäftsordnung 36 10; Individualbeschwerden 36 14; Jahresbericht 36 9, 15; Sekretariat 36 10;

Staatenberichte 36 9; Staatenbeschwerden 36 11 ff.; Vergleichskommission 36 12 f.; Vorstand 36 10; Wahl der Mitglieder 36 8; Zusammensetzung 36 8

Ausschuss zur Verhütung von Folter s. Folterausschuss, Europäischer

Auswanderung s. Ausreisefreiheit

Ausweisung 2 9, 9 13, 50 1, 66 22, 67 12, 68 26; mit Folter Bedrohter, Verbot 26 3; von Verschwindenlassen Bedrohter, Verbot 19 16; eigener Staatsangehöriger, Verbot 48 3, 66 22; Kollektiv- 48 4, 66 22, 67 12, 68 26; von Wanderarbeitnehmern 55 19

Banjul Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker s. Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker

Befreiungskampf 67 20

Begnadigung s. Gnadengesuch

Behinderungen, Menschen mit, Arbeitsvermittlung 56 15; Förderung 44 4; Frauen 44 6; im Freiheitsentzug 28 5; Hilfsmaßnahmen 39 23, 67 18; Kinder 44 7; Mobilität 44 20; Nichtdiskriminierung 44 5; Recht auf Berufsausbildung 56 10, 15; – auf soziale Eingliederung 39 23, 56 15; 68 40; Schutz 44 4, 68 40; Unterstützungsdienste 44 19; Zugangshindernisse, Beseitigung 44 9; Zugang zur Justiz 44 13

Behinderungen, Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit 44; Allgemeine Grundsätze 44 3; Allgemeine Verpflichtungen 44 4; Änderungen 44 47; Ausschuss (s. auch dort) 44 34; Bewusstseinsbildung 44 8; Euthanasie 44 10; Fakultativprotokoll 45; Frauen 44 6; innerstaatliche Umsetzung 44 33; Kinder 44 7; Konferenz der Vertragsstaaten 44 40; Nichtdiskriminierung 44 5; Staatenberichte 44 35; Teilhabe 44 26, 29, 30; Zugänglichkeit zu öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen 44 9; Zusammenarbeit 44 32

Berichtigung, Recht auf 66 14

Beruf, Ausbildung (s. dort); Ausübung, freie 64 15; beruflicher Aufstieg 13 7, 37 11; und Flüchtlinge 30 17 ff.; freie Wahl 2 23, 13 6, 36 5, 37 11, 56 1, 64 15; und Gleichberechtigung 37 11, 56 20, 64 23, 67 15; und Staatenlose 32 17 ff.

Berufsberatung von Frauen 37 10; Gleichbehandlung von Mann und Frau 56 20, 27; von Kindern 39 28; Recht auf 56 1, 9

Beschränkung von Freiheitsrechten 2 29, 9 4 f., 13 4, 64 52 (s. auch die einzelnen Freiheitsrechte)

Beschwerde s. Individualbeschwerde; Staatenbeschwerde

Bestrafung 66 5; der Beteiligung an rassen-diskriminierenden Organisationen 36 4; von Folter 26 4 ff.; der Propagierung von Rassenhass 36 4; der Sklaverei und des Sklavenhandels 21 6, 22 3, 6; des Verschwindenlassens 19 4 ff.; der Verstümmelung und Brandmarkung von Sklaven 22 5; des Völkermordes 16 I, III ff.

Besuche des Ausschusses gegen das Verschwindenlassen bei Verletzung der Bestimmungen 19 33; des Europ. Folteraus-schusses 58 7 ff.; an Orten der Freiheits-entziehung 27 4, Programm und Durchführung 27 13

Besuchsreisen und familiäre Bindungen 39 10

Bildung von Gefangenen 28 4, 64, 104 f.; im Menschenrechtsbereich 6 15, 16; Recht auf 2 26, 13 13, 39 28, 44 24, 47 2, 63 13, 64 14, 67 17, 68 41; Verbesserung der 39 28, 65 34, 47; Ziele 39 29; Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der 39 28 (s. auch Ausbildung; Unter-richt)

Biomedizin und Menschenwürde, Übereinkommen zum Schutz 60; Änderung 60 32; Anwendungsbereich, räumlich 60 35; Auskunftsrecht 60 10; Auslegung 60 29; Einschränkungen 60 26 f.; Einwilligung 60 5 ff., 17, 19 f., 22; Forschungsfreiheit 60 15 ff.; – an Embryo-nen 60 18; genetisch bedingte Krankheiten 60 12; Genom 60 13; Gesundheits-versorgung 60 3; Gewinnverbot 60 21; Identität 60 1, Integrität 60 1; Nichtdis-kriminierung 60 3, 11; öffentliche Dis-kussion 60 28; Privatsphäre 60 10; Proto-kolle 61, 62; Rechtsschutz 60 23; Scha-denersatz 60 24; Staatenberichte 60 30; Transplantation 60 19 f.; Verbot der Geschlechtswahl 60 14; Vorbehalte 60 36; Vorrang des menschlichen Lebens 60 2

Brandmarkung von Sklaven 22 5

Briefgeheimnis 2 12, 9 17, 39 16, 46 8, 64 7, 66 11, 68 21

Brüderlichkeit 2 1

Charta der Grundrechte der Europäi-schen Union 64; Anwendungsbereich 64 51; Bürgerrechte 64 39 ff.; Freiheiten 64 6 ff.; Gleichheit 64 20 ff.; justizielle Rechte 64 47 ff.; Solidarität 64 27 ff.; Würde des Menschen 64 1 ff.

Datenverarbeitung 64 8; genetische Daten 29 7, 60 10, 62 16; Rechtsschutz 64 8

Demokratie und Menschenrechte 5 18 (s. auch Wahlen; Wahlrecht)

Diskriminierung der Frau, Überein-kommen zur Beseitigung 37; Änder-ung 37 26; Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau 37 17, 19 ff.; Begriff „Diskriminierung der Frau“ 37 1; Gleichberechtigung von Mann und Frau 37 15 f.; Maßnahmen zur Beseiti-gung der Diskriminierung 37 2 ff.; Staa-tenberichte 37 18; Streitbeilegung 37 29; Vorbehalte 37 28

Diskriminierungsverbot 1 1, 13, 55, 2 2, 7, 5 Präambel, 12, 9 2, 4, 20, 26, 13 2, 24 1, 34 9, 46 14, 51 1, 60 11, 62 4, 64 21, 65 3, 45, 66 1, 24, 67 2 f., 19, 68 3, 11 f.; Ausnahme bei positiver Diskriminierung 36 1, 37 4; bei Eheschließung und Schei-dung 2 16, 9 23, 36 5, 66 17; bei Entlohn-ung 2 23, 13 7, 30 24, 33 24, 36 5, 56 4, 19, 20, E, 65 34, 67 15; bei Flüchtlin-gen 30 3, 7, 29; gegenüber Frauen (s. Gleichberechtigung); auf Grund genetis-cher Eigenschaften 29 6; vor Gericht 9 14, 36 5, 68 12; bei Haft 28 2; bei Kind-ern 2 25, 9 24, 39 2, 66 17; von Men-schen mit Behinderungen 44 5; von Min-derheiten 35 3 f., 63 4; Rassen- 3 5, 36 Präambel, 2, 51 1 (s. auch Rassendis-kriminierung); bei Staatenlosen 33 3; auf Grund Staatsangehörigkeit 64 21; von Wanderarbeitnehmern 56 19; beim Zug-ang zu öffentlichen Ämtern 2 21, 9 25, 36 5, 37 7 f., 66 23, 67 13 (s. auch Apart-heit; Unterkommission für die Verhinde-rung von Diskriminierungen und für den Schutz von Minderheiten [der UN])

Dolmetscher bei Inhaftierung 28 55, 80; im Strafverfahren 9 14, 39 40, 46 6, 66 8

Eheschließung, Freiheit zur 2 16, 9 23, 13 10, 22 1 f., 36 5, 37 16, 46 12, 64 9, 66 17, 68 33; Mindestalter 22 2, 37 16; Un-wirksamkeit der E. von Kindern 37 16 (s. auch Diskriminierungsverbot)

Ehre, Schutz 2 12, 9 17, 39 16, 64 6, 66 11

Eigentum und Enteignung 64 17, 66 21; Kontrolle multinationalaler Unternehmen 65 36; Recht auf 36 5, 64 17, 66 21, 67 14; Schutz 2 17, 30 13, 33 13, 47 1, 66 21, 67 14, 68 31

Einbürgerung von Flüchtlingen 30 34; von Staatenlosen 33 32

Einreise von Flüchtlingen ohne Erlaubnis 30 31; Recht auf 9 12, 39 10, 48 3, 66 22, 68 27

Elternrecht 39 3, 5, 9, 14, 18

Enteignung 64 17, 66 21

Entschädigung bei Fehlurteilen **9** 9, **50** 3, **66** 10, **68** 19; bei Menschenrechtsverletzungen **5** 9, **26** 14, **46** 41, **54** 60, 75; im Rahmen des IStGH **18** 75

Entwicklung, Chancengleichheit und **3** 8; Entwicklungsländer **3** 4, **4** 6; -politik **3** 2, **4**, **4** 2; Mensch als Subjekt des Rechts auf **3** 2; nachhaltige **4** 1, 8; Recht auf **3** 1, **4** 3, **68** 37; Selbstbestimmungsrecht und **3** 1; Umweltschutz und **4** 4; Weltfrieden, Abrüstung und **3** Präambel, 7; Wirtschaftsordnung und **3** 3

Erbrecht **36** 5

Erholung, Anspruch auf **2** 24, **28** 105, **39** 31 (s. auch Urlaub)

Erklärung über das Recht auf Entwicklung **3** (s. auch Entwicklung)

Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen **5**; Achtung vor Menschenrechten **5** Präambel; friedliche Aktivitäten gegen Menschenrechtsverletzungen **5** 12; Informationsfreiheit **5** 6, 14; Pflichten gegenüber der Gemeinschaft zur Verwirklichung der Menschenrechte **5** 18; Recht auf Verwirklichung der Menschenrechte hinzuwirken **5** 1; Rechtsschutz **5** 9; Schutzpflicht des Staates **5** 12; Verbot der Mitwirkung an Menschenrechtsverletzungen **5** 10; Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit **5** 5

erniedrigende Behandlung s. Folter

Erwerbstätigkeit **56** 1 ff., **18**; von Flüchtlingen **30** 17 ff.; von Staatenlosen **32** 17 ff.

Erziehung und Rassenvorurteile **36** 7; **36** 5, **65** 48; religiöse und sittliche **9** 18, **13** 13, **39** 14, **47** 2, **66** 12

Europäische Menschenrechtskonvention **46**; Auslegung **46** 17, **53**, **53** 1; Bedeutung **46** Präambel; Beschwerderecht **46** 13; Einschränkung von Rechten **46** 15 ff.; Freiheitsrechte **46** 5 f., 8 ff., **47** 1 ff., **48** 1 ff.; Geltungsbereich **46** 56; Gerichtshof **46** 19 ff. (s. auch Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte); Gleichheitsrechte **46** 14, **51** 1; Individualbeschwerde **46** 34; Inkrafttreten **46** 59; Kündigung **46** 58; und Ministerkomitee **46** 46 f., **54**; Missbrauchsverbot **46** 17 f.; Pflichten der Vertragsstaaten **46** 1, 52; politische Betätigung von Ausländern **46** 16; Protokoll über die Abschaffung der Todesstrafe **49**; Protokoll über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe **52**; Protokoll über

weitere Rechte und Grundfreiheiten **48**; Rangklausel **46** 55; Rechtsschutz **46** 5 f., **13**; soziale Rechte **46** 4, **12**; Staatenberichte **46** 52; Staatenbeschwerde **46** 33; staatsbürgerliche Rechte **47** 3; Verhältnis zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte **46** 55; Vorbehalte **46** 57; Zusatzprotokolle **47**, **48**, **49**, **50**, **51**, **52**, **53** (s. a. die einzelnen Rechte)

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte **46** 19 ff.; Ausschüsse/Komitee **46** 28, **54** 27; Berichterstatte **46** 24; Einzelrichter **46** 27 f., **54** 27a; gütliche Einigung **51** 39 f.; -, Überwachung der Durchführung **55** 12 ff.; Gutachtenverfahren **46** 47 ff., **53** 1 ff., **54** 82 ff.; - im Zusammenhang mit dem Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin **60** 29; Individualbeschwerde **46** 34, **54** 47; Kammern **46** 29 ff., **42** f., **53** 2, **54** 24, 26; Kanzlei **46** 24, **54** 15 ff.; Plenum **46** 25, **54** 20; Richter **46** 20 ff., **54** 2 ff.; Sektionen **54** 25; Staatenbeschwerde **46** 33, **54** 46; Urteil **46** 41 ff., **54** 74 ff.; -, Auslegung **55** 10; -, Entschädigung für Rechtsverletzung **46** 41, **54** 60, 75; -, Überwachung der Durchführung **46** 46, **54** 94 ff., **55** 6 ff.; -, Verbindlichkeit **46** 46; -, Verfahren zur Auslegung **54** 91 ff., **55** 10; -, Verfahren bei Nichtbefolgung **54** 94 ff., **55** 11; Verfahrensordnung **54** (s. auch dort); Zulässigkeitsvoraussetzungen **46** 35; Zuständigkeit **46** 32

Europäische Sozialcharta **56** (s. auch die einzelnen Rechte); Änderungen **56** J; Auslegung **56** Anhang; Einschränkungen der Rechte **56** G; Erfüllung durch Gesamtarbeitsverträge **56** I; Erläuterungen **56** Anhang; und Flüchtlinge **56** Anhang; Geltungsbereich, persönlicher **56** Anhang; -, räumlicher **56** L; Inkrafttreten **56** K; Kollektivbeschwerden **56** D, **57**; Kündigung **56** M; und nationales Recht **56** H; Notstandsklausel **56** F; Prüfung der Anwendung **56** C; Rechte **56** 1 ff.; Verpflichtungen der Vertragsparteien **56** A; Zusatzprotokoll über Kollektivbeschwerden **57**

Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte **10**; Änderung **10** 11; und Bundesstaat **10** 10; Erschöpfung staatlicher Rechtsbehelfe **10** 2, 5, **12** 90; Jahresbericht **10** 6; Kündigung **10** 12; Verfahren **10** 4 f., **12** 78 ff. (s. auch Verfahrensordnung des Menschenrechtsausschusses);

Zulässigkeitsvoraussetzungen für Mitteilungen **10** 3; Zuständigkeit des Menschenrechtsausschusses **10** 1

Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe **11**; Individualbeschwerde **11** 5; Staatenberichte **11** 3; Staatenbeschwerde **11** 4; Verbot der Todesstrafe **11** 1; – Vorbehalt für Kriegszeiten **11** 2; Zuständigkeit des Menschenrechtsausschusses **11** 3 ff.

Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte **14**; Änderungen **14** 19; Auffassungen und Empfehlungen **14** 9; Erschöpfung innerstaatlicher Rechtsbehelfe **14** 3; Kündigung **14** 20; Mitteilung von Einzelpersonen und Personengruppen **14** 2; Mitteilung von Staaten **14** 10; Schutz von mitteilenden Personen **14** 10; Untersuchungsverfahren **14** 11; vorläufige Maßnahmen **14** 5; Zuständigkeit des Ausschusses **14** 1

Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe **27**; Änderungen **27** 34; Aufschub von Staatenverpflichtungen **27** 24; nationale Mechanismen gegen Folter **27** 3, 17 ff.; Schutz mitteilender Personen **27** 15, 25; Unterausschuss **27** 2

Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen **45**; Änderungen **45** 15; Ausschuss **45** 1; Individualbeschwerde **45** 1; Inkrafttreten **45** 13; Unzulässigkeit von Mitteilungen **45** 2; Verfahren bei schwerwiegenden Verletzungen **45** 6; Verfahrensgang **45** 5, 6

Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau **38**; Änderungen **38** 18; Auffassungen und Empfehlungen **38** 7; Erschöpfung innerstaatlicher Rechtsbehelfe **38** 4; Geschäftsordnung **38** 14; Kündigung **38** 19; Mitteilungen von Einzelpersonen o. Personengruppen **38** 2; Schutz von mitteilenden Personen **38** 11; schwerwiegende o. systematische Verletzungen **38** 8; Tätigkeitsbericht **38** 12; Unzulässigkeit von Mitteilungen **38** 4; vorläufige Maßnahmen **38** 5; Zuständigkeit **38** 1

Familie, Bedeutung **39** Präambel; Familienplanung **37** 10, 12; Familienzusammenführung **39** 10, 22; von Gefangenen **28**

58 ff., 68 ff., 106; Gleichberechtigung in der F **37** 16, **50** 5; Pflichten gegenüber der F **67** 27 f.; Rolle von Mann und Frau **37** Präambel, 5; Schutz **2** 12, 16, **13** 10, **23** 11, **46** 8, **56** 16 f., **64** 7, 9, **66** 11, 17, **67** 18, **68** 21, 33; Unterhalt **23** 15, 17, **30** 24, **33** 24, **67** 29 (s. auch Eheschließung, Kinder)

Fernmeldegeheimnis **64** 7

Festnahme **9** 9, **46** 5; Gründe für **46** 5, **66** 7, **67** 6; Rechtsschutz **9** 9; Unterrichtung über Festnahmegrund **46** 5, **66** 7 (s. auch Freiheit, Entzug; Inhaftierung)

Flüchtlinge, Ausweise und Urkunden **30** 25, 27 f.; Ausweisung **30** 32 f.; Definition **30** 1, **31** 1, **32** 6 f.; Diskriminierungsverbot **30** 3, 7, 29; Einbürgerung **30** 34; Einreise ohne Erlaubnis **30** 31; und Grundsatz der Gegenseitigkeit **30** 7; Flüchtlingsseeleute **30** 11; und Hoher Kommissar für Flüchtlinge **30** 35, **32**; Personalstatut **30** 12; Pflichten **30** 2; Rechte **30** 4, 8, 13 ff., 26, 30, **39** 22 (s. auch die einzelnen Rechte); Reiseausweis **30** 28; und Staatsangehörigkeit **30** 1, Anhang 15; und Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen sowie schwere nichtpolitische Verbrechen **30** 1, **32** 7

Flüchtlinge, Abkommen über die Rechtsstellung **30**; Änderung **30** 45; Aufnahme von Flüchtlingen **30** 31; Ausweise und Urkunden **30** 25, 27 f.; Ausweisung **30** 32 f.; Bedeutung **30** Präambel; Bundesstaatsklausel **30** 41; Definition **30** 1 (s. aber **31** I); Diskriminierungsverbot **30** 3, 29; Einbürgerung **30** 34; Geltungsbereich, persönlicher **30** 1 (s. aber **31** I); Kündigung **30** 44; Pflichten **30** 2; Rechte **30** 4, 8, 12 ff., 26, 30 (s. auch die einzelnen Rechte); Reiseausweis **30** 28, Anhang; Staatenberichte **30** 35 f.; Streitbeilegung **30** 38

Flüchtlinge, Protokoll über die Rechtsstellung **31**; Bedeutung **31** Präambel; Bundesstaatsklausel **31** VI; Definition **31** I; Kündigung **31** IX; Staatenberichte **31** II f.; Streitbeilegung **31** IV

Folter und Ausweisung **26** 3; Bestrafung **26** 4 ff., **68** 8; und Beweisverwertungsverbot **26** 15; Definition **26** 1; Entschädigung **26** 14 (s. auch dort); Ermittlungen **28** 34, 57, 71; Maßnahmen zur Verhinderung **26** 10 ff., **68** 8; Rechtsschutz **26** 13, **28** 57 (s. auch dort); Verbot **2** 5, **9** 7, **28** 1, 32, 43, **39** 37, **44** 15, **46** 3, **64** 4, **66** 5, **67** 5 **68** 8; Verbrechen gegen die Menschlichkeit **18** 7

Folterausschuss der UN 26 17 ff.; Besuchsrecht 26 20; Jahresbericht 26 24; Mitglieder 26 17; Prüfung von Individualbeschwerden 26 22; – von Staatenberichten 26 19; – von Staatenbeschwerden 26 21; Untersuchung 26 20, 28; Verfahrensordnung 26 18; Vorrechte und Immunitäten der Ausschussmitglieder 26 23; Vorstand 26 18

Folterausschuss, Europäischer 58 1 ff.; Berichte 58 10, 59 38 ff.; Besuchsrecht 58 2, 7 ff., 59 27 ff.; Jahresbericht 58 12, 59 46; Mitglieder 58 4 f.; Sekretariat 58 6; Verfahrensordnung 58 6, 59; Vorrechte und Immunitäten der Mitglieder 58 16, Anlage

Folterkonvention, Europäische 58; Ausschuss zur Verhütung von Folter 58 1 ff.; Berichte 58 10, 59 41 ff.; Besuchsrecht 58 2, 7 ff., 59 29 ff.; Inkrafttreten 58 19; Jahresbericht 58 12, 59 49; Kündigung 58 22; Verfahrensordnung 58 6, 59; Vorrechte und Immunitäten der Ausschussmitglieder 58 16, Anlage; Vorbehalte 58 21

Folterkonvention der UN 26; Änderung 26 29; Auslieferung von Folterern 26 8; Ausschuss gegen Folter 26 17 ff. (s. auch Folterausschuss der UN); Ausweisungsverbot für mit Folter Bedrohte 26 3; Bestrafung von Foltern 26 4 ff.; Besuchsrecht des Folterausschusses 26 20, 27 4, 20; Beweisverwertungsverbot 26 15; Definitionen 26 1, 16; Fakultativprotokoll 27; Individualbeschwerde 26 22; Inkrafttreten 26 27; Jahresbericht 26 24; Kündigung 26 31; Maßnahmen zur Verhinderung von Folter 26 10 ff.; Rechtsschutz gegen Folter 26 13; Schiedsverfahren 26 30; Staatenberichte 26 19; Staatenbeschwerde 26 21; Unterausschuss 27 2, 5 ff.; Untersuchung 26 20, 28; Verbot der Folter 26 2; Vergleichskommission 26 21; Wiedergutmachung 26 14

Folter, Unterausschuss der UN gegen 27 2 ff.; Aufgaben 27 11; Errichtung 27 2; Immunität der Mitglieder 27 36; Mandat 27 11 ff.; Mitgliedernachfolge 27 8; Vorstand 27 10; Wahl der Mitglieder 27 6, 7, 9; Zugang zu Einrichtungen und Informationen 27 14; Zusammensetzung 27 5

Forschungsfreiheit 29 14, 64 13

Fortschritt, sozialer 1 Präambel, 55, 73, 2 Präambel; 65 32; wirtschaftlicher 1 55, 73, 65 32

Frauen, Abtretung an andere 22 1; Arbeit 30 24, 33 24, 56 8; Ausbildung 37 10,

14; im Entwicklungsprozess 3 8, 4 20; und Familie 37 Präambel; und Gesellschaft 37 Präambel; Handel mit F 37 6; Kinderbetreuung 37 Präambel, 11, 64 33; in ländlichen Gebieten 37 14; mit Behinderungen 44 6; politische Rechte 37 7; Staatsangehörigkeit 37 9; – der Kinder 37 9; und Umwelt 4 20; Vererbung bei Tod des Ehemanns 22 1; Zwangsarbeit 23 18 (s. auch Gleichberechtigung)

Freiheit 1 Präambel, 2 Präambel, 1, 9 Präambel, 13 Präambel, 46 Präambel, 64 Präambel, 6, 65 Präambel, 45, 66 Präambel, 7, 67 Präambel; von Menschen mit Behinderungen 44 14; Entzug 2 9, 9 9 ff., 28 3 ff., 46 5, 66 7, 67 6; – wegen Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen 9 11, 48 1, 66 7; Grenzen 2 29, 46 8 ff., 15, 67 27 ff.; Recht auf 2 3, 28, 9 9, 44 14, 46 5, 64 6, 67 6, 68 14; zu wissenschaftlicher und schöpferischer Tätigkeit 13 15 (s. auch die einzelnen Freiheitsrechte; Festnahme; Inhaftierung)

Freizeit, Anspruch auf 2 24, 13 7, 39 31; Aktivitäten von Menschen mit Behinderungen 44 30

Freizügigkeit 2 13, 9 12, 30 26, 31, 33 26, 36 5, 44 18, 48 2, 64 45, 68 26

Fürsorge, Recht auf 39 3, 56 13 f.; Schaffung sozialer Dienste 39 18 ff., 23, 39, 56 14; für Wanderarbeitnehmer 56 19

Gedankenfreiheit 2 18, 9 18, 36 5, 39 14, 46 9, 64 10, 66 13, 68 30

Gefangene, -akten 28 6 ff.; Arbeit 28 4, 96 ff.; Ausbildung 28 4, 98 f., 104; ausländische G. 28 62; Außenkontakte 28 43, 58 ff., 106; mit Behinderung 28 5; Benachrichtigung von und über Angehörige 28 68 ff.; Beschwerderecht 28 56 f.; Besuche 28 58 ff.; Diskriminierungsverbot 28 2; Disziplinarverstöße 28 36 ff.; Durchsuchungen 28 50 ff.; Einzelhaft 28 43 ff.; Erholung 28 105; Folterverbot 28 1, 32, 34, 43; Freiheitsentzug zur Erzwingung rechtlicher Verpflichtungen 28 121; Gesundheitsversorgung 28 24 ff.; Gewahrsam ohne Beschuldigung 28 122; Gewaltanwendung gegen G. 28 82; Hygiene 28 18; Informationsfreiheit 28 63; Information über Rechte 28 54 f.; Kinder von G. 28 29; Kleidung 28 19 ff.; medizinische Versuche 28 32; Mindestgrundsätze für Behandlung 28; Personen mit psychischen Behinderungen 28 109 f.; Religionsausübung 28 65 f.; Sport 28 23; Unterbringung 28 11 ff., 81; Untersuchung von Folter und Sterbefällen 28 71;

Untersuchungsgefangene 28 111 ff.; Verlegung von G. 28 73; Verpflegung 28 22; Wiedereingliederung 28 4, 108; Würde 28 1, 72; Zwangsmittel 28 47 ff.

Genom, Allgemeine Erklärung über das menschliche Genom und Menschenrechte 29; Behandlung und Diagnose 29 5; Diskriminierung 29 6, 60 11; Einwilligung 29 5, 60 5 ff. 17, 19 f.; Ethikausschüsse 29 16; finanzieller Gewinn 29 4, 60 21; Forschung 29 5, 10; Forschungsfreiheit 29 14, 60 15 ff.; internationale Zusammenarbeit 29 17 ff.; Internationales Bioethik-Komitee der UNESCO 29 24; Klonen, reproduktives 29 11, 61 1; Menschenrechte und Genom 29 10; Menschenwürde 29 2, 10, 60 1; menschliches Genom 29 1, 60 11 ff.; Vertraulichkeit genetischer Daten 29 7, 60 10, 62 16; Wiedergutmachung 29 8, 60 24

Gentests für gesundheitliche Belange, Zusatzprotokoll 62, Anwendungsbereich, sachlich 62 2; Datenschutz 62 16; Einwilligung 62 9 ff.; und Familienmitglieder 62 13 ff., 18; Forschungsfreiheit 62 2; Nichtdiskriminierung 62 4; Screening-Programme 62 19; Tests am Embryo 62 2; Verhältnis zum Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin 62 21

Gericht, Anordnung von Untersuchungenhaft 46 5; unabhängiges und unparteiisches 2 10, 5 9, 46 6, 64 47, 66 8, 67 26, 68 12; Zuständigkeit für Todesurteile 9 6, 46 2, 66 4 (s. auch Gerichtsverfahren; Rechtsschutz; Strafverfahren)

Gerichtsverfahren, Armenrecht (s. dort); faires 46 6, 68 13, 16; öffentliches 2 10, 9 14, 46 6, 64 47; und Sicherheitsleistung 30 16 (s. auch Gericht; Rechtsschutz; Strafverfahren)

gesetzlicher Richter, Recht auf 64 47

Gesundheit 67 16; am Arbeitsplatz 37 11, 56 3, 64 31; – Daten 28 26, 60 10; von Gefangenen 28 24 ff.; Maßnahmen zum Schutz 13 12, 36 5, 37 12, 56 11; Recht auf 13 12, 39 24, 44 25, 56 11, 64 35, 68 39; und Umwelt 4 14; und Zwangs- oder Pflichtarbeit 23 15 ff.; Versorgung im Bereich Biomedizin 60 3

Gewerkschaften, Betätigung 13 8, 56 4 ff., 10, 64 28, 65 45, 68 35; Bildung von (s. Vereinigungsfreiheit)

Gewissensfreiheit 2 18, 9 18, 36 5, 39 14, 46 9, 63 7, 64 4, 66 12, 67 8, 68 30

Glaubensfreiheit 2 Präambel, 18, 9 18, 28 65 f.; 30 4, 33 4, 36 5, 39 14, 30 46 9, 63 7, 64 10, 66 12, 67 8, 68 30; Bestim-

mungsrecht der Eltern über religiöse Erziehung 9 18, 13 13, 39 14, 46 2, 66 12, 68 30

Gleichberechtigung (der Geschlechter) 1 Präambel, 1, 2 Präambel, 2, 5 Präambel, 9 3, 23, 13 3, 7, 37 2, 15 f., 51 1, 56 4, 64 21, 23, 66 17, 67 2 f., 18; in der Ausbildung 37 10 f.; Begriff 37 1; im Beruf 37 11, 56 20, 27, E; in der Ehe 50 5; Maßnahmen zur Herstellung 37 2 f., 5, 10 ff., 64 23 und positive Diskriminierung 37 4; als Verfassungsgrundsatz 37 2 (s. auch Diskriminierungsverbot)

Gleichberechtigung (der Völker) 67 19

Gnadengesuch, Recht auf 9 6, 66 4

grausame Behandlung s. Folter

Gutachten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 46 47 ff., 53 1 ff., 54 82 ff.

Haft s. Inhaftierung

Haftentschädigung 9 9, 14, 18 85, 46 5, 50 3, 66 10, 68 14

Hoher Kommissar für Flüchtlinge

Amtszeit 32 13; Aufgaben 32 1, 6 ff.; Finanzmittel 32 9 f., 15, 18, 20 ff.; Jahresbericht 32 10 f.; Personal der Dienststelle 32 15; Sitz 32 19; Statut 32; Vertreter 32 14, 16; Wahl 32 13; Zusammenarbeit mit Staaten 30 35, 31 II, 32 8

Hoher Kommissar für Menschenrechte

6; Amtszeit 6 3; Aufgaben 6 3 f.; Ernennung 6 3; Finanzmittel 6 7; Jahresbericht 6 5; Personal 6 7; und Recht auf Entwicklung 6 3; Sitz 6 6

Hunger, Schutz vor 13 11

Identität, Schutz der 39 8, 60 1, 62 1, 64 6

Individualbeschwerde an die afrikanische Kommission für Menschenrechte 67 55 ff.; an den Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau 38 2 ff.; an den Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung 36 14; an den Ausschuss gegen Folter 26 22; an den Ausschuss für die Rechte des Kindes 42 5; an den Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 45 1; an den Ausschuss über das Verschwindenlassen 19 31; an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 14 1 ff., 15a 1 ff.; an den Europäischen Folterausschuss 59 26; an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 46 34 ff., 54 47; an die Interamerikanische Menschenrechtskommission 66 44; an den Menschenrechtsausschuss der UN 10 1 ff., 11 5, 12 84 ff. (s. auch Fakultativ-

- protokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte); an den Menschenrechtsrat der UN 8 85 ff.; Erschöpfung staatlicher Rechtsbehelfe 8 87; 10 2, 5, 12 90, 26 22, 36 14, 46 35, 66 46 (s. auch die einzelnen Ausschüsse)
- Information**, Austausch von 5 6; Bedeutung 39 17; Beschränkungen 46 10; Freiheit der 2 19, 28 63, 39 13, 17, 46 10, 64 11, 66 13, 67 9, 68 32; über die Umwelt 4 10; Zugang für Menschen mit Behinderungen 44 21; Zusammenarbeit im Bereich der 39 17
- Inhaftierung**, Anordnung 28 7; Anspruch auf Rechtsbeistand 28 41; ärztliche Betreuung 28 24 ff.; Behandlung von Gefangenen 9 10, 28 1, 66 5, 68 20; Belehrung über Rechte 28 54 f.; Benachrichtigung Angehöriger 28 68 f., 68 14; – der Auslandsvertretung 28 16; Dauer 9 9, 46 5, 66 7; und Diskriminierungsverbot 28 2; geheime 1. 19 17; Haftbefehl beim IStGH 18 58; Haftentschädigung (s. dort); Haftgründe 46 5; Haftprüfung 9 9, 18 60, 68 14; Kautions 28 39, 46 5; Kontrolle von Haftanstalten 28 83 ff.; wegen Nichterfüllung vertraglicher Pflichten 9 11, 48 1, 66 7, 68 18; Kontakt zur Außenwelt 28 58 ff.; Rechtsschutz 28 56 f. (s. auch Inhaftierung, Haftprüfung); Unterbringung 9 10, 28 11 ff.; Unterrichtung über Festnahmegrund 46 5, 66 7, 68 14; Untersuchung der Todesursache 28 71; Willkürverbot bei 2 9, 9 9, 66 7, 67 6 (s. auch Festnahme; Freiheit, Entzug; Haftentschädigung)
- Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte**, Aktivlegitimation 66 61; Aufgaben 66 61; Befangenheit von Richtern 66 55; Geschäftsordnung 66 60; Jahresbericht 66 65; und Kommission 66 57; Quorum 66 56; Richter 66 52 ff.; –, Immunität 66 70; –, Inkompatibilitäten 66 71; Richter ad hoc 66 55; Sekretariat 66 59; Sitz 66 58; Unterwerfung 66 62; Urteil 66 63, 66 ff.; Verfahrensordnung 66 60
- Interamerikanische Menschenrechtskommission** 65 53, 106, 145; 66 33 ff.; Aufgaben 66 41 ff.; Geschäftsordnung 66 39; Individualbeschwerde 66 44; und Interamerikanischer Gerichtshof 66 57, 61; Mitglieder 66 34 ff.; –, Immunität 66 70; –, Inkompatibilität 66 71; Sekretariat 66 40; Staatenberichte 66 42 f.; Staatenbeschwerde 66 45; Verfahren 66 48 ff.; Zulässigkeitsvoraussetzungen von Beschwerden 66 46 f.
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte** 9 (s. auch die einzelnen Rechte); Änderungen 9 51; Auslegung 9 5, 46 f.; Bedeutung 9 Präambel; Berichte der Vertragsstaaten 9 40, 11 3; und Bundesstaaten 9 50; Fakultativprotokolle 10, 11 (s. auch dort); Freiheitsrechte 9 8 f., 12, 17 ff.; Gleichheitsrechte 9 14, 25 f.; kulturelle Rechte 9 27; Menschenrechtsausschuss 9 28 ff. (s. auch Menschenrechtsausschuss); Selbstbestimmungsrecht der Völker 9 1; soziale Rechte 9 8, 23 f.; staatsbürgerliche Rechte 9 25; Verfahrensordnung des Menschenrechtsausschusses 12 (s. auch dort); Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention 51 55; Vertragsstaaten, Rechte und Pflichten 2 ff., 40 ff.
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** 13 (s. auch die einzelnen Rechte); Änderung 13 29; Auslegung 13 5, 24 f.; Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 15; Bedeutung 13 Präambel; Berichte der Vertragsstaaten 13 16 ff.; und Bundesstaat 13 28; Einschränkungen der Rechte 13 4; Fakultativprotokoll 14; Freiheitsrechte 13 8, 13, 15; kulturelle Rechte 13 13 f.; Selbstbestimmungsrecht der Völker 13 1; soziale Rechte 13 6 ff.; und UN 13 16 ff.; Vertragsstaaten, Rechte und Pflichten 13 2 ff.
- Internationaler Strafgerichtshof** 18; Aggressionsverbrechen 18 8^{bis}; amtliche Eigenschaft 18 27; Änderungen 18 121; Anklagebehörde 18 42; Ankläger 18 15; Berufung und Wiederaufnahme 18 81 ff.; Beweismittel 18 69; Ermittlungen und Strafverfolgung 18 53 ff.; Finanzierung 18 113 ff.; Gerichtsbarkeit 18 12 f., 15^{bis}, 15^{crr}; Gerichtsbarkeit *ratione temporis* 18 11; Hauptverfahren 18 62 ff.; individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit 18 25; Kriegsverbrechen 18 8; *ne bis in idem* 18 20; *nulla poena sine lege* 18 23; *nullum crimen sine lege* 18 22; Organe 18 34; Richter 18 35 ff.; Rücktritt 18 127; Rückwirkungsverbot 18 24; Strafen 18 77 ff.; subjektive Tatbestandsmerkmale 18 30; Überprüfung des Statuts 18 123; Unschuldsvermutung 18 66; Verantwortlichkeit militärischer Befehlshaber 18 28; Verbrechen gegen die Menschlichkeit 18 7; Verbrechenselemente 18 9; Verhältnis zu Vereinten Nationen 18 2; Verfahrens- und Beweisordnung 18 51; Versammlung der Vertragsstaaten 18 112; Verzicht auf Immunität 18 98; Völkermord 18 6; Voll-

streckung 18 103 ff.; Wiedergutmachung für die Opfer 18 75

Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassen-diskriminierung 36, s. Rassendiskriminierung, Übereinkommen zur Beseitigung

Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen 19; Änderungen 19 44; Auslieferung 19 11; Ausschuss über das Verschwindenlassen 19 26, 20; Datenschutz 19 19, 20; Definition 19 2; geheime Haft 19 17; Gerichtsbarkeit 19 9; Individualbeschwerde 19 31; Informationsanspruch 19 18, 20; nationale Sanktionierung 19 6, 7; Rechtshilfe 19 14; Rechtsschutz 19 12; Rehabilitation 19 24; strafrechtliche Verfolgung 19 10, 11; Suchantrag 19 30; Verstöße 19 33, 34

Internationale Zusammenarbeit 1 56, 3 3, 13 11, 65 3, 30, 67 Präambel; auf dem Gebiet der Erziehung 1 13, 55; – des Flüchtlingswesens 30 35, 31 II; – der Gesundheit 1 13, 55; – der Kultur 1 1, 13, 55, 13 15; – der Bekämpfung der Sklaverei und des Sklavenhandels 22 8; – des Sozialwesens 1 1, 13, 55, 65 45; – der Wirtschaft 1 1, 13, 55, 13 2, 65 3; – der Wissenschaft 13 15; bei der Suche nach verschwundenen Personen 19 15; zur Verwirklichung der Menschenrechte 1 13, 44 32

Jugendliche, Arbeitsbedingungen 64 32; Berufsberatung 56 9; Beschäftigung 13 10, 22 1, 30 24, 33 24, 56 7; Haft 46 5; körperlich und sittlich gefährdende Arbeit 56 7, 64 32; Lohn, Recht auf 56 7; Mindestalter für Arbeitsaufnahme 64 32; und nachhaltige Entwicklung 4 21; Nachtarbeit 56 7; Schutz 13 10, 56 17, 66 13; Strafverfahren 9 14, 46 6, 66 5, 68 17; Urlaub 56 7; und Todesstrafe 66 4, 68 7; und Zwangs- oder Pflichtarbeit 23 11 (s. auch Kinder).

Kinder, Adoption 39 20 f.; Arbeit 13 10, 22 1, 39 32, 43 2, 56 7, 64 32, 68 34; Ausbeutung 39 19, 32, 36, 68 10; mit Behinderungen 39 23 ff., 44 7; Berufsberatung 56 9; Beziehung zu Eltern 39 3, 5, 7 ff., 14, 16, 18, 27, 64 24; und Diskriminierungsverbot 2 25, 9 24, 13 10, 39 2, 66 17; Einrichtungen zur Betreuung 37 11, 39 23; Entführung 39 35; Erziehung 39 Präambel, 5, 16, 39 18, 64 14; und Familie 39 Präambel, 5, 8, 10, 16, 22; Freiheiten 39 12 ff.; von Gefangenen 28

29; Gewaltanwendung 39 19; Haft 39 37, 46 5, 68 17; Kinderhandel, Kinderprostitution, Kinderpornographie 41, 43 3 (s. auch Kind, Fakultativprotokoll; Kind, Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit); und Kriegshandlungen 39 38; 40 1, 4; Leibeigenschaft 43 3; Misshandlung 39 9, 19; Recht auf Leben 39 6; Recht auf Namen 39 7 f.; Recht auf Staatsangehörigkeit 9 24, 39 7 f.; rechtliches Gehör 39 12, 40; Rechtsschutz 39 16, 37, 41 8; Reiseausweis für Flüchtlinge 30 11; Reiseausweis für Staatenlose 33 Anhang 2; Rückführung 39 11; Schutz 25, 9 23 f., 13 10, 39 3, 56 17, 64 24, 66 13, 19, 67 18, 68 33; – vor Suchtstoffen 39 33; sexueller Missbrauch 39 19, 34, 41 1, 2; soziale Sicherheit 39 26; staatliche Fürsorge 39 3, 18 ff., 23; Staatsangehörigkeit (s. dort); Strafverfahren 39 40; Unterhaltsanspruch 39 27; Verbot der Eheschließung und Verlobung 37 16; Verkauf 39 35, 41 1, 2, 43 3; Verwahrlosung 39 19; Wehrpflicht 39 38, 40, 41; und Zwangs- und Pflichtarbeit 23 11, 41 3, 43 3

Kind, Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten 40; Änderung 40 12; Definition Kind 40 Präambel; Kinder in nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen 40 4; Kriegsverbrechen 40 Präambel; Mindestalter für die Einziehung 40 3; Sicherungsmaßnahmen 40 3; Staatenberichte 40 8; Teilnahme an Feindseligkeiten 40 1; Wehrpflicht 40 2

Kind, Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie 41; Änderung 41 16; Auslieferung 41 5; Einziehung von Vermögenswerten 41 7; Definitionen 41 2; Verbot 41 1; Kinderpornographie im Internet 41 Präambel; Kündigung 41 15; Schadensersatz 41 9; Schutz der Opfer im Strafverfahren 41 8; Sextourismus 41 Präambel; Staatenbericht 41 12; Strafrecht 41 3; Zuständigkeit 41 4

Kind, Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungsverfahren 42; Änderung 42 21; Folgemaßnahmen 42 11; gütliche Einigung 42 9; Individualbeschwerde 42 5; Kündigung

- 42 22; Staatenbeschwerde 42 12; Untersuchungsverfahren 42 13 f.; vorläufige Maßnahmen 42 6
- Kind, Übereinkommen über die Rechte des 39**; Adoption 39 20 f.; Änderung 39 50; Ausschuss für die Rechte des Kindes 39 43; –, Zusammenarbeit mit Sonderorganisationen 39 45; Definition des K. 39 1; Diskriminierungsverbot 39 2; Elternrechte 39 3, 5, 9, 18; Inkrafttreten 39 49; Kündigung 39 52; Ratifikation 39 47 f.; Rechte der Kinder 39 6 ff. (s. auch Kinder); Staatenberichte 39 44; staatliche Fürsorge 39 3, 8, 18 ff., 22 f.; Vorbehalte 39 51
- Kind, Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit 43**; Aktionsprogramme 43 6; Bericht des ILO-Verwaltungsrates 43 14; Definitionen 43 2 f.; Kündigung 43 11; Maßnahmen zur Durchführung und Durchsetzung 43 5, 7; Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit 43 1; Verzeichnis 43 4
- Klonen, Verbot 29 11, 64 1**
- körperliche Unversehrtheit 44 17, 66 5, 67 4**
- Kollektivverhandlungen, Recht auf 56 6; 64 28**
- Komitee für Menschenrechte** s. Menschenrechtsausschuss
- Kriegspropaganda, Verbot 9 20, 66 13**
- Kriegsverbrechen, Auslieferung 17 III**; Definition 17 I; und Flüchtlinge 30 1, 32 7; im IStGH-Statut 18 8; Nichtanwendung der Verjährungsfristen 17 I, IV; und Staatenlose 33 1; Teilnehmer 17 I; Zwangsverpflichtung von Kindern in Streitkräften 40 Präambel
- Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Übereinkommen über die Nichtanwendbarkeit gesetzlicher Verjährungsfristen 17**; Änderung 17 IX; Auslieferung 17 III; Bedeutung 17 Präambel; Definition 17 I; Nichtanwendbarkeit der Verjährungsfristen 17 I, IV
- kulturelle Rechte 13** (s. auch Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte); von Minderheiten 35 2, 4, 63 12 ff.
- Kulturleben und Rassendiskriminierung 36 5**; Recht auf Teilnahme 2 27, 13 15, 44 30, 67 17, 68 42
- Kündungsfrist** bei Arbeitsverhältnissen 56 4, Anhang
- Kunstfreiheit 13 15, 64 13**
- Leben, Recht auf 2 3, 9 6, 39 6, 44 10, 46 2, 64 2, 66 4, 67 4, 68 5**; Recht auf gesundes und produktives 4 1
- Lebensstandard, besserer 1** Präambel, 55, 2 Präambel, 67 Präambel; Recht auf angemessenen 2 25, 13 11, 39 27, 44 28; 56 4, 65 44, 68 38; Ungleichheiten im 4 5
- Leibeigenschaft, Abschaffung 22 1**; Definition 22 1; Verbot 9 8, 28 97, 46 4, 66 6
- Lohn, Abzüge 56 4**, Anhang; angemessener und ausreichender 2 23, 13 7, 36 5, 56 4, 65 45, 68 34; Diskriminierungsverbot 2 23, 13 7, 36 5, 30 24, 33 24, 37 11, 56 4, 20, E, 64 23, 65 34, 67 15; von Strafgefangenen 28 103; Recht auf 2 23, 56 4, 7, 65 34; für Überstunden 23 13, 56 4
- medizinische Versuche** an Menschen 9 7, 28 32, 44 15, 68 9
- Mehrstaatigkeit** und Flüchtlinge 30 1, 32 7
- Meinungsfreiheit 2** Präambel, 19, 9 19, 25 1, 39 12 f., 44 21, 46 10, 63 7 f., 64 11, 66 13, 67 9, 68 32; Kinder 64 24; Zensur 66 13
- Menschenhandel** (s. Kinder; Sklavenhandel); zum Zwecke der Prostitution (s. Prostitution)
- Menschenrechte** und Demokratie (s. dort); Einhaltung der M. als internationale Angelegenheit 5 Präambel; Hoher Kommissar für – (s. dort); und Rechtsstaatlichkeit (s. dort); Unteilbarkeit und Interdependenz der 3 6, 56 Präambel; Unveräußerlichkeit (s. Würde)
- Menschenrechtsausschuss** der UN 9 28 ff.; Abstimmungen 12 50 ff.; Amtszeit der Mitglieder 9 32, 12 11 ff.; Behandlung von Mitteilungen auf Grund des Fakultativprotokolls 12 84 ff. (s. auch dort); Beschlussfähigkeit 9 39, 12 37; Individualbeschwerde 10 1 ff., 11 5, 12 84 ff.; Jahresbericht 9 45, 10 6, 12 63; Kontrolle der Umsetzung 12 101; Öffentlichkeit 12 33 f., 75, 82; Sekretariat 12 23 ff.; Sprachen 12 28 ff.; Staatenberichte 9 40, 11 3, 12 66 ff.; Staatenbeschwerde 9 41, 11 4, 12 72 ff.; Tagungen 12 1 ff.; Verfahrensordnung 12 (s. auch dort); Vergleichskommission 9 42; Verlauf der Sitzungen 12 37 ff.; Vorstand 9 39, 12 17 ff.; Wahl der Mitglieder 9 29 ff.; Wahlverfahren 12 58 ff.; Zusammensetzung 9 28, 31; Zuständigkeit nach den Fakultativprotokollen 10 1 f., 11 5, 12 84 ff.
- Menschenrechtsdeklaration** der UN 2 (s. Menschenrechtserklärung)

Menschenrechtserklärung (der UN) 2 (s. auch die einzelnen Rechte), 5 Präambel, 4; Aufgabe 2 Präambel; Auslegung 2 30; Freiheitsrechte 2 1, 3 ff.; Gleichheitsrechte 2 1 f., 7, 16, 21; Grundpflichten 2 29; kulturelle Rechte 2 26 f.; Rechtsschutz 2 6 ff., 14, 16; soziale Rechte 2 4, 16 f., 22; staatsbürgerliche Rechte 2 15, 21

Menschenrechtspakte der UN 9 (s. auch Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte), 13 (s. auch Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)

Menschenrechtsrat, allgemeine regelmäßige Überprüfung 8 I; Arbeitsgruppe für Situationen 8 IV 96 ff.; Arbeitsmethoden 8 VI; Aufgaben 7 5; Beobachter 8 VII 7; beratender Ausschuss 8 III; Beschlussfähigkeit 8 VII 19 f.; Beschwerdeverfahren 8 IV; – Entscheidung 8 IV 109, – Prüfung von Mitteilungen 8 IV 91 ff., 100 ff.; – Vertraulichkeit 8 IV 100; – Zulässigkeit von Beschwerden 8 IV 87 ff.; Geschäftsordnung 8 VII; Öffentlichkeit 8 VII 16 f.; ordentliche Tagungen 8 VII 2, 8; Präsidium 8 VI 114, VII 9 ff.; Sekretariat 8 VII 14; Sondertagungen 8 VI 119 ff., VII 5 ff.; Sonderverfahren 8 II; – Auswahl der Berichterstatter 8 II 39 ff.; – thematische und Ländermandate 8 II 54 ff., IV 87, 109; Status 7 1; Unparteilichkeit 7 4; Verhandlungsfähigkeit 8 VII 19; Zusammensetzung 7 7; Zusammen-treten 7 22

Minderheiten, Aufgaben des Ministerkomitees des Europarats zum Schutz von M. 63 24 ff.; Diskriminierungsverbot 35 3 f., 63 4; Erklärung der Generalversammlung 35; Förderung von M. 63 12; Maßnahmen zum Schutz von M. 35 4; 63 18; Rahmenübereinkommen zum Schutz von M. (s. dort); und Rassendiskriminierung 37 1; Rechte von M. 9 27, 35 1, 39 30, 63 1 ff., 68 25

Ministerausschuss des Europarats s. Ministerkomitee des Europarats

Ministerkomitee des Europarats, Aufgaben nach dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten 63 24 ff.; Aufgaben im Verfahren nach der Europäischen Menschenrechtskonvention 46 46 f., 55; und Europäische Sozialcharta 56 C, 57 8 ff.

Misshandlung s. Folter

Mutterschutz 2 25, 13 10, 30 24, 33 24, 37 11 f., 56 8; Kündigungsverbot 37 11, 56 8; Stillzeiten 56 8

Nacharbeit von Frauen 56 8; von Jugendlichen 56 7

Nahrungsmittel, Erzeugung, Haltbarmachung und Verteilung 13 11

Name, Recht auf 39 7 f., 63 11, 66 18

ationale Menschenrechtsinstitutionen 20 45, 27 3, 11 f., 16 ff., 36 14

ne bis in idem 9 14, 18 20, 50 4, 64 50, 66 8, 68 19

Nichtanwendbarkeit von Verjährungsfristen bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit 17 1 ff.

Notstand, Einschränkung von Menschenrechten im 9 4, 46 15, 66 27

nulla poena sine lege 2 11, 9 15, 18 23, 39 40, 46 7, 64 49, 66 9, 67 7, 68 15

Öffentliche Ämter Recht auf gleichen Zugang 2 21, 9 25, 36 5, 37 7, 66 23, 67 13

Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren s. Gerichtsverfahren, öffentliches; Strafverfahren, Öffentlichkeit

Organhandel, Verbot 60 21, 68 9

Pact of San José s. Amerikanische Menschenrechtskonvention

Personalstatut von Flüchtlingen 30 12

Petitionsrecht 64 44

Pflichtarbeit s. Zwangsarbeit

Politische Rechte 5 8, 9 (s. auch Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte), 68 24; von Ausländern 46 16; der Frau 37 7; und Rassendiskriminierung 36 5

Postgeheimnis 64 7

Pressefreiheit s. Information; Meinungsfreiheit

Privatsphäre und öffentliche Gerichtsverhandlung 46 6; Schutz 2 12, 9 17, 39 16, 40, 44 22, 46 8, 60 10, 64 7, 66 11, 68 21

Privilegien der Mitarbeiter der Interamerikanischen Menschenrechtskommission 66 70; der Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 46 51; – des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte 66 70

Propagandaverbot und Rassenhass 36 4, 66 13

Prostitution, Maßnahmen gegen Ausbeutung der P. 37 6; Kinder- 41, 43 3 (s. auch Kind, Fakultativprotokoll, Kind, Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit); Maßnahmen zur Verhinderung

- 39 34; Verbot des Menschenhandels zum Zweck der P. 68 10
- Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten** 63; Aufgaben des Ministerkomitees des Europarats 63 24 ff.; Diskriminierungsschutz 63 4; Förderungspflichten 63 12; Rechte der Minderheiten 63 1 ff.; staatliche Schutzmaßnahmen 63 18
- Rassendiskriminierung** 5 Präambel; Ausschuss für die Beseitigung der 36 8 ff. (s. auch dort); Definition 36 1; Maßnahmen zur Beseitigung 3 5, 36 2 ff.; Rechtsschutz 36 6; Staatenberichte 36 9; Staatenbeschwerde 36 11 ff.; Verbot 4 2, 5 1, 9 26, 36 Präambel, 2, 30 3, 33 3, 46 14, 65 3, 67 2; Verbot der Propagierung von 36 4; Verbot von Organisation 36 4 (s. auch Diskriminierungsverbot, Rassentrennung)
- Rassendiskriminierung, Übereinkommen zur Beseitigung** 36; Änderung 36 23; Auslegung 36 1; Ausnahmen 36 1; Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung 36 8 ff.; Bedeutung 36 Präambel; Definition 36 1; Diskriminierungsverbote 36 5 ff.; Individualbeschwerde 36 14; Kündigung 36 21; Maßnahmen zur Beseitigung 36 2, 4, 7; Staatenberichte 36 9; Staatenbeschwerde 36 11 ff.; Streitbeilegung 36 22; Vergleichskommission 36 12 f.
- Rassenhass**, Verbot der Propagierung 36 4, 66 13
- Rassentrennung**, Verbot 36 Präambel, 3, 5 (s. auch Apartheid)
- Rechtliches Gehör** 2 10, 5 9, 28 41, 39 9, 12, 46 6, 66 8, 68 7
- Rechtsbeistand**, Anspruch auf 5 9, 47 6
- Rechtsfähigkeit**, Recht auf Anerkennung der 2 6, 9 16, 44 12, 66 3, 67 5, 68 22
- Rechtsschutz** 2 8, 5 9, 9 2, 24 4, 30 16, 33 16, 39 16, 25, 37, 46 13, 50 2, 64 47, 66 25, 67 7, 68 23; und Armenrecht 30 16, 33 16; bei Ausweisung 30 32, 33 31, 50 1; bei Festnahme und Inhaftierung 46 5, 66 7; bei Folter 26 13; gegen Rassendiskriminierung 36 6; und Sicherheitsleistung 30 16, 33 16; im Umweltbereich 4 10
- Rechtsstellung** der Flüchtlinge (s. Flüchtlinge; Flüchtlinge, Abkommen über die Rechtsstellung; Flüchtlinge, Protokoll über die Rechtsstellung); der Staatenlosen (s. Staatenlose; Staatenlose, Übereinkommen über die Rechtsstellung)
- Redefreiheit** s. Meinungsfreiheit
- Reiseausweis** für Flüchtlinge 30 28, Anhang; für Staatenlose 33 28, Anhang; Eintragung von Kindern 30 Anhang 2, 33 Anhang 2; Gebühren 30 Anhang 3, 33 Anhang 3; Geltungsbereich 30 Anhang 4, 33 Anhang 4, Gültigkeitsdauer 30 Anhang 5, 33 Anhang 5; und konsularischer und diplomatischer Schutz 30 Anhang 16, 33 Anhang 16; Sichtvermerke 30 Anhang 8 ff., 33 Anhang 8 ff.; Verlängerung 30 Anhang 6, 33 Anhang 6; Wechsel des Aufenthaltslandes 30 Anhang 11 f., 33 Anhang 11 f.
- Religionsfreiheit** s. Glaubensfreiheit
- Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung** 4; Beseitigung der Armut 4 5; Beteiligung der Bürger 4 10; Entwicklungsländer 4 6; Frauen und Umwelt 4 20; Gesundheit 4 14; Haftung 4 13; indigene Bevölkerungsgruppen 4 22; nachhaltige Entwicklung 4 1, 8; Umweltschutz 4 4; Vorsorgegrundsatz 4 15
- Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs** 18 (s. Internationaler Strafgerichtshof)
- Schuld knechtschaft**, Abschaffung 22 1; Definition 22 1
- Schulpflicht** 2 26, 13 13 f., 39 28
- Schulwahl**, freie 64 14
- Schulwesen** 2 26, 13 13 f., 30 22, 33 22 (s. auch Unterricht)
- Selbstbestimmungsrecht** der Völker 1 1, 55 73, 2 21, 3 1, 9 1, 25, 13 1, 65 3, 67 19 ff., 68 2; und Rassendiskriminierung 36 5
- Sicherheit** am Arbeitsplatz 37 11, 56 3; Recht auf 2 3, 9 9, 44 14; 46 5, 64 31, 65 45, 66 7, 67 6, 68 14; und Rassendiskriminierung 36 5 (s. auch Soziale Sicherheit)
- Sklavenhandel**, Bestrafung 21 6, 22 3; Definition 21 1, 7; Verbot 2 4; Verhinderung 21 2 ff., 22 3
- Sklaverei**, Abschaffung 21 2 ff.; Bestrafung 22 6; Definition 21 1, 22 7; Freiheit für Sklaven 22 4; Verbot 2 4, 28 97, 46 4, 64 5, 66 6, 68 10; bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit 18 7; und Zwangsarbeit 21 5, 64 5 (s. auch Leibeigenschaft; Schuld knechtschaft; Sklavenhandel; sklavenähnliche Einrichtungen)
- Sklavereiähnliche Einrichtungen** (s. auch Leibeigenschaft; Schuld knechtschaft; Sklaverei) Abschaffung 22 1; Definition 22 1, 7
- Sklaverei, Übereinkommen** 21; Bedeutung 21 Präambel; Bestrafung 21 6; Definition 21 1; Kündigung 21 10; Staatenbe-

richte **21** 7; Streitbeilegung **21** 8; Verhinderungspflicht **21** 2 ff.; und Zwangsarbeit **21** 5

Sklaverei, Zusatzübereinkommen **22**; Bedeutung **22** Präambel; Bestrafung **22** 3, 5 f.; Definition **22** 1, 7; Kündigung **22** 14; Staatenberichte **22** 8; Streitbeilegung **22** 10; Verhinderung des Sklavenhandels **22** 3 f.

Souveränität über natürliche Reichtümer **3** 1, 4 2, 9 1, 47, **13** 1, 25, **67** 21, **68** 2 (s. auch Selbstbestimmungsrecht)

Soziale Rechte **13** (s. auch Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte), **56** (s. auch Europäische Sozialcharta), **64** 27 ff.

Soziale Sicherheit **64** 34; älterer Menschen **64** 25, 34; der Staatsangehörigen aller Vertragsstaaten der Europäischen Sozialcharta **56** 12; Recht auf **2** 22 f., 25, **13** 9, **30** 23 f., **33** 23 f., **36** 5, **37** 11, 14, **39** 26, **44** 28, **56** 12 ff., **64** 34, **67** 18, **68** 36

Sozialhilfe **56** 13

Sozialversicherung **13** 9, **30** 24, **33** 24, **39** 26, **65** 45

Sport, aktive Teilnahme von Menschen mit Behinderungen **44** 30; – Frauen **37** 10, 13; – Kindern **68** 33

Staatenberichte nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge **30** 35 f.; nach der afrikanischen Menschenrechtskonvention **67** 62; nach der Europäischen Menschenrechtskonvention **46** 52; nach der Folterkonvention der UN **26** 19; nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte **9** 40, **11** 3, **12** 66 ff.; nach dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte **13** 16 ff., **15** 58 ff.; nach den Fakultativprotokollen zu dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes **40** 8, **41** 12; nach dem Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung **36** 9; nach dem Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge **31** II f.; nach dem Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau **37** 18; nach dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes **39** 44; nach dem Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen **33** 33; nach dem Übereinkommen betreffend Sklaverei **21** 7; nach dem Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit **23** 22; nach dem Übereinkommen zum Schutz vor dem Verschwindenlassen **19**

29, **20** 49 ff.; nach dem Zusatzübereinkommen über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklaverähnlicher Einrichtungen und Praktiken **22** 8; Zugang zu **5** 14

Staatenbeschwerde an die afrikanische Kommission für Menschenrechte **67** 47 ff.; an den Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung **36** 11; an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte **14** 10; an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte **46** 33 ff., **54** 46; an den Folterausschuss der UN **26** 21; an den Kinderrechtsausschuss **42** 12; an den Menschenrechtsausschuss der UN **9** 41, **11** 4, **12** 72 ff. (s. auch Beschwerde); an den Ausschuss gegen das Verschwindenlassen **19** 32, **20** 81 ff.

Staatenlose, Ausweise und Urkunden **33** 25, 27 f.; Ausweisung **33** 31; Definition **33** 1; Diskriminierungsverbot **33** 3; Einbürgerung **33** 32; als Flüchtlinge **30** 1, **32** 6, **33** Präambel; und Grundsatz der Gegenseitigkeit **33** 7; Personalstatut **33** 12; Pflichten **33** 2; Rechte **33** 4, 8, 13 ff., 26, 30 (s. auch die einzelnen Rechte); Reiseausweis **34** 28, Anhang; Religionsausübung **33** 4; Seeleute **33** 11; und Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen sowie schwere nichtpolitische Verbrechen **33** 1; Verminderung der Staatenlosigkeit **34**

Staatenlose, Übereinkommen über die Rechtsstellung **33**; Änderung **33** 41; Ausweise und Urkunden **33** 25, 27 f.; Ausweisung **33** 31; Bedeutung **33** Präambel; Bundesstaatsklausel **33** 37; Definition **33** 1; Diskriminierungsverbot **33** 3, 29; Einbürgerung **33** 32; Kündigung **33** 40; Pflichten **33** 2; Rechte **33** 4, 8, 12 ff., 26, 30 (s. auch die einzelnen Rechte); Reiseausweis **33** 28, Anhang (s. auch dort); Staatenberichte **33** 33; Streitbeilegung **33** 34

Staatenlosigkeit, Übereinkommen zur Verminderung **34**; Diskriminierungsverbot **34** 9; Entzug der Staatsangehörigkeit **34** 8; Erwerb der Staatsangehörigkeit **34** 1 ff.; Kündigung **34** 19; Staatsangehörigkeit bei Gebietsabtretung **34** 10; Streitbeilegung **34** 14; Verlust und Verzicht auf Staatsangehörigkeit **34** 5 ff.

Staatsangehörigkeit und Ausweisung **48** 3; Diskriminierungsverbot bei Entzug **34** 9; und Einreise **48** 3; Entzug **34** 8, **66** 20; Erwerb **34** 1 ff., **37** 9; von Frauen **37** 9; bei Gebietsabtretung **34** 10; Recht auf **2**

15, 36 5, 44 18, 66 20, 68 29; Verlust 34 5 ff., 66 20; Verzicht 34 7; Wechsel 2 15, 37 9, 66 20

Stipendien 13 13, 37 10

Strafmündigkeit 39 40

Strafverfahren, Dauer 46 6, 67 7; Dolmetscher 9 14, 46 6, 66 8; Durchführung 46 6, 66 8; gegen Jugendliche 9 14, 39 40, 46 6, 66 5; Öffentlichkeit 2 10, 46 6, 66 8; Recht auf Nachprüfung von Urteilen 39 40, 50 2, 66 8; Unterrichtung über Anklage 9 14, 39 40, 46 6, 66 8; Verteidigung 9 14, 39 40, 46 6, 66 8, 67 7 (s. auch ne bis in idem, nulla poena sine lege)

Streikrecht 13 8, 56 6, Anhang, 64 28, 65 45, 68 35

Todesstrafe 9 6, 11 1, 39 37, 46 2, 49 1 f., 52 1, 64 2, 66 4, 68 6 f.; Begnadigung 9 6; und Jugendliche 9 6, 68 7

Tötung eines Menschen bei Aufruhr 46 2; bei Festnahme 46 2; in Notwehr 46 2

Umwelt, Recht auf zufriedenstellende 67 24; Schutz 64 37

unmenschliche Behandlung s. Folter

Unschuldvermutung bis zur Verurteilung 2 11, 18 66, 39 40, 46 6, 64 48, 66 8, 67 7, 68 16

Unterausschuss gegen Folter (UN) 27

Unterhaltsanspruch 39 27, 67 29

Unterricht, allgemeiner Zugang 2 26, 13 13, 30 22, 33 22, 65 34, 49; Bekämpfung von Rassenurteilen 36 7; Diskriminierungsverbot 2 26, 13 13, 30 22, 33 22, 37 10; über Menschenrechte 5 15; Religions- 30 4, 33 4; Rücksichtnahme auf religiöse und weltanschauliche Überzeugungen 47 2; Schulpflicht 13 13 f., 39 28, 65 49; Unentgeltlichkeit 2 26, 13 13 f., 39 28, 65 49, 68 41 (s. auch Ausbildung, Bildung)

Unveräußerlichkeit der Menschenrechte s. Würde

Urheberrecht 2 27, 13 15, 30 14, 33 14

Urlaub, bezahlter 2 24, 13 7, 30 24, 33 24, 37 11, 56 2, 64 31; Dauer 56 2; – bei Jugendlichen 56 7; Mutterschafts- 37 11, 56 8

Verbraucherschutz 64 38

Verbrechen gegen die Menschlichkeit 17; Auslieferung 17 III; Definition 17 I; und Flüchtlinge 30 1; im IStGH-Statut 18 7; Nichtanwendung der Verjährungsfristen 17 I, IV; und Staatenlose 33 1; Teilnehmer 17 II

Vereinigungsfreiheit 2 20, 23, 9 22, 13 8, 30 15, 33 15, 36 6, 39 15, 46 11, 56

5, 19, 64 12, 65 45, 66 16, 67 10, 68 24, 35

Verante Nationen und Menschenrechte 1 Präambel, 1, 13, 55 f., 2 Präambel; Zuständigkeiten der Generalversammlung 1 60; – des Wirtschafts- und Sozialrates 1 60, 62 (s. auch Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung; die einzelnen Menschenrechte; Menschenrechtsausschuss; Menschenrechtsrat; Folter, Unterausschuss)

Verfahrensordnung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 15, 15a; Allgemeine Bemerkungen 15 65; Änderung 15 71; friedliche Streitbeilegung 15a 20; Individualbeschwerdeverfahren 15a 1 ff.; Informationen nichtstaatlicher Organisationen 15 69; Maßnahmen zum Schutz einzelner Personen 15a 8; Staatenbeschwerdeverfahren 15a 42 ff.; Teilnahme der Vertragsstaaten an der Prüfung von Berichten 15 62; Teilnahme von Sonderorganisationen 15 68; Umsetzungskontrolle 15a 21, 41; Untersuchungsverfahren 15a 28 ff.; Vertraulichkeit 15a 25 f.; vorläufige Maßnahmen 15a 7 (s. auch Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)

Verfahrensordnung des Ausschusses gegen Folter 26 18 (s. auch Folterausschuss der UN)

Verfahrensordnung des Europäischen Folterausschusses 58 6, 59 (s. auch Folterausschuss, Europäischer)

Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 54; Änderung 54 111; Antrag auf Auslegung eines Urteils 54 91; Arbeitsweise des Gerichtshofs 54 19 ff.; Beratungen 54 22; Einleitung des Verfahrens 54 45 ff.; Einzelrichter 54 27a, 52a; Entschädigung 54 60, 75; Große Kammer 54 24, 71 ff.; Gutachten 54 82 ff.; gütliche Einigung 54 62; Individualbeschwerde 54 47; Kammer 54 26, 54; Kanzlei 54 15 ff.; Komitee 54 27, 53; mündliche Verhandlung 54 63 ff.; Piloturteil-Verfahren 54 61; Plenum 54 20; Präsidialämter 54 8 ff.; Prozesskostenhilfe 54 100 ff.; Prüfung der Zulässigkeit 54 51 ff.; Richter 54 2 ff.; Schriftsätze 54 38; Sektionen 54 25, 52; Sprachen 54 34, 57, 76; Staatenbeschwerde 54 46; Urteile 54 74 ff.; Verfahren 54 31 ff.; – bei Nichtbefolgung von Urteilen 54 94 ff.; vor der Großen Kammer 54 71 ff.; – zur Auslegung von Urteilen 54 91 ff.; Vertretung 54 35 f.; vorläufige Maßnahmen 54 39; Wiederaufnahme 54

80; Zusammensetzung des Gerichtshofs 54 24 ff.

Verfahrensordnung des Menschenrechtsausschusses der UN 12; Abstimmung 12 50 ff.; Änderung 12 65; Arbeits-sprachen 12 28 ff.; Ausscheiden von Mit-gliedern 12 13; Behandlung von Mitteilungen auf Grund des Fakultativ-protokolls 12 84 ff.; Jahresbericht 12 63; Nebenorgane 12 62; Öffentlichkeit der Sitzungen 12 33, 77, 88, 102; Protokolle 12 35 f.; Sekretariat 12 23; Staatenberichte 12 66 ff.; Staatenbeschwerde 12 74 ff.; Tagesordnung 12 6 ff.; Tagungen 12 1 ff.; Verlauf der Sitzungen 12 37 ff.; Vorstand 12 17 ff., 58 ff.; Wahl der Mitglieder 12 12, 14 f.; Zahl der Mitglieder 12 11 (s. auch Menschenrechtsausschuss)

Verhaftung, Willkürverbot bei 2 9 (s. auch Festnahme; Freiheit, Entzug; Inhaftierung)

Verjährung bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit 17 1 ff.

Versammlungsfreiheit 2 20, 5 5, 9 21, 36 5, 39 15, 46 11, 63 7, 64 12, 66 15, 67 11, 68 24

Verschwindenlassen, Begriff 19 2; be-hördliche Untersuchung 19 12; Informationsanspruch 19 18 ff.; Mechanismus in Fällen systematischen V. 19 34, 20 102 f.; Strafbarkeit 19 4 ff., 22, 25; – gerichtliche Zuständigkeit 19 9 ff.; – Verjährung 19 8; Suchantrag 19 12, 30, 20 59 ff.; Verbot 19 1; – geheime Haft 19 17

Verschwindenlassen, Übereinkommen 19; Änderungen 19 44; Auslieferung 19 11, 13, 16; Ausschuss über das V. 19 26, 20; Datenschutz 19 19, 20; Definition 19 2; geheime Haft 19 17; Gerichtsbarkeit 19 9; Individualbeschwerde 19 31; Informationsanspruch 19 18, 20; Inkrafttreten 19 39; Ratifikation 19 38; Rechtshilfe 19 14; Rehabilitation 19 24; Staatenberichte 19 29; strafrechtliche Verfolgung 19 10, 11; Suchantrag 19 30; Untersuchung 19 12; Verfahrensordnung 19 26, 20; Verstöße 19 33, 34

Verstümmeln von Sklaven 22 5

Verwaltung, Recht auf gute 44 1

Völkermord, Bestrafung 16 I, III ff.; Definition 16 II; im IStGH-Statut 18 6; Verhinderung 16 I, V

Völkermord, Konvention über Verhütung und Bestrafung 16; Änderung 16 XVI; Auslieferung 16 VII; Bedeutung 16 Präambel; Bestrafung 16 I, III ff.; Defini-tion 16 II; Kündigung 16 XIV; Streiterle-digung 16 IX

Vollbeschäftigung 1 55, 56 1

Wahlrecht 2 21, 9 25, 47 3, 64 39, 40, 66 23, 67 13; der Frauen 37 7; und Rassen-diskriminierung 36 5 (s. auch Selbstbe-stimmungsrecht)

Wanderarbeitnehmer 24 2; 56 19

Willkürverbot bei Ausweisung 2 9; bei Haft 2 9, 9 9, 67 6

wirtschaftliche Freiheit Kontrolle 65 36

Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, Zuständigkeiten 1 60, 62

Wissenschaftliche Lehrfreiheit 64 13

Wissenschaftsfreiheit 13 15, 64 13, 68 42

Wohnung, angemessene 56 4, 64 34, 65 34; familiengerechte 56 16; Recht auf 36 5, 30 21, 33 21; Schutz 2 12, 9 17, 39 16, 44 23, 46 8, 64 7, 66 11, 68 21; für Wanderarbeitnehmer 56 19

Würde des Menschen 1 Präambel, 2 Prä-ambel 1, 22 f., 9 Präambel, 10, 13 Prä-ambel, 13, 28 1, 72, 29 2, 10, 36 Präam-bel, 37 Präambel, 39 Präambel, 23, 37, 40, 56 26, 64 1, 65 45, 66 11, 67 Präam-bel, 5

Zensur 66 13

Zeugnis bei Zwangsarbeit 23 12

Zugang zu internationalen Dokumenten 5 14; zu internationalen Organisationen 5 9; zu öffentlichen Einrichtungen 67 13

Zusammenarbeit s. Internationale Zu-sammenarbeit

Zwangsarbeit, Abschaffung 23 1, 10, 18, 24 1, 2, 7; 25 2; und Arbeitsvermittlung 23 6; Arbeitszeit 23 13, 16; Ausnahmen vom Verbot 9 8, 21 5, 23 1 f., 7 ff., 18 f.; im Bergbau 23 21; Bestrafung 23 25, 24 4; Dauer 9 12; Definition 9 8, 23 2, 46 4, 66 6; diskriminierende Z. 25 1; diszipli-nierende Z. 25 1; und Familienunterhalt 23 15, 17; und Gesundheit 23 16 f.; und Kinderarbeit 43 3; für politisch Anders-denkende 25 1; Ruhetag 23 13, 16; und Sklaverei 21 5; als Strafe 23 20, 25 1; Un-fall- und Krankheitsfürsorge 23 15; Verbot 9 8, 23 4 ff., 25 1, 46 4, 64 5, 66 6, 68 10; Vergütung 23 13 f.; Voraussetzungen für 23 9 f.; für Zwecke wirtschaftlicher Entwicklung 25 1; Zeugnis über 23 12

Zwangsarbeit, Übereinkommen über die Abschaffung 25; Änderung 25 9; Bedeutung 25 Präambel; Bericht der ILO 25 8; Kündigung 25 5, 9; Verbote 25 1 f.

Zwangs- und Pflichtarbeit, Protokoll 24; Abhilfemaßnahmen 24 1; Aufklärung 24 2; Kündigung 24 9; Opfer 24 3, 4; Ratifikation 24 8; Rechtsschutz 24 4; Vorbeugung 24 2, 6; und Wanderarbeit-nehmer 24 2

Zwangs- und Pflichtarbeit, Übereinkommen **23**; Abschaffung der Zwangsarbeit **23** 1, 10, 18; Änderung **23** 32; Arbeitsbedingungen **23** 12 ff. (s. auch Zwangsarbeit); Arbeitsverbote **23** 16, 21; Ausnahmen **23** 1 f., 7 ff.; Bericht der ILO

23 31; Definition **23** 2; innerstaatliche Durchsetzung **23** 23 ff.; Kündigung **23** 30, 32; Staatenberichte **23** 22; Verbot der Zwangsarbeit **23** 4, 7; Voraussetzungen für Zwangsarbeit **23** 9 ff., 17 f.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG